



# hlz

Zeitschrift der GEW Hamburg  
August-September 8-9/2013



Gerecht geht anders



**Wir haben die Wahl**





Die Senatoren Rabe und Scheele überschlagen sich mit Erfolgsmeldungen und vor Ort, an den Schulen und KiTas, hat sich kaum etwas verändert. Die neuen Kolleg\_innen, die an den Schulen eingestellt werden, sind notwendig, um die beschlossenen Maßnahmen wie Ganztagschule und Inklusion überhaupt umzusetzen. Außerdem müssen viele Kolleg\_innen ersetzt werden, da jetzt viele in Pension gegangen sind. Der sogenannte Einstellungsrekord ergibt sich also fast automatisch und ist keine besondere Tat. Bei den KiTas sieht es ähnlich aus: Ja, Hamburg erreicht die notwendigen Betreuungsquoten bei den Krippenplätzen; allerdings bei dem schlechtesten Personalschlüssel im Ländervergleich. Das wiederum – wir kennen das System – heißt, dass die einzelnen Kolleg\_innen stärker belastet sind und die Kinder nicht die pädagogische Zuwendung bekommen, die ihnen zusteht.

Weiterhin gibt es keine zusätzliche Aufgabenkritik im Schulbereich. Die schon bei Einführung des AZM 2003 nicht ausreichenden Zeitfaktoren für die Arbeit von Pädagog\_innen sind nicht verändert worden. D.h., die 50 zusätzlichen Aufgaben, die schon vor Einführung von Ganztagschulen und flächendeckender Inklusion behördlicherseits in einer Untersuchung festgestellt worden sind, werden nicht durch Entlastungen aufgefangen, sondern es wird drauf gesattelt. Kein Wunder, dass die Kolleg\_innen um ihre

Gesundheit fürchten und z.B. in Teilzeit gehen. 55% der Pädagog\_innen arbeiten in Teilzeit und finanzieren damit die Reformen im Schulbereich.

Auf allen Ebenen versucht Senator Rabe der Kritik der unzureichenden Personalausstattung auszuweichen. Bei dem erhöhten Bedarf an Schulbegleitern wurde zunächst den Eltern und Schulen unterstellt, sie wollten sich unerlaubter Weise mehr Ressourcen genehmigen. Dabei ist durch die Einführung der inklusiven Beschulung der Mehrbedarf an Schulbegleitern notwendig geworden. Ebenso misstrauisch wird der erhöhte sonderpädagogische Förderbedarf für Kinder mit Problemen in den Bereichen Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LSE) betrachtet. Hier gab die

**Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt,  
Regina Tretow**

## Baustelle Bildung

BSB eine Untersuchung in Auftrag, deren Zwischenbericht Ende August veröffentlicht wurde. Der erhöhte Bedarf kommt insbesondere dadurch zustande, dass die bisherigen IR-Schulen bis 2011/12 pauschale Zuweisungen von Sonderpädagogikstunden bekamen, mit denen sie LSE-Kinder beschulen konnten, sie aber nicht statistisch erfassen mussten. Nach dem Zwischenbericht ist die ermittelte Anzahl von 6,64 % Kindern mit

sonderpädagogischem Förderbedarf als realistisch zu bewerten. Diese Quote liegt nur wenig über dem Bundesdurchschnitt von 6,3%. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass diese erhöhte Quote kein spezifisches Hamburger Problem ist, sondern in allen deutschen Großstädten zu beobachten ist. Den Schluss, den Senator Rabe aus diesem Zwischenbericht zieht, nämlich abzuwarten, bis der endgültige Bericht vorliegt, ist fahrlässig. Jetzt muss der Senator handeln und die Ressourcenzuweisung deutlich steigern, bevor alle Beteiligte überfordert sind und die inklusive Beschulung ablehnen.

Im Hochschulbereich sind die Kolleg\_innen ebenfalls enttäuscht worden. Die SPD wollte ein demokratisches Hochschulgesetz vorlegen, so jedenfalls hieß es noch in der Opposition. Was dabei herausgekommen ist, fällt hinter die Vorlage des vorigen Senats zurück.

Außerdem sollen 97 der Bachelor-Lehramts-Studierenden nicht in das Masterstudium übernommen werden. Sie können kein Referendariat antreten und müssen ihr Studium unterbrechen. Verantwortungsvolle Hochschulpolitik bedeutet: Mas-

terplatzgarantie für alle Bachelor-Absolvent\_innen!

Derzeit investiert Deutschland lediglich 5,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in das Bildungswesen. Will die Bundesrepublik den Anschluss an das europäische Spitzenniveau nicht verlieren, müssen die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft auf 7% des BIP steigen. Berücksichtigt dies bei der Bundestagswahl am 22. September!



## Bildungspolitik

<b>Ganztagsbetreuung</b>	14
Risiken und Nebenwirkungen	_____
<b>Kammerblitze</b>	17
SEPL und Anderes	_____
<b>Tests</b>	18
KERMIT auf Abwegen	_____
<b>SEPL</b>	22
Die ganze Wahrheit	_____
<b>Hochschulen 1</b>	38
Kampagne wirkt	_____
<b>Hochschulen 2</b>	40
Schritt in die falsche Richtung	_____
<b>Bildung als Bedrohung</b>	48
Franz Walter bürstet gegen den Strich	_____
<b>Tagung</b>	50
Sport an Ganztagschulen	_____

### Wahlen Seite 8

Vordergründig nur Phrasen, was die Parteien so bieten; bei genauerem Hinsehen müssen wir uns entscheiden, auf welcher Seite wir stehen.

### Ganztagsbetreuung Seite 14

Wie ein von den direkt Beteiligten eigentlich gewünschtes Projekt durch fehlende Unterstützung gegen die Wand gefahren wird.

### Recht Seite 21

Manchmal siegt das gesunde Rechtsempfinden über einen vermeintlichen Sachverstand. Ein Kollege erntet den Lohn – nicht nur für sich.

### SEPL Seite 22

Kein Stein bleibt auf dem anderen. Umbau und Umstrukturierung der Hamburger Berufsschulen fordern ihren Tribut.

## Magazin

<b>Bundestagswahl</b>	8
Jenseits von Tipps	_____
<b>Volkentscheid</b>	12
Rückkauf Energienetze	_____
<b>Veranstaltung</b>	43
Auslandsschuldienst	_____
<b>Flüchtlinge</b>	52
Lampedusa in Hamburg	_____
<b>Weltsozialforum</b>	55
Bericht aus Tunis	_____
<b>Debatte</b>	58
Das DENKZEIT-Modell	_____
<b>Rezension</b>	60
Nazi-Aufsätze	_____



# Schwerpunkt

Inklusion \_\_\_\_\_ 26

## GEW

**Recht 1**  
Kostendämpfungspauschale reduzieren — 19

**Recht 2**  
Gesundheitliche Eignung \_\_\_\_\_ 20

**Recht 3**  
Hartnäckigkeit lohnt \_\_\_\_\_ 21

**Bundes-Gewerkschaftstag**  
Um- und Aufbrüche \_\_\_\_\_ 44

## Rubriken

hlz-Notiz \_\_\_\_\_ 3

Leser\_innenbriefe/Nachrichten \_\_\_\_\_ 6

gb@-Seminare \_\_\_\_\_ 37

Ruheständler\_innen \_\_\_\_\_ 62

Rätsel \_\_\_\_\_ 63

GEW-Termine \_\_\_\_\_ 64

Impressum \_\_\_\_\_ 65

Aus der Pizzabäckerei ... \_\_\_\_\_ 65



Foto: hlz

**Damit es nicht soweit kommt** Seite 26

Experten warnen vor der Gefahr eines Scheiterns der Inklusion aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

**Operation gelungen...** Seite 40

Der Novellierungsentwurf der SPD zum Hamburger Hochschulgesetz (HmbHG) verfestigt konservative und neoliberale Fehlentscheidungen der Vergangenheit.

**Bildung als Bedrohung** Seite 48

Vieles, was vordergründig als Mittel zum Abbau der Ungleichheit dienen soll, verkehrt sich in sein Gegenteil.

**Weltsozialforum** Seite 55

Aktivisten aus aller Welt trafen sich im Auge des Taifuns. Tunesien bot, trotz aller politischen Spannungen, den Rahmen für ein friedliches Miteinander.



Foto: Florian Schubert

## Schulstruktur verantwortlich

Die aktuell vorgestellten Ergebnisse der KESS 13 Studie kommen zwar zu dem Ergebnis, dass es in Hamburg gelungen ist, gegenüber der Untersuchung von vor vier Jahren mehr Schüler\_innen aus bildungsfernen Elternhäusern zum Abitur zu verhelfen, gleichzeitig sind die Leistungen außer in Englisch gesunken.

Ulrich Vieluf, Leiter der KESS-Studie, wird in den Medien mit der Erklärung zitiert: „Es gibt ein massives Problem bei der Förderung in der Mittelstufe. Es liegt nicht an der Leistungsfähigkeit der Schüler\_innen, sondern am System. Die Schüler\_innen seien in den Klassen 5 bis 10 nicht ausreichend auf die Oberstufe vorbereitet worden.“ Und Senator Rabe orakelt: „Man müsse aufpassen, dass das Abitur in Hamburg wegen der verpasssten Chancen in der Mittelstufe nicht in seiner „Wertigkeit“ leide.“

## Flickschusterei erfolgreich

Die Zahl der Schüler\_innen im kostenlosen Nachhilfunterricht in Hamburg steigt. Im zweiten Schulhalbjahr 2012/2013 nahmen nach Zahlen der Schulbehörde 22 109 Schüler\_innen die sogenannte Lernförderung in Anspruch – knapp 11 Prozent mehr als im vergangenen Halbjahr. Damit konnten 2/3 der Kinder und Jugendlichen geholfen werden, die Lernziele zu erreichen. Die Stadt setzt hierfür pro Jahr acht Millionen Euro ein. Im Widerspruch dazu steht allerdings die Kürzung der außerunterrichtlichen Lernhilfe

für Schüler\_innen mit Lese- und Rechenschwäche.

Seit Jahren ist die Förderung durch die außerunterrichtliche Lernhilfe ein bewährtes Konzept, das vielen SchülerInnen den Schulerfolg verschafft und sichert. Insbesondere die Einzeltherapie durch Fachtherapeuten – mindestens über ein Jahr und in manchen Fällen auch länger - ist erfolgversprechend. Doch nun verdoppeln sich die Fallzahlen und der Senat stellt die dafür nötige finanzielle Ressource nicht mehr zur Verfügung. Außerdem wird in das erfolgreiche Konzept eingegriffen, indem vorgeschrieben wird, die Schüler\_innen in Zweiergruppen zu therapieren.

## Notbremse

In Unter- und Mittelstufe ist das Sitzenbleiben abgeschafft – jetzt steigt in der Oberstufe die Zahl der Schüler\_innen, die eine Klassenstufe wiederholen, gewaltig: 23% mehr (476 Elf, 153 Zwölfklässler\_innen) waren es gegenüber dem Vorjahr. Es wird vermutet, dass viele Schüler\_innen diesen Weg gehen, um ihre Abi-Note zu verbessern.

## Chancenlos

Rund 100 angehende Lehrer\_innen werden nach der Hälfte ihres Studiums jetzt regelrecht vor die Tür gesetzt. Dabei haben

sie bisher keinen brauchbaren Abschluss in der Hand. Die Universität fordert Hilfe vom Senat. Ohne Masterabschluss aber gibt es keine Chance als Lehrer\_in zu arbeiten. Der Grund: Es bewerben sich viele junge Leute von anderen Universitäten in Hamburg. So standen den 670 Plätzen fast 1000 Bewerbungen gegenüber. Die Studierenden haben nur die Möglichkeit, sich im nächsten Jahr erneut zu bewerben oder ihre Koffer zu packen, die Wohnung zu kündigen und ihr Studium an einer anderen Universität fortzusetzen.

## Naht Rettung?

Die Hamburgische Bürgerschaft wird sich intensiv mit den schwächer gewordenen Rechtschreibleistungen der Schüler\_innen beschäftigen. Der Schulausschuss wird dazu voraussichtlich zu einer Expertenanhörung einladen. Am Ende könnte eine Änderung der Bildungspläne mit dem Ziel stehen, dem korrekten Schreiben wieder mehr Gewicht zu geben und erwiesenermaßen erfolgreiche Methoden zum Erlernen von Lesen und Schreiben verbindlich festzuschreiben. Den Anstoß hatte die FDP geliefert, die in einem Antrag von einer „Rechtschreibkatastrophe“ gesprochen und verbindliche methodische Vorgaben für die Schulen gefordert

### **Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

ab 1.8.2013 wird die Tarifierhöhung für den TVöD (in Hamburg: TV AVH) wirksam, die Kolleg\_innen bekommen 1,4 % mehr Geld. Daher werden mit dem Beitragseinzug September auch die GEW Beiträge für den Bereich TVöD (in Hamburg TV AVH) um 1,4 Prozent erhöht.

Wichtig: Gemäß der Beitragsordnung erhöht sich damit auch der Mindestbeitrag und alle davon abgeleiteten Beiträge.

FREUNDLICHE GRÜSSE,  
GEW HAMBURG

hatte. Die Liberalen verlangen, dass das umstrittene Verfahren „Lesen durch Schreiben“ an Grundschulen nicht mehr angewendet werden darf.

## Desaster

Auch acht Jahre nach der Einführung der Sprachtests für alle Viereinhalbjährigen und der vorschulischen Sprachförderung in Hamburg weist fast die Hälfte der Erstklässler\_innen mit Migrationshintergrund erhebliche Deutschdefizite auf. Nur 18 Prozent der Kinder, die in der Regel mindestens einen nicht deutschen Elternteil haben, verfügen über sehr gute Deutschkenntnisse. Sie sprechen fehlerfrei und flüssig. Immerhin 37 Prozent weisen gute Kenntnisse auf und machen nur wenige Fehler. Zum Vergleich: 92 Prozent der Kinder, deren Muttersprache Deutsch ist, sprechen gut oder sehr gut. Die CDU schlägt vor, mit der Sprachförderung bereits bei den Dreijährigen zu beginnen. Schulsenator Ties Rabe wartet auf die Ergebnisse einer bundesweiten Studie, mit der die wirksamsten Methoden der Unterstützung gefunden werden sollen.

## Diskriminierung als Regel

Ausgrenzung und Benachteiligung sind Alltag an deutschen Schulen und Universitäten. Die soziale Trennung beginnt schon früh, so eine von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) in Auftrag gegebene Studie. Jede/r vierte Schüler\_in und Studierende mit Migrationshintergrund fühlt sich benachteiligt. Auch Menschen mit Behinderung und Homosexuelle sind regelmäßig Opfer von Diskriminierung. Demzufolge fange die Ausgrenzung schon in der Vorschule an: Ein Drittel aller Kinder mit Behinderung wird in Sondereinrichtungen betreut und



## Allen Hiobsbotschaften zum Trotz: Die vielzitierte „Entspannung“ auf dem Arbeitsmarkt hat einen hohen Preis

hat danach schlechte Chancen auf den Besuch einer Regelschule. Außerdem herrscht schon hier eine starke soziale Trennung. In der Schule verstärkte sich diese „Ausgrenzungspraxis“. Kinder mit Migrationshintergrund oder Behinderung leiden häufig unter Diskriminierungen durch Lehrer\_innen.

Einen Grund dafür sieht die ADS in der fehlenden Vielfalt unter den Lehrkräften 2010 hatten 6,1 Prozent der Lehrkräfte

einen Migrationshintergrund, bei den Schüler\_innen war es dagegen ein Drittel.

## Internationale Bauausstellung

Wer mit seiner Klasse auf die IBA möchte findet, Unterrichtsmaterialien unter [www.iba-hamburg/kursmaterialien](http://www.iba-hamburg/kursmaterialien) – Kontakt: [j.dege@t-online.de](mailto:j.dege@t-online.de)

## Letzte Meldung

### Reisekosten bei Klassenreisen

Kurz vor den Sommerferien hatten wir darüber informiert, dass unserer Ansicht nach die Regelung, wonach Lehrern die bei Klassenfahrten entstehenden Reisekosten nur auf einen Höchstbetrag begrenzt erstattet werden, nicht rechtmäßig ist. Anfang August ist nun dem damals noch anhängigen Widerspruch stattgegeben worden, d.h. der Kollege hat die vollen ihm bei der Klassenreise entstandenen Kosten erstattet bekommen.

Auch wenn keine Begründung der Entscheidung seitens der Behörde vorliegt, kann das nur bedeuten, dass die Behörde sich der im Info vom Juli dargelegten Rechtsauffassung angeschlossen hat.

Um von der Entscheidung zu profitieren, sollten KollegInnen, die Klassenfahrten unternommen und bisher keinen Antrag auf Erstattung der Reisekosten gestellt haben, dies nachholen. Der Antrag muss innerhalb eines halben Jahres nach Ende der Klassenfahrt gestellt werden (Ausschlussfrist in § 3 Abs. 5 ReisekostenG). Verbeamtete KollegInnen sollten den Antrag - auch bei Klassenfahrten im neuen Schuljahr - wegen des Erfordernisses der zeitnahen Geltendmachung noch in diesem Kalenderjahr stellen.

Eine genaue Anleitung, wie ein solcher Antrag aussehen soll, findet Ihr auf unserer Homepage [www.gew-hamburg.de/service/rechtsschutz](http://www.gew-hamburg.de/service/rechtsschutz). Anke Beyer

# WIR HABEN DIE WAHL

## Was für ein Land

Damit Empathie nicht zum Lippenbekenntnis verkommt

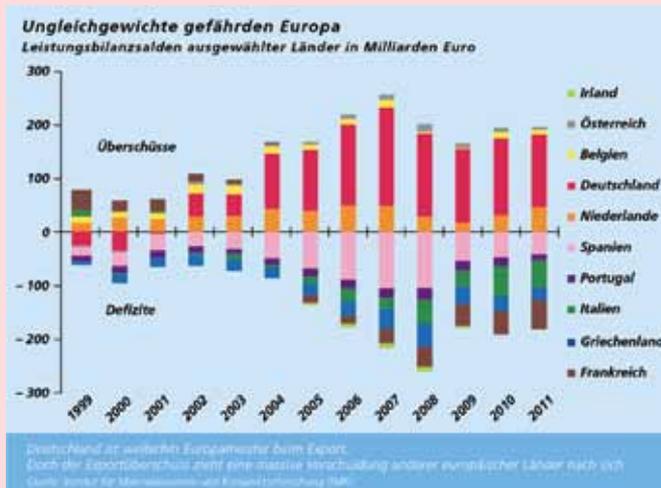
Mein elfjähriger Sohn lernt gerade Bruchrechnung. Da geht es um das Teilen von Torten und Pizzen immer unter der Fragestellung, wie viel jedes Kind bekommt, wenn in der Klasse 18, 20 oder 28 Schüler\_innen sitzen. Es geht also um den Anteil eines/r jeden. Bislang ist noch nicht die Frage aufgetaucht, wie sich der Kuchen denn aufteilen würde, wenn die zwei besten Schüler\_innen schon mal 2/3 des Kuchen kriegten und der Rest der Schüler\_innen sich das verbleibende Drittel teilen müssten. Ich wage zu behaupten, dass eine solche Frage nicht gestellt würde. Nicht, weil sie zu kompliziert wäre, sondern weil jede/r Lehrer\_in in Erklärungsnot geriete, da in diesem Alter noch ein Gerechtigkeitsinn vorherrscht, der einen Sturm der Entrüstung auslösen würde.

Die Frage lautet also, in welchem Alter beginnt es eigentlich, dass wir Normalbürger\_innen uns mit einer Situation abfinden, die unseren Alltag prägt? Wie kann es sein, dass es den Sozialisationsagenturen gelingt, bei uns ein Alltagsbewusstsein herzustellen, dass wir, die wir uns erwachsen nennen, diese schreiende Ungerechtigkeit als normal hinzunehmen bereit sind.

Ja, **im globalen Maßstab** lässt es sich leicht schwadronieren, dass wir auf Kosten der Dritten Welt leben. Im Zeitalter des Imperialismus hatte Karl Marx hierfür den schönen Begriff der Arbeiteraristokratie ‚erfunden‘, die an dem üppigen Reichtum aus den Kolonien partizipierte. Er meinte damit jene aus dem Joch der Tagelöhner Aufgestiegenen, die sich nun als stolze Besitzer eines Eigenheims – wer

kennt nicht die Bilder der englischen Reihenhaussiedlungen – fühlen durften. Dass diese Sozialpolitik nicht immer zur Radikalisierung der arbeitenden Klasse beigetragen hat, darüber wurde viel geschrieben. Sich in der Sicherheit wiegend, dass heutzutage von den Elenden dieser Welt ohnehin keine ernstzunehmenden Ansprüche an uns persönlich gestellt werden, geben wir uns generös. Ja, dieses Unrecht gehört abgeschafft, hört man von uns, die wir uns dank einigen Wohlstands im obigen Sinne ebenfalls geadelt fühlen dürfen, wohl wissend, dass den Worten keine Taten folgen müssen. Stattdessen verlieren wir uns gerne ins Psychologische. Nicht ohne Grund ist Empathie das neue Modewort. Nicht schlecht, dies als kategorischen Imperativ einzufordern, bloß besteht dabei die Gefahr, dass es lediglich als Legitimation fürs Nichtstun fungiert.

**Auf europäischer Ebene** auf jeden Fall scheint es mit der Empathie nicht so weit her zu sein. Die aktuelle deutsche Politik sorgt sich allenfalls darum, dass der Laden insgesamt nicht zusammenbricht. Das kostet Geld, das man aber dank des im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft viel zu niedrigen Euro-Kurses mehrfach wieder einspielt. Man gibt sich generös, manchmal, wenn die gestellten Bedingungen erfüllt werden, nicht ohne zu betonen, dass man aber nicht auf Dauer bereit sei, Zahlmeister zu sein. Diese Attitüde des deutschen Wesens könnte ja tatsächlich zur Genesung der europäischen „Partner“ führen, allerdings um den Preis hunderttausendfacher elender Existenzen. Ein Zielkonflikt also: Wer die ‚Spesen‘ dieser Politik zu zahlen hat, kann



Was u.a. über Lohndumping (Niedriglöhner) an Exporterfolgen erzielt wird, zahlt Deutschland via Eurokrise an die durch diese Politik in die Krise geratenen Länder zurück

# WIR HABEN DIE WAHL

folglich nicht mit Empathie rechnen. Höchstens mit Zynismus: jene Elenden hätten eben wohl lange Zeit über ihre Verhältnisse gelebt. Wobei mit ‚jene‘ diejenigen ausgespart bleiben, die mit ihrem maßlosen Verhalten als Banker und /oder Steuervermeider auf ihren Yachten in erster Linie darauf bedacht waren, dass die Champagnerproduzenten nicht in die Krise gerieten.

**Auf die nationale Ebene gezoomt** erleben wir zurzeit eine Stimmung, die von den Meinungsmachern eher als harmonisch charakterisiert wird. Allen Bemühungen zum Trotz gelingt es vor allem den großen Parteien nicht so recht, die Unterschiede in ihrer Programmatik dem Wahlvolk klarzumachen. So richtig Schwung ist im Wahlkampf nicht drin. Es scheint, man hat alle ruhig gestellt. Die Krümel, die das Sozialsystem für alle jene bereitstellt, die als Reservearmee dafür sorgen, dass die Löhne im Keller bleiben, reichen scheinbar aus, damit die Betroffenen stillhalten. Die ansteigenden Beschäftigungszahlen sollen Optimismus verbreiten,

## „Ich bin am Ende meiner Kräfte“

Ich bin seit elf Jahren im Sicherheitsdienst tätig, obwohl ich gelernte Verkäuferin bin und Kauffrau für Bürokommunikation. Ich arbeite Vollzeit und habe allein mein Kind großgezogen. Auch Menschen, die Vollzeit arbeiten, sind genötigt, ALG II zu beziehen, um das Existenzminimum zu erreichen. Vollzeitarbeit, um in Armut zu leben und sich wie ein Langzeitarbeitsloser behandeln lassen zu müssen. Ich sage nur eins: Ich bin am Ende meiner Kräfte und fühle mich von meinem Land mehr als im Stich gelassen.

*Simona Beck auf [www.hinzundkuntz.de](http://www.hinzundkuntz.de)*

Meine Nachbarin, alleinerziehend, will nicht vom Staat leben, aber dafür bringt sie viele Opfer. Sie hat drei 450-Euro-Jobs mit drei Kindern! Manchmal sehe ich sie spät nach Hause kommen, müde, denn sie muss wieder sehr früh raus. Sie ist Physiotherapeutin und bekommt keine Vollzeitstelle.

*Hanne Baum auf [www.hinzundkuntz.de](http://www.hinzundkuntz.de)*

ten, so dass die Unruhe, die noch vor kurzer Zeit bei so manchem Angehörigen der Mittelschicht Abstiegsängste hervorgerufen hatte, verdrängt zu sein scheint. Die Steuereinnahmen sprudeln, die Kämmerer verringern zusätzlich dank niedriger Zinsen die Schulden in den öffentlichen Haushalten. Die weiter wachsende ungleiche Verteilung bei Einkommen und Vermögen ist kein Thema, das Protest hervorruft und folglich die Privilegierten beunruhigen könnte. Also alles

bestens? Wären da nicht diese Meldungen von immer mehr prekären Beschäftigungsverhältnissen.

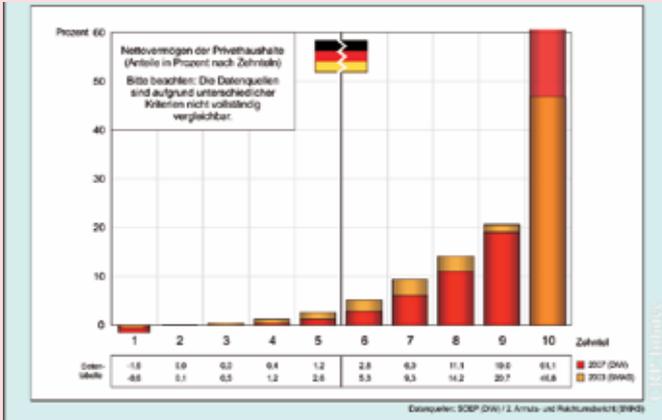
Welche Phantasie die Arbeitgeberseite an den Tag legt, wenn es um Kostenminimierung geht, dem Antipoden der Gewinnmaximierung, zeigt bspw. die steigende Zahl von Werkverträgen als Reaktion auf die in einigen Branchen durchgesetzten Mindestlöhne. Eine Entwicklung, die die Zahl der ‚Aufstocker‘, also derjenigen, die von ihrer Arbeit in einer Vollzeitbeschäftigung nicht leben können, nach oben treibt. Das ist eine indirekte Subventionierung der Unternehmen und letztlich Lohndumping. Ein Aufreger, wenn dies bspw. die Chinesen bei der Produktion ihrer Solarmodule machen; im europäischen Konzert scheinbar kein Thema, da die Deutschen so stark tonangebend sind, dass es keiner wagt, dies in der gebotenen Schärfe anzusprechen. Übrigens ein Widerspruch zur in anderen Zusammenhängen immer wieder traktierten Marktlogik, aus der man nicht heraus könne.

Und auch die steigende Zahl derjenigen, die nur noch mit Zweit- oder Drittjobs über die



**Deutschland wieder einmal spitze**

# WIR HABEN DIE WAHL



Wie der Reichtum verteilt ist – unser Titelbild ist also sehr moderat. Wie die Pizza wirklich aussehen müsste, findet sich auf S. 65

Runden kommen, passt nicht so recht ins rosige Bild. Dass mittlerweile über 25% aller Beschäftigten als „Niedriglöhner“ gelten, die von ihren Vollzeitjobs nicht leben können, aber diesen Zustand als scheinbar normal hinzunehmen bereit sind, ist das „Verdienst“ der neoliberalen Einpeitscher, die nunmehr seit Jahren die Menschen glauben lassen, dass die Gesetze der Marktwirtschaft keine andere Wahl zulassen. Wenn man die Deutungsweite über die gesellschaftlichen Wirkungszusammenhänge hat, nimmt man die Argumente, wie man sie braucht.

Was sich allerorten national abspielt, hat längst auch Eingang in die Hamburger Schulen gefunden. Gerade durch die Umstellung auf den Ganztagsbetrieb



Wenn's denn wenigstens glücklich machte...

gibt es mittlerweile zahlreiche prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Nicht nur, dass, wie sich jüngst zeigt, nicht einmal die notwendigsten personellen Ressourcen für die Begleitung behinderter Kinder bereitgestellt werden, sondern eben vor allem die durch Stückelung der Verträge und mit wahren Hungerlöhnen ausgestatteten Kolleg\_innen ohne anerkannte formale Qualifikation, sind die Betroffenen. Auch hier wird der Sachzwang bemüht, dass es eben mehr finanzielle Mittel nicht gebe. Die Schuldenbremse ließe keine andere Politik zu. Dass es mittels umzuverteilenden Reichtums trotz dieser selbstauferlegten Restriktion anders ginge, spart man aus bzw. verweist auf die Zuständigkeit anderer. Getoppt wird diese Art der Argumentation nur noch, wenn man als Reaktion auf die naheliegende Forderung nach Erhöhung der Erbschafts- und Vermögenssteuer hört, dass das Kapital ja dann gleich dem scheuen Reh ins Ausland fliehen könne.

Gleichsam nur als Posse, ist das in einigen Schulen praktizierte Prozedere bei der Ausgabe der Mittagessen zu sehen. Bei

mir meldet sich bei derlei Nachrichten immer die innere Stimme zu Wort: „Ja, aber wir haben doch gar nicht den 1. April!“ Wie unsensibel muss man eigentlich sein, wenn man vor dem Hintergrund des nun monatelang anhaltenden NSA-Skandals, bei dem es um nicht weniger als um unsere Vermessung im Interesse jener geht, die wir nicht damit beauftragt haben, wenn man isometrische Daten der Fingerabdrücke von Kindern nimmt (und speichert), um damit ihre Legitimation für den Erhalt einer Mittagsmahlzeit zu prüfen? Wie kann es überhaupt sein, dass in einem der reichsten Länder der Welt nicht jedes Kind, wenn es den ganzen Tag an der Schule etwas leisten soll, automatisch einen Anspruch auf ein Mittagessen hat? Es würde mich nicht wundern, wenn der Wegfall der Kosten für Kontrolle und Verwaltung einer selektiven Essensausgabe dies bereits ermöglichte.

Eine weitere Hiobsbotschaft erging dieser Tage, dass nämlich 22 000 (!) Schüler\_innen in Ham-

## Mehrfachjobs

Ende vergangenen Jahres besserten 2,66 Millionen Menschen ihr Einkommen aus einer regulären Hauptbeschäftigung mit einem Minijob auf. Das waren 59.000 beziehungsweise 2,3 Prozent mehr als Ende 2011. Damit arbeiteten 9,1 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nebenbei in einem Zweitjob. Innerhalb von zehn Jahren hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt, Ende 2003 hatten lediglich 4,3 Prozent der Arbeitnehmer mit regulären Jobs noch eine zusätzliche geringfügige Beschäftigung.

SPIEGEL ONLINE VOM 12.8.2013

# WIR HABEN DIE WAHL

## Niedriglohn

Fast jeder vierte Beschäftigte arbeitet in Deutschland für einen Niedriglohn von weniger als 9,54 Euro pro Stunde. Ihr Anteil an allen Beschäftigten war im Jahr 2010 mit 24,1 Prozent so groß wie in kaum einem anderen Staat der Europäischen Union (EU). Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in einer am Donnerstag veröffentlichten Studie. Unter den 7,1 Millionen Beziehern von Niedriglöhnen hierzulande sind Geringqualifizierte fast die Ausnahme: Mehr als 80 Prozent der Geringverdiener in Deutschland hätten eine abgeschlossene Berufsausbildung. Besonders hoch sei der Anteil der Niedriglöhner bei Frauen und Teilzeitbeschäftigten.

Von den 17 untersuchten EU-Staaten weist demnach nur Litauen eine noch größere Lohnungleichheit als Deutschland auf. Zypern und Bulgarien stehen besser da. Am geringsten ist die Niedriglohnquote mit rund zehn Prozent in Dänemark.

HANDELSBLATT V. 25.7.2013

burg von dem staatlich finanzierten Nachhilfesystem profitierten. Eigentlich eine Bankrotterklärung unseres Schulsystems. Ein Notnagel zwar und somit besser, als die Schüler\_innen im Regen stehen zu lassen, aber eigentlich ein bildungspolitischer Skandal. Wir alle bewegen uns also in einem gesellschaftlichen System, dessen zentrale Bildungseinrichtung es nicht vermag, alle Schüler\_innen ausreichend auf die selbstgesetzten Bildungsziele vorzubereiten. Das hat nicht nur mit finanzieller Ausstattung unserer Bildungseinrichtungen zu tun, aber ohne ausreichende personelle Ressourcen, wie wir es bspw. von Skandinavien kennen, scheint eine hinreichende Förderung aller Schüler\_innen im normalen Regelschulvollzug nicht möglich zu sein.

Bevor wir also am 22. September in der Wahlkabine zum Stift greifen, sollten wir uns vorher an die eigene Nase (Ohrläppchen geht auch) gefasst haben und dann bei jenen das Kreuz machen, bei denen der Widerspruch zwischen dem Anspruch auf Empathie durch die Forderung nach einer gerechteren Verteilung der Chancen, die unauflosbar

mit der materiellen Verteilung verbunden ist, uns am geringsten erscheint. Selbst wenn dies vordergründig als ein gegen die eigenen Interessen gerichtetes Handeln erscheint, so ist auf lange Sicht die Lebensqualität in einer Gesellschaft, die auf Solidarität mit den Schwächeren setzt, wahrhaft höher als die ei-

## Aufstocker

Immer mehr Menschen in Deutschland mit einem Vollzeit- oder Teilzeitjob verdienen zu wenig, um allein davon leben zu können. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer, die mehr als 800 Euro brutto im Monat nach Hause bringen, aber zur Sicherung des Existenzminimums die staatliche Grundsicherung (Hartz IV) benötigen, ist in den vergangenen vier Jahren kontinuierlich gestiegen.

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit (BA) gab es 2012 im Jahresdurchschnitt etwa 323.000 Haushalte mit einem sogenannten Hartz-IV-Aufstocker, der ein sozialversicherungspflichtiges Bruttoeinkommen von mehr als 800 Euro bezieht. 2009 waren es noch etwa 20.000 weniger.

Noch deutlicher ist der Anstieg bei den Singles mit einem entsprechenden Verdienst, wie eine Sonderauswertung der BA zeigt: Die Zahl dieser auf Hartz IV angewiesenen, alleinstehenden Vollzeit- oder Teilzeit-Jobber kletterte im gleichen Zeitraum um 38 Prozent auf zirka 75 600. Arbeitnehmer, die ihren Lohn aufstocken müssen, arbeiten vor allem im Handel, in der Gastronomie, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie als Leiharbeiter. Insgesamt waren 2012 durchschnittlich etwa 1,3 Millionen Hartz-IV-Bezieher erwerbstätig, etwa genauso viele wie 2009. Knapp die Hälfte von ihnen hatten nur einen Mini-Job.

SZ 8.5.2013

ner Ellbogengesellschaft, in der allein auf Nutzenoptimierung des einzelnen bzw. Gewinnmaximierung der wirtschaftlichen Akteure gesetzt wird.

Wenn es uns gelingt, die Kindheitserinnerung in Bezug auf das, was wir damals als gerecht empfunden haben, wach zu rütteln, ergäbe sich die Chance auf eine wirklich erwachsene Sichtweise: dass eine Politik der vielbeschworenen Kräfte des Marktes, die scheinbar naturgesetzlich diese Ungleichheit erzwingt, auf den Misthaufen der Geschichte gehört. Gelänge dies, wäre es endlich auch schön, viele deutsche Fahnen in den Fußballstadien zu sehen und hasserfüllte Gesichter wie die von denen in Hellersdorf, die jüngst die Aufnahme von Flüchtlingen zu verhindern suchten, tauchten gar nicht erst auf. Erst einmal also: Pizza für alle – so viel, dass jeder satt wird.

JOACHIM GEFFERS

# WIR HABEN DIE WAHL



## Energienetze jetzt zurückholen

Die Initiative UNSER HAMBURG – UNSER NETZ ist nach wie vor der Überzeugung: »Die Netze sind der Schlüssel für die Energiewende.« Die GEW – so hat es der Landesvorstand beschlossen – unterstützt die Initiative

Am 22. September 2013 werden in der Energiepolitik die Weichen neu gestellt. Auf Bundesebene geht es um den Ausbau der erneuerbaren Energien, um Stromtrassen und die Endlagersuche für den noch Jahrtausende strahlenden Abfall der Atomkraftwerke. Beim Volksentscheid in Hamburg stimmen die Wähler\_innen darüber ab, ob sie die Energienetze wieder in der Regie der Öffentlichen Hand sehen wollen. Eine solche Entscheidung ist nur alle 20 Jahre möglich.

Führende Wissenschaftler sind sich einig: „Im liberalisierten Markt hat zwar jeder Anbieter das Recht, seinen Strom und sein Gas in das jeweilige Netz einzuspeisen. Will man aber im Sinne des Klimaschutzes einen möglichst großen Anteil erneuerbarer Energien oder besonders effiziente Technologien fördern, müssen die Netze aber genau dafür entsprechend angepasst werden. Bei der Fernwärme existiert das Durchleitungsrecht übrigens nicht. Sie ist von der Erzeugung bis zum Kunden ein Vattenfall-Monopol.“

Experten wie Professor Christian Jänig sprechen sich deshalb grundsätzlich dafür aus, Energienetze in kommunaler Verantwortung zu betreiben.

Claudia Kemfert, Professorin für Energieökonomie und Nach-

haltigkeit und Abteilungsleiterin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), geht noch weiter und sagt: »Wer die Netze hat, hat die Macht!«

### Wer Strom verkauft, hält nichts vom Sparen

In den nächsten Jahrzehnten geht es nicht mehr darum, Energie aus großen Kraftwerken großflächig zu verteilen, sondern darum, viele kleinere Kraftwerke ans Netz zu bringen, welche die Energie effizient und bedarfsgerecht produzieren. Gleichzeitig können große Stromverbraucher wie etwa Kühlhäuser zentral gesteuert werden, um Schwankungen im Netz auszugleichen.

Dass große Energiekonzerne an einem derartigen Systemwechsel wenig Interesse haben, liegt auf der Hand. Schließlich sind sie gleichzeitig als Versorger am Markt und wollen ihre großen Atom- und Kohlekraftwerke möglichst lange am Netz lassen. Ein Mahnmal für diese verkehrte Energiepolitik steht in Hamburg Moorburg. Dort hat Vattenfall für 2,8 Mrd. Euro einen gigantischen Klimakiller gebaut.

Für den Klimaschutz und die Verbraucher ist eine Ausrichtung auf Großkraftwerke verheerend. Besonders deutlich wird dies beim Thema Fernwärme.

Mit einer riesigen Wärme-

leitung durch Altona wollte Vattenfall die bisher vom Kohlekraftwerk Wedel versorgten Stadtteile an das neue Kohlekraftwerk Moorburg anschließen und so das Wärmeangebot im Hamburger Westen für die nächsten 40 Jahre festschreiben. Erst nach massiven Protesten in der Bevölkerung und einer erfolgreichen Klage des BUND musste der Konzern die Pläne aufgeben, plant jetzt aber ein ebenfalls überdimensioniertes Gaskraftwerk in Wedel.

Ein dezentral gespeistes und kommunales Wärmenetz dagegen könnte optimal mit der energetischen Sanierung von Gebäuden und dem dann sinkenden Wärmebedarf in Einklang gebracht werden.

### Erpressung des Senats

Der Hamburger Senat ist sich dieser Zusammenhänge durchaus bewusst. Schließlich hat er im vergangenen Jahr 543,5 Millionen Euro bezahlt, um einen Anteil von 25,1 Prozent an den Hamburger Netzen zu erwerben. Nur: Mit 25,1 Prozent kann man bestenfalls Entwicklungen verhindern; um zu gestalten, reicht es nicht.

Bürgermeister Scholz nennt einen Beweggrund für diese „Lösung“: Er scheut die rechtliche Auseinandersetzung mit Vattenfall. Zwar regelt der zwischen dem Konzern und der Stadt im Jahr 1994 geschlossene Konzessionsvertrag für die Fernwärme, dass dieser wie auch die Verträge für das Strom- und Gasnetz eine Laufzeit von 20 Jahren hat und die Stadt somit die komplette Fernwärmeversorgung zurücknehmen kann.

Vattenfall streitet dieses Recht Hamburgs aber ab und beharrt darauf, sein Fernwärmemonopol für immer zu behalten. Mehr

# WIR HABEN DIE WAHL

noch: Vattenfall hat den Verzicht auf eine juristische Klärung zur Eingangsbedingung für die Vertragsverhandlungen mit dem Hamburger Senat gemacht.

Der Volksentscheid ist die letzte Chance, diesen unglaublichen Vorgang zurückzudrehen und den erpresserischen Vertrag für nichtig zu erklären.

## Ein Bündnis für die Netzzücknahme

Nicht ohne Grund stellen der BUND, die Verbraucherzentrale und ein Arbeitsbereich der Evangelischen Kirche die Vertrauensleute für die Initiative UNSER HAMBURG – UNSER NETZ. Das Bündnis für den Volksentscheid umfasst mittlerweile 45 Organisationen, darunter die beiden großen Mietervereine, die GEW, den Bundesverband Windenergie Landesverband Hamburg sowie viele weitere Einrichtungen aus dem Sozial- und Umweltbereich.

Ein kommunaler Betrieb der Energienetze kann nicht nur den Klimaschutz befördern.

Die Erlöse aus dem Netzbetrieb werden für öffentliche Aufgaben verwendet. Mehr noch: Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) betont ausdrücklich, dass Gewinne steuermindernd mit oft defizitären Bereichen wie den städtischen Bädern oder dem Verkehrsverbund verrechnet werden können. Das Geld kommt damit direkt der Bevölkerung zugute.

## Ein gutes Geschäft für die Stadt

Leider organisieren die Gegner der Netzzücknahme derzeit eine beispiellose Kampagne mit dem Ziel, die Hamburger zu verunsichern und beim Volksentscheid davon abzuhalten, für die Netzinitiative zu stimmen.

Die Rekommunalisierung sei angeblich ein nicht kalkulierbares finanzielles Risiko für die Stadt. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Energienetze gelten als sicheres Geschäft, da jeder Anbieter sie braucht und für die Nutzung ein entsprechendes Entgelt bezahlt. Auch aus diesem Grund haben in den letzten Jahren mehr als 200 Kommunen ihre Energienetze zurückgeholt.

Die Netzentgelte für Strom und Gas werden von einer Regulierungsbehörde so festgelegt, dass der Betreiber einen attrak-

tiven Überschuss erzielen kann. Beim Fernwärmenetz gibt es keine regulierten Preise.

Die Energiekonzerne sehen sich also nicht als Wohltäter der Stadt: Sie kalkulieren knallhart. Wenn der Netzbetrieb in den nächsten 20 Jahren kein erfolgversprechendes Geschäft wäre, würden Vattenfall und E.ON ihr derzeitiges Monopol nicht mit Zähnen und Klauen verteidigen.

Nur ein »Ja zu 100 Prozent« beim Volksentscheid am 22. September 2013 kann den Hamburger Sonderweg beenden.



**JA, weil es sich lohnt!**

**JA zu 100%**

**UNSER HAMBURG UNSER NETZ**

**Volksentscheid am 22.9. HAMBURGER ENERGIENETZE IN DIE ÖFFENTLICHE HAND!**

- Gut für Verbraucher
- Gut fürs Klima
- Gutes Geschäft für Hamburg
- Unabhängig von E.on und Vattenfall

**ÜBRIGENS:** Das Geld für den Netzkauf kommt nicht aus dem Haushalt, sondern ein städtisches Unternehmen kann einen günstigen Kommunalkredit aufnehmen – genauso wie es Herr Scholz mit der 25% Beteiligung an den Netzen macht.

[www.unser-netz-hamburg.de](http://www.unser-netz-hamburg.de)

# Was stört's die Eiche, wenn sich ein Wildschwein an ihr reibt?

Welche Risiken und Nebenwirkungen sich in den Modellen für Ganztagsbetreuung verbergen, wird vom Autor aufgedrösel

So oder ähnlich dürften die Gedanken des Schulsenators sein, wenn wir ihm vorhalten, dass Erfolge nicht an Quantität, sondern an Qualität zu messen sind. 200 von 203 Grundschulen sind seit dem 01.08.2013 Ganztagschulen, davon 125 in Form von GBS (Ganztägige Betreuung an Schulen) und 75 in Form von GTS (Ganztagschulen), jubelt er in seiner Pressemitteilung vom 25.07.2013. Und weiter: „... wir werden uns auf diesem Erfolg nicht ausruhen, sondern nach der großen Aufbauarbeit jetzt Schritt für Schritt die Ganztagsangebote wie auch das Schulangebot insgesamt qualitativ weiterentwickeln.“

Markige Sprüche eines Senators, der in derselben Pressemitteilung den Umstand als Erfolg verkaufen will, dass nicht einmal die Hälfte dieser Ganztags-

grundschulen über vernünftige Speiseräume für das Mittagessen verfügt. Noch ein Erfolg soll es sein, dass erst 2015 ausreichend viele Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet sind. Und natürlich wird bei der Angabe der gesteigerten Ausbildungskapazitäten zum/r Erzieher in verschwiegen, dass diese nicht nur dringend in der Ganztagschule benötigt werden, sondern ebenso dringend in den Kindertagesstätten, da seit dem 01.08.2013 auch der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für alle Einjährigen in Kraft getreten ist.

Unbestreitbar ist es ein Erfolg, dass es nicht mehr von der Erwerbstätigkeit von Eltern abhängt, ob ein Schulkind auch nachmittags in einer Institution Bildung, Betreuung und Erziehung erfährt, dies aber allein dem amtierenden Senat zuzu-

schreiben, hieße, den Vogel mit fremden Federn zu schmücken.

GBS funktioniert nur mit Kooperationspartnern. Viele dieser Kooperationspartner waren zuvor Anbieter der Hortbetreuung, kennen sich also im Metier aus. Allerdings sind die Arbeitsbedingungen für viele Erzieherinnen und Erzieher in diesem Zusammenhang verschlechtert worden.

Ein Klassenraum ist kein Hort, selbst mit der Umwidmung zu einem Multifunktionsraum bleibt er ein Raum, in dem auch unterrichtet werden muss. Funktionalität muss kein Widerspruch zu Gemütlichkeit sein, aber Geld für die Ausstattung darf dann nicht fehlen.

Die Essensräume, soweit sie denn vorhanden sind, müssen auf Massenbetrieb ausgelegt sein, da enge Zeitvorgaben für die Essensausgabe und -einnahme vorherrschen. Getaktet ist auch die Zeit für die Hausaufgaben (vom Sinn oder Unsinn solcher Aufgaben soll hier nicht die Rede sein, einige Schulen nennen diese Zeit nun Lernzeit) und dann folgt das Nachmittagskursprogramm, das ebenfalls in einem engen Zeitfenster stattfinden muss.

Eltern können ihre Kinder am GBS-Tag mit einer Mindestteilnahmezeit von drei Tagen in der Woche bis 15 Uhr anmelden. Maximal ist eine fünftägige Teilnahme inklusive (kostenpflichtiger) Früh- und Spätbetreuung von 6 bis 18 Uhr möglich. Dazu ist jeweils die kostenpflichtige Teilnahme am Mittagessen buchbar, aber nicht alle Kinder



Das wär's: Kantine im Grünen

sind verpflichtet am Essen teilzunehmen. Das bedeutet für den Nachmittagsbetrieb, dass täglich wechselnde Gruppenzusammensetzungen stattfinden und auch das Kursprogramm relativ flexibel buch- und belegbar sein muss.

Früher war der Hortbetreiber für die Verpflegung der Kinder zuständig, jetzt ist es die Schule, die diese Aufgabe an Caterer vergibt. Die Cateringfirmen erhalten pro Mittagessen 3,50 Euro. Davon muss das Essen, die Zubereitung, die Anlieferung, die Essenausgabe, die Reinigung der Ausgabeküchen und des Geschirrs, die damit verbundenen Personalkosten finanziert werden. Für Getränke generell und für Verpflegung außerhalb des Mittagessens ist kein Budget vorgesehen.

Die Erzieher\_innen des Kooperationspartners sind verpflichtet, die Kinder (23 je Erzieher\_in) beim Essen zu beaufsichtigen. Weder ist vorgesehen, dass sie bei der Essenverteilung mithelfen, noch ist vorgesehen, dass sie z.B. den fünfjährigen Vorschulkindern beim Auffüllen oder beim Fleischschneiden helfen. Den zumeist geringfügig beschäftigten Küchenhilfen wird auferlegt, dass sie die Speisen so portionieren, dass auch noch die dritte Essensschicht genügend zu essen bekommt. Der Caterer liefert nur die von den Eltern im Vorwege bestellte Anzahl von Essen. Es sind schon Schulleitungen losgelaufen, um Würstchen und Salat zu kaufen, da nicht genug Essen vorhanden war.

Die Refinanzierung der Fachkräftebezahlung erfolgt nach einem Schlüssel, der die Träger bevorzugt, die unter Tarif bezahlen. Behördlicherseits wurde mit einem Stundenumfang von 17,5 Wochenstunden inklusive Vertretungsfälle kalkuliert, die pro Gruppe (23 Kinder an KESS 3-6 Schulen, 19 an KESS 1+2 Schulen) für die Fachkraft refi-



**Im Ernst: gilt bereits als Multifunktionsraum**

nanziert werden. Da für diesen Umfang von Wochenstunden kaum Fachkräfte zu finden sind, müssen tariffreie Träger große Anstrengungen unternehmen, um dennoch Stundenumfänge von 20 bis 25 Stunden anbieten zu können. Oft wird dafür das Budget für den Leitungsbereich und das sogenannte „zusätzliche pädagogische Entgelt“ benutzt.

Wenn es dem Senat tatsächlich ernst damit wäre, qualitativ zu „verbessern“, dann müssten „Übergabezeiten, Vorbereitungszeiten, Kommunikationszeiten zwischen Lehrer\_innen und Erzieher\_innen sowohl auf Schulseite als auch auf Kooperationspartnerseite ins System eingerechnet und bezahlt werden.

Um ihre Fachkräfte gegebenenfalls sogar ganztägig einsetzen zu können, werden Konstruktionen gebildet, die den Erzieher\_innen auferlegen, vormittags mit 0-3 Jährigen im Krippenbereich oder 3-6 jährigen Kindern im Elementarbereich zu arbeiten und dann ab 13 Uhr die Schulkindergruppe in Empfang zu nehmen, bzw. sie aus den Klassenräumen abzuholen. Wer den Unterschied zwischen Vorschulkindern und Viertklässlern kennt, der mag erraten, welcher hohen pädagogischen Anspruch Erzieher\_innen erfüllen müssen, wenn sie jeden Tag zwischen diesen Altersbereichen wechseln müssen, um ein Einkommen zu

erzielen, mit dem sie wirtschaftlich selbständig leben können.

So könnte man meinen, es sei besser, in der Form GTS als Erzieher\_in eingesetzt zu werden. Die GTS unterscheidet sich in drei Formen: nicht gebundene, teilgebundene und gebundene Ganztagsgrundschule.

In der gebundenen Ganztagschule findet der Unterricht über den Tag verteilt zwischen 8 und 16 Uhr statt, wobei sich Unterrichts- und Freizeitphasen abwechseln (je nach Konzept der Schule). Ebenso in der teilgebundenen Schule, wobei hier nur ein Teil der Schule (sei es nur dritte und vierte Klasse oder nur einer oder zwei Züge der 3- oder 4-zügigen Grundschule) den gebundenen Ganztag betreibt. In der nicht gebundenen GTS ist der Unterschied zur GBS hauptsächlich in dem Umstand zu sehen, dass die Schule auch den „ungebundenen“ Nachmittag unter eigener Regie durchführt.

In allen drei GTS-Formen kann sich die Schule aber auch Kooperationspartner einkaufen, die zumindest den Früh- und Spätdienst und die Ferienbetreuung mit eigenem Personal abdecken, bzw. in Form von „Arbeitnehmerüberlassung“ das Personal dafür stellt.

Die/Der in der Schule eingestellte Erzieher\_in mag einfacher in den Ganztag der Schule einzubinden sein und somit

Umfänge von Wochenarbeitszeit erreichen, die einer Vollzeit-tätigkeit nahekommen. Wie und wo diese/r Erzieher\_in den Tag über verteilt eingesetzt wird, entscheidet die Schulleitung.

Die jüngst bekanntgewordene geplante „qualitative Verbesserung“ kann sicherlich NICHT darin gesehen werden, dass zukünftig neu eingestellte Erzieher\_innen nicht mehr die „klei-

ne“ E 9 als Bezahlung erhalten sollen, sondern nur noch E 8 aus dem Tarifvertrag TV-L.

Wir können Senator Rabe nur warnen. Es ist nicht nur die GEW, die sich an seinen Äußerungen reibt, sondern es sind die Erzieher\_innen, die Lehrer\_innen und die Eltern, die Elternkammer, die Lehrerkammer und auch der Landesausschuss Hamburger Eltern, LEA, die

unzufrieden mit seinen „leeren“ Ankündigungen sind. Um das Bild in der Überschrift noch einmal zu bemühen: Ein Exemplar dieser Spezies mag ihn nicht stören, aber eine Rotte hat schon die eine oder andere Eiche gefällt.

JENS KASTNER,  
Sprecher der Fachgruppe  
Kinder- und Jugendhilfe

Der Herr Senator erzählt:

## „Personal ist nicht alles!“ Aber ohne Personal ist alles nichts!!!

Sozialsenator Scheele ist zurzeit auf Besichtigungstour durch Hamburger Kitas verschiedener Träger. Gleich zu Beginn ließ er verlauten, mehr Personal sei nicht drin. Schließlich habe der SPD Senat ein hohes Tempo beim Kita-Ausbau vorgelegt und Personal sei nicht alles.

Hamburg erreicht als einziges westliches Bundesland die notwendigen Betreuungsquoten. Positiv aus Sicht der GEW ist, dass Eltern, die das wollen, im Prinzip einen Krippenplatz bekommen.

Doch womit wird das erkaufte? Wie Studien darlegen, hat Hamburg mit einer pädagogischen Kraft für 5,1 Krippenkinder den schlechtesten Brutto-Personalschlüssel im Ländervergleich. Der Netto-Personalschlüssel ist durch hohe Ausfallzeiten (Urlaub, Fortbildungen, Arbeitsunfähigkeiten, lange Öffnungszeiten u.ä.m.) noch schlechter. In der Realität betreut eine pädagogische Kraft öfter zwischen 12 und 15 Krippenkinder stundenweise bzw. tageweise allein.

Die GEW kritisiert schon lange, dass die Personalkostenpauschale Lohndumping und prekäre Beschäftigungsverhältnisse fördert und damit auch zu dem schlechten Personalschlüssel beiträgt. Das jetzige Lohnniveau entspricht nicht den Leistungen und den Anforderungen, zumal meistens keine Vollzeitstellen angeboten werden. Die Personalkostenpauschale benachteiligt Kita-Träger, die tarifgerecht entlohnen. Gleichzeitig erhalten Träger, die unter Tarif zahlen, mehr Geld, als sie eigentlich für ihr Personal benötigen.

Auf der Besichtigungstour hat der Senator darauf abgestellt, dass Kita-Räume heute großzügig, schön und vielfältig sind, dass der SPD Senat für zusätzliche Mittel für Sprachförderung gesorgt hat und dass auch deshalb Personal nicht alles ist. Diese Mittel kommen aber nicht allen Kindern zugute. Sollen Krippenkinder sich in den schönen, neuen Räumen selbst verwalten und selbst ihren Bildungsanspruch verwirklichen? Dazu wird nach Meinung der GEW gut ausgebildetes, motiviertes und angemessen entlohntes Personal benötigt, das unter Bedingungen arbeiten kann, die die Gesundheit schützen.

Liebe Kolleg\_innen, sollte der Senator eure Kita besuchen, zeigt ihm die Realität und beschönigt sie nicht. Ihr braucht euch nicht zu verstecken, ihr macht trotz aller widrigen Umstände gute Arbeit. Es ist für die Auseinandersetzungen um den Personalschlüssel erschwerend, wenn in den Kitas an Besuchstagen mehr Personal als üblich anwesend ist und alles besonders schön hergerichtet wird.

Besser ist es, eure reale Betreuungssituation zu dokumentieren, eventuelle Überlastungen schriftlich festzuhalten und die Verantwortung damit abzugeben.

Wir, die Kolleg\_innen der GEW im Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe, unterstützen euch gern dabei.

SABINE LAFRENTZ, JENS KASTNER



# Neues aus der Lehrerkammer

Der Lehrerkammer liegt der Entwurf eines Schulentwicklungsplans für die Beruflichen Schulen vor. Er bedeutet für eine ganze Reihe von Beruflichen Schulen gravierende Änderungen. Die Lehrerkammer wird zu diesem Entwurf auf ihrer Sitzung im Oktober Stellung nehmen. Wir sind natürlich sehr daran interessiert, die Meinung der betroffenen Lehrkräfte zu erfahren. Sie sollen in die Stellungnahme der Lehrerkammer einfließen.

Der Entwurf des Planes kann unter <http://www.hibb.hamburg.de/index.php/file/download/1974> heruntergeladen werden.

Über Rückmeldungen von Betriebsgruppen und Fachgruppen, die bis zum 16.10. bei uns eintreffen müssen, freuen wir uns. Bitte richtet sie an [lorenz.iversen@bsb.hamburg.de](mailto:lorenz.iversen@bsb.hamburg.de)

Die Wahlperiode der Lehrerkammer neigt sich ihrem Ende zu.

Neuwahlen finden in der Zeit vom 25. bis 29. November statt. Die Fachgruppen stellen zur Zeit Kandidatenvorschläge für die GEW-Liste zusammen.

In den nächsten Ausgaben der HLZ erfahrt ihr mehr darüber.

Was sonst noch war:

## Gehen Hamburgs Schüler\_innen unter?

Im Mai hat sich die Lehrerkammer mit dem neuen Konzept für das Schulschwimmen beschäftigt.

Die Behörde plant, den Schwimmunterricht ganz in die Grundschulzeit zu verlagern. Die damit verbundenen Ziele werden bescheidener. Zufrieden ist man jetzt, wenn ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler das Seepferdchen erreicht, das aber lediglich „eine pädagogisch sinnvolle Auszeichnung für Nichtschwimmer“ ist und keineswegs der Nachweis für sicheres Schwimmen. Die ausführliche Stellungnahme der Lehrerkammer findet sich hier: <http://www.lehrerkammer.hamburg.de/index.php/file/download/388>



**Wie es weiter geht...**  
**Exklusiv in der GEW**  
 Der Film „Unter Lehrern“ von Anja Reschke und Birgit Wänke aus der Sendung ‚Panorama‘ des NDR, der bundesweit für Aufsehen sorgte und auch Thema in der Sendung ‚Bei Beckmann‘ war, in der neben der Panorama-Redakteurin Reschke u.a. auch Kay Stöck diskutiert, wird am **Donnerstag, den 26.9. um 19 Uhr im Curio-Haus** unter Anwesenheit der beteiligten Macherinnen und Kay Stöck noch einmal zu sehen sein. Wir hoffen auf eine lebendige Diskussion im Anschluss

# KERMIT – So ein Qua(r)k

Stellungnahme der jahrgangsübergreifenden Klassen 1 / 2 der Schule Hegholt / Bramfelder Dorfplatz zur Kermit-Untersuchung im Mai 2013

Wie vorgegeben, haben wir die Testung zu Kermit 2 in der dritten Maiwoche durchgeführt.

An den Sinn der Testung selbst und der Strukturierung des standardisierten Aufgabenmaterials haben wir jedoch erhebliche Kritikpunkte anzumelden. Wir fragen uns, welchen Zweck eine solche zusätzliche Untersuchung neben Vergleichsarbeiten und anderen „Testereien“ verfolgen soll?

Über die Art der Aufgabenauswahl werden keine förderungsdiagnostischen Prämissen, wie z.B. Orientierung an einer qualitativen Entwicklungslogik oder Sachstruktur, die Hinweise auf förderungsspezifische Zugangsweisen eröffnen könnte, umgesetzt. Die Aufgaben, insbesondere in der Deutsch-Testung, sind insgesamt zu schwierig angesetzt. Sie berücksichtigen ebenso wie die

Mathe-Überprüfung weder Differenzierungen in den unteren Leistungsbereichen noch sind sie an Genese der Leistungsentwicklung orientiert. Das einzige „Differenzierungskriterium“ scheint die Geschwindigkeit der Ausführung zu sein. Dies produziert auch schon für die kleinen Kinder einen Stressfaktor, der für das Gelingen bzw. Nichtgelingen der Durchführung mitentscheidend ist. Die Art der Dar-

bietung sowie die Durchführung sind in keinsten Weise als kindgerecht zu bezeichnen.

Die Themenauswahl ist willkürlich und ohne didaktisches Konzept. Als Beispiel sei im Deutsch-Test das Thema „Italien-Urlaub“ genannt. Wir an unserer Schule haben viele Kinder, die es noch nicht einmal in ihrer Ferienzeit bis in den Stadtpark schaffen. Kinder aus sozial besser behüteten Verhältnissen ge-

verzweifelt und teilweise blockiert vor ihren Aufgaben saßen. Wollen Sie eine Reihe von Kindern früh traumatisieren und ihre Lernentwicklung blockieren? Dafür eignet sich Kermit 2 allerdings hervorragend. Was ist eigentlich mit „Inklusion“? Ist es ein inklusives Unterfangen, Kinder mit so genanntem sonderpädagogischen Förderbedarf einfach auszuschließen aus der Testung? Was will die Behörde

mit diesem Test? Eine Diagnostik der differenzierten Kompetenzen als Rückmeldung für Eltern, Schüler\_innen und Lehrer\_innen? Dafür ist das Testmaterial aus unserer Sicht gänzlich ungeeignet! Ein Gedanke, der einem zwangsläufig in den Kopf schießt und nichts Gutes vermuten lässt, scheint eher in Richtung Zuschreibungsprozesse zu gehen. Eine zusätzliche Art der möglichen

Etikettierung von Kindern und eventueller Übertragung von Verantwortung auf die Lehrseite mit Hilfe dilettantischer Tests brauchen wir aber an den Schulen bestimmt nicht! Im Übrigen schließen wir uns den Ausführungen der Fachschaft Mathematik der „Schule an den Teichwiesen“ an.

U. MEISTER  
Sonderpädagogin



Nur so mögen wir Kermit

nießen schon mal öfters einen Urlaub im Ausland inklusive Italien. Hier sichern soziale Kriterien in die Auswertung der Testergebnisse mit ein.

Aufgrund der nicht differenzierten Aufgabenstruktur, die keinen Anstieg des Schwierigkeitsgrades geschweige denn eine qualitativ-diagnostische Struktur erkennen lässt, konnten wir beobachten, dass einige unserer Kinder frustriert, gestresst,

# Kostendämpfungspauschale: ja Praxisgebühr: nein – wie das?

Gz. ZPD 457 / 5500 / 02139940

Widerspruch vom 05.03.2013 gegen die Beihilfefestsetzung vom 27.02.2013

*Sehr geehrter Herr Riemke,  
...sehr geehrte Damen und Herren,*

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 15. Juli 2013 und den beigelegten Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion vom 27.2.2013 (Drs. 20/7064). Ebenfalls danke ich Ihnen für das Verständnis, das Sie mir gegenüber aufbringen, eine Reduzierung der Kostendämpfungspauschale (Kdp) im Beihilferecht zu erwarten.

Entgegen Ihrer Ankündigung, mir die Rechtslage erläutern zu wollen, enthalten Ihre Ausführungen jedoch keine juristischen, sondern eher politisch-wirtschaftliche Argumente. Mit diesen Argumenten werde ich mich im Weiteren auseinandersetzen.

Die Systemunterschiede zwischen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der beamtenrechtlichen Beihilfe sind bekannt, wenngleich die Beihilfe bereits zu einem erheblichen Teil an das Recht der GKV angeglichen worden ist. Man mag das Beamtenrecht für überholt halten, gegenwärtig gilt jedoch Art. 33 Abs. 5 des Grundgesetzes und damit gelten die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“. Es stellt sich bereits hier die Frage, ob die Einführung einer Kdp nicht gegen Verfassungsrecht verstößt.

Die Einführung einer Kdp wurde in Hamburg damit begründet, dass die Mitglieder der GKV erhebliche Zuzahlungen, z.B. beim Arzt und Zahnarzt, zu leisten hätten. Insofern wäre es nur logisch, da diese Zuzahlungen in der GKV zurück genommen wurden, dies auch im Beihilferecht nachzuvollziehen.

Dabei ist es für mich unerheblich, ob die Praxisgebühr seinerzeit im Bundesrecht 1:1 übernommen wurde oder, wie in Hamburg, pauschaliert zur Anwendung kommt. Das Ergebnis bleibt – wie Sie selbst schreiben – wirkungsgleich.

Richtig ist, dass die Überschüsse in der GKV, die zu einem erheblichen Teil auf der Zunahme der versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse beruhen, zu einer Rücknahme der Praxisgebühren in der GKV geführt haben. Die Überschüsse der GKV ergeben sich aus der Differenz zwischen

Einnahmen und Ausgaben. Deshalb halte ich es für ausgesprochen unseriös, wenn Sie als Begründung für die Beibehaltung der Kdp im Beihilferecht lediglich die Ausgabenentwicklung betrachten. Genauso wird in dem Antrag der SPD verfahren: Es wird betont, dass sich die Beihilfeausgaben von 2011 auf 2012 um 2,4 % (Aktive) bzw. 2,8% (Pensionäre) erhöht haben. Laut Statistisches Jahrbuch von 2012/2013 haben sich die Einnahmen der Freien und Hansestadt im gleichen Zeitraum um 8,6 % erhöht! Entsprechend Ihrer Argumentation steht demzufolge ein erheblicher finanzieller Spielraum für die Absenkung der Kdp zur Verfügung. Dies wird noch einmal unterstrichen durch Presseberichte mit folgenden Überschriften:

**Noch einmal 145 Mio. mehr als erwartet (HA 1.2.2012)**

**In den ersten 9 Monaten 418 Mio. mehr als im Vorjahr (Welt 24.10.12)**

**Hamburgs Steuereinnahmen erreichen einen neuen Rekordwert -1. Halbjahr 2013 rund 115 Mio. mehr als im Vorjahr – (HA 22.7.2013)**

Der SPD-Fraktion kann ich nur mehr Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit in ihrer Argumentation empfehlen. Aber auch Ihnen dürften diese Fakten bekannt sein.

Ähnliches gilt auch für den Verweis auf die sogenannte Schuldenbremse. Auch Schulden ergeben sich aus der negativen Differenz von Einnahmen und Ausgaben. Und gerade bei den Einnahmen hat die FHH als Fiskus Möglichkeiten, diese zu erhöhen, z.B. durch einen korrekten Steuervollzug. Bei den Ausgaben wäre ein Blick auf die überzogenen Prestigeobjekte hilfreich. Ich würde es als ausgesprochen schäbig betrachten, wenn mit dem Argument der Schuldenbremse ständig Ansprüche der MitarbeiterInnen der FHH gekürzt werden sollten.

Und nun noch ein Wort zu dem von Ihnen beigelegten Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion:

Das Ziel dieses Antrags steht ja bereits im Betreff: „Notwendigkeit der Kostendämpfungspauschale besteht weiter“. Wieso eine Fraktion einen Antrag stellt, wenn nichts geändert werden soll, verschließt sich mir. Offensichtlich dient der „Antrag“ lediglich der moralischen Unterstützung der

Regierungsarbeit. Ihre Rolle im parlamentarischen System, die Regierung zu kontrollieren, hat die SPD-Fraktion offensichtlich aufgegeben.

Völlig verwirrt hat mich, dass Sie mir aus der Verwaltung, als Exekutive, den Antrag der SPD-Fraktion, auf den Sie sich in ihrer Ablehnung meines Widerspruch direkt oder indirekt beziehen, beifügen. Die SPD-Fraktion mag sich selbst als Regierungsfraktion besonders wichtig empfinden, im parlamentarischen System nimmt sie jedoch keine

andere Funktion ein als die anderen Fraktionen. Von der Verwaltung hätte ich eine größere Neutralität erwartet.

Auf der Basis Ihrer Argumentation und meiner Gegenargumente sehe ich der Begründung meines Widerspruchs entgegen.

*Mit freundlichen Grüßen*

Gerhard Brauer

RECHT 2

# Verbeamtung und Gesundheit

Bundesverwaltungsgericht  
ändert Rechtsprechung

Bislang war bei der Prüfung der gesundheitlichen Eignung die Rechtslage eindeutig: Voraussetzung für die Übernahme in das Beamtenverhältnis war, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, dass vor Erreichen der Altersgrenze gravierende gesundheitliche Probleme auftauchen oder eine vorzeitige Pensionierung aus gesundheitlichen Gründen nötig ist. Damit hatten alle Bewerber\_innen mit chronischen Erkrankungen, Psychotherapien oder Allergien Probleme bei der Verbeamtung. Sie mussten durch Gutachten etc. beweisen, dass dem nicht so sein würde. Das war schon deshalb schwierig, weil kaum ein Gutachter so lange Prognosen stellen konnte.

Nun scheint das Bundesverwaltungsgericht die Rechtsprechung zu ändern. In zwei Entscheidungen aus Niedersachsen hat es, soweit zur Zeit erkennbar, seine Meinung geändert. Die Entscheidungen lassen drei Tendenzen erkennen.

Zum einen muss der Dienstherr nun nachweisen, dass ernsthafte Erkrankungen oder vorzeitige Pensionierungen drohen.

Zum zweiten soll die gesund-

heitliche Eignung für die Verbeamtung vorliegen, wenn nach einem Befund über einen längeren Zeitraum (in dem Fall waren es acht Jahre) keine Erkrankungen oder Befunde aufgetaucht sind.

Und drittens sind in den Fällen, in denen zwar keine Schwerbehinderung vorliegt, die Bewerber aber gesundheitlich eingeschränkt sind, diese Einschränkungen wie eine Behinderung zu werten. Für Schwerbehinderte gelten erleichterte Kriterien für die Verbeamtung.

Die Urteilsbegründungen liegen noch nicht vor. Derzeit basieren die Kenntnisse der GEW auf der Presseerklärung des Bundesverwaltungsgerichts.

Interessierte können nachlesen unter: BVerwG 2 C12.11 – Urteil vom 25. Juli 2013.

## Was ist zu tun?

Angestellte Lehrkräfte, die aus gesundheitlichen

Gründen nicht verbeamtet wurden und die Altersgrenze von 45 Jahren noch nicht überschritten haben, können aufgrund der neuen Rechtslage einen Antrag auf Übernahme in das Beamtenverhältnis stellen. Ob die neue Rechtslage auf den Einzelfall zutrifft, können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten. Es ist sinnvoll, sich beraten zu lassen. Am besten per Mail an [beyer@gew-hamburg.de](mailto:beyer@gew-hamburg.de) mit Kopie an [rechtsschutz@gew-hamburg.de](mailto:rechtsschutz@gew-hamburg.de). Sollten wir eine große Zahl von Anfragen erhalten, wird die GEW zusätzlich eine Infoveranstaltung anbieten.

ANKE BEYER

Referentin für Rechtsschutz  
GEW Hamburg

ANDREAS HAMM



Kart: Roland von Seitzam

# hartnäckigkeit lohnt\*

rechtskräftiges urteil über zusatzversorgung – zu gunsten der angestellten

**die zeit des im hamburgerschuldienst abgeleisteten referendariats muss bei der berechnung der zusatzversorgung für angestellte lehrer(innen) berücksichtigt werden, auch wenn zwischen ende des referendariats und der anstellung im hamburgischen schuldienst einige wochen, im konkreten fall 19 tage, lagen.**

das hat nach der berufung der hansestadt hamburg gegen ein so lautendes urteil des arbeitsgerichts hamburg vom 12.9.2012 (geschäftszeichen: 3 Ca 283/12) das landesarbeitsgericht hamburg am 17.4.2013 ebenso entschieden (geschäftszeichen: 3 Sa 92/12) und die revision nicht zuge-

lassen. die frist für die mögliche nichtzulassungsbeschwerde beim bundesarbeitsgericht in erfurt hat hamburg verstreichen und das urteil damit rechtskräftig werden lassen.

der hintergrund: vom 1.2.1978 bis zum 31.7.1979 absolvierte ich das referendariat für das höhere lehramt in hamburg. vor ende dieser ausbildung bot mir hamburg am 30.5.1979 eine stelle an, die ich bis spätestens 20.6.1979 verbindlich annehmen musste, was ich termingerecht tat. am 1.8.1979 wies mir die schulbehörde wegen der sommerferien erst zum 20.8.1979 meine erste schule zu, so dass ich mich für 19 tage arbeitslos melden musste. da ich nur eine teilzeitstelle haben wollte, was damals im beamtenverhältnis noch nicht möglich war, wurde ich als angestellter lehrer eingestellt.

als ich zum 1.8.2011 als immer noch angestellter lehrer in rente ging, verweigerte mir das personalamt unter berufung auf das hamburgische zusatzversorgungsgesetz (HmbZVG) die anrechnung der 18 monate meines referendariats. nach § 4 HmbZVG wird angerechnet die „in einem ausbildungsverhältnis bei der Freien und Hansestadt Hamburg abgeleistete Zeit, wenn sich unmittelbar hieran eine Beschäftigung anschloss.“

nach lesart des personalamtes schloss meine beschäftigung bei der stadt hamburg nicht „unmittelbar“ an das referendariat an. auch meine hinweise auf die absicht des gesetzes und einen weiteren passus im HmbZVG, die für meinen anspruch sprachen, änderten an dieser haltung nichts.

auf meine anfrage bei der gewhh, bei der ich seit über 40 jahren mitglied bin, nach rechtsschutz für eine klage verwies mich a. hamm zwecks prüfung an arbeitsrechtler des dgb. nach längerer prüfung und eingehender diskussion sah der kollege dort keine aussicht auf erfolg, weil sein wörterbuch, der WAHRIG, die haltung des personalamtes in bezug auf „unmittelbar“ stützte. mein verweis auf den DUDEN, der eine weniger enge auffassung vertrat, half nichts.

weil ich mich nicht als querulant aufführen wollte, gab ich nach und zunächst auf. doch dass das rechtbekommen an der wahl des richtigen bzw. falschen wörterbuches scheitern sollte, wollte mir dann doch nicht einleuchten. um eine zweite meinung einzuholen, wandte ich mich an arbeitsrechtler bei ver.di, wo ich ebenfalls seit über 40 jahren mit-

glied bin.

vielleicht war ich naiv: ich landete wieder bei den selben kollegen arbeitsrechtlern des dgb. inzwischen hatte ich aber durch weitere rechnerische im internet einen passus im sozialgesetzbuch III von 2006 gefunden, wo der (bundes)gesetzgeber für „unmittelbar vor“ ausdrücklich eine unterbrechung von bis zu einem monat für unschädlich erklärt hat.

u.a. mit diesem neuen argument wurde meine klage dann von den kollegen beim dgb übernommen, professionell formuliert und erfolgreich (s.o.) durchgeführt.

wie aus einer mitteilung der schulbehörde an mich von 1979 hervorgeht, wurde der einstellungstermin zum schuljahr 1977/1978 vom 1.8. d. j zur einsparung auf einen termin eine woche vor beginn des neuen schuljahres verändert. wie lange diese praxis ging, entzieht sich meiner kenntnis.

aber alle kolleg(innen), die in hamburg ihr referendariat absolviert und seit dem schuljahr 1977/1978 daran anschließend hier im angestelltenstatus unterrichtet haben, könnten von diesem urteil ebenso profitieren wie ich. es geht um monatlich rund 55 € brutto mehr an zusatzversorgung. ob die voraussetzungen dafür vorliegen, muss jede(r) selbst prüfen (lassen).

es lohnt sich, sich zu wehren und seine interessen auch selbst zu vertreten.

bei fragen stehe ich gern zur verfügung.

VOLKER ERHARDT  
Ruheständler

\*Der Autor bat uns, es bei der Kleinschreibung zu belassen

# Mit weniger Berufsschulen zu mehr Ausbildungsgerechtigkeit?

Anmerkungen zum „Referentenentwurf zur Schulentwicklungsplanung der berufsbildenden Schulen 2013“ des SPD-Senats

„Es wird nie so viel gelogen wie vor Wahlen und nach Treibjagden.“ Ein schönes Beispiel für diesen Spruch Bismarcks ist die Ausbildungsgarantie des SPD-Senats. Die SPD hat vor den Wahlen in ihrem „Regierungsprogramm“ vollmundig versprochen:

„Alle Schülerinnen und Schüler haben nach Abschluss der allgemein bildenden Schulzeit ein Recht auf eine berufliche Ausbildung. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Erwachsenen in Hamburg entweder das Abitur machen oder eine klassische Berufsausbildung absolvieren.“

## Schulabgängerbefragung

Das hört sich gut an. Wie nötig das ist, zeigen die auf Drängen der Linksfraktion von der Schulbehörde durchgeführten Schulabgängerbefragungen. Danach hatten am Ende des Schuljahrs

2012 nur 17 % der Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus den Klassen 9 und 10 einen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen und 7 % hatten immerhin einen Ausbildungsplatz in einem vollqualifizierenden schulischen Ausbildungsgang erhalten, aber fast 63 % waren in Warteschleifen (wie die Ausbildungsvorbereitung) gelandet (siehe Abbildung 1).

## Berufsschul-Schrumpfungsplan trotz unveränderter Schulabgängerzahlen

Man möchte nun meinen, dass der SPD-Senat irgendwelche Anstrengungen unternimmt, um sein Versprechen der Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einzulösen. Davon ist nichts zu sehen. Im Gegenteil. Im „Referentenentwurf zur Schulentwicklungsplanung der berufsbildenden Schulen 2013“, den der

SPD-Senat mit halbjähriger Verspätung kurz vor den Sommerferien 2013 vorgelegt hat, wird ein schrumpfendes Berufsschulwesen geplant. Insgesamt will der Senat die Fläche der Berufsbildenden Schulen um 11,3 % verkleinern (so in einer Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage der Linksfraktion 20/8407 „Worauf basiert der Berufsschul-Schrumpfungsplan?“). Dies muss umso mehr irritieren, als für die kommenden Jahre bis 2020 von nahezu unveränderten Schulabgängerzahlen ausgegangen wird. Sie haben seit dem Jahr 2000 – mit Ausnahme des Jahres 2010 mit dem doppelten Abiturientenjahrgang – immer um 15.000 AbsolventInnen geschwankt (siehe Abbildung 2).

Zu fragen ist: Wie will der SPD-Senat die Berufsbildenden Schulen um über 10 % verkleinern, obwohl die Schulabgängerzahlen nicht zurückgehen werden und obwohl er sogar noch eine Ausbildungsgarantie, also erheblich mehr BerufsschülerInnen, versprochen hat?

Die Antwort ist: Dies geht nur, indem ein ganzer Ausbildungsgang abgeschafft und indem das Ausbildungsversprechen gebrochen wird. Dies soll im Folgenden eingehender dargestellt werden.

## „Austrocknen“ der teilqualifizierenden Berufsfachschulen

1) Die **teilqualifizierenden Berufsfachschulen** werden weitgehend abgeschafft. In Spitzenzeiten (im Jahre 2004) sind hier über 8.100 Jugendliche zur

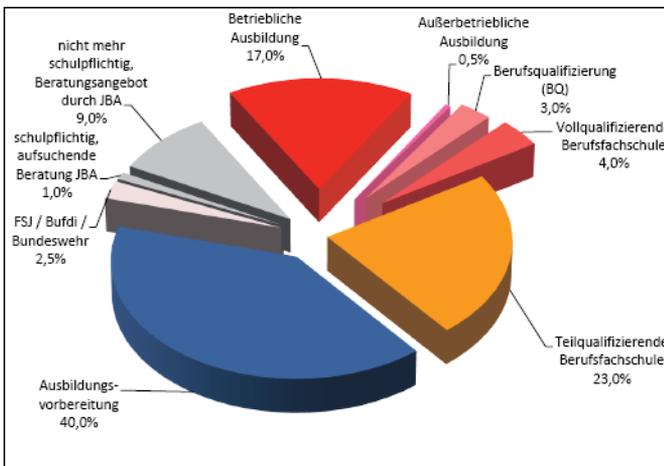


Abbildung 1: Verbleib der Schulabgänger\_innen 2012 in Prozent (Quelle: Schulbehörde Hamburg)

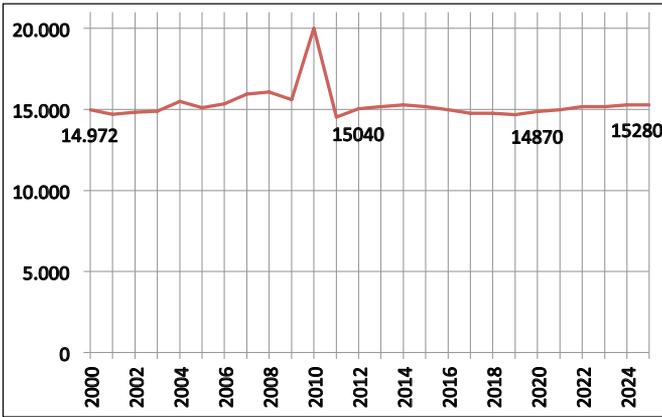


Abbildung 2: Absolventinnen und Absolventen der allgemein bildenden Schulen, Hamburg, 2000 bis 2025 (Quelle: Schulbehörde, ab 2013 Prognosezahlen)

Schule gegangen. Im Zieljahr 2020 sollen es nur noch 667 sein (siehe Abbildung 3).

Der SPD-Senat begründet diesen Kahlschlag damit, dass es sich bei teilqualifizierenden Berufsfachschulen um Warteschleifen handelt und in der „Reform der beruflichen Bildung“ Anfang 2011 alle Parteien beschlossen hätten, dass Warteschleifen abgebaut werden sollten. Damit hat der SPD-Senat insofern Recht, als teilqualifizierende Berufsfachschulen nicht zu einem Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf (wie Bürokaufmann/frau, Maler\_in usw.) führen. Allerdings waren teilqualifizierende Berufsfachschulen für viele Jugendliche interessant, weil sie hier einen höherwertigen Schulabschluss (für Jugendliche mit Hauptschulabschluss zum Beispiel den Realschulabschluss) und durch eine berufliche Teilqualifizierung verbesserte Chancen auf dem Ausbildungsmarkt erwerben konnten. Eben deshalb heißt diese Schulform „teilqualifizierende“ Berufsfachschule. Im Interesse der Jugendlichen wäre es, die teilqualifizierenden zu vollqualifizierenden Berufsfachschulen auszubauen, indem man an die zwei Jahre noch ein drittes Jahr anhängt. Das wäre

allemaal besser als die Berufsvorbereitungsmaßnahmen. Aber dies wagt der Senat nicht, weil die „Nebenregierung“ Handelskammer dagegen ist und weil dies mehr Flächen und Lehrkräfte erfordern würde.

Die „Berufsvorbereitung ist eine Warteschleife, die – im Gegensatz zu den teilqualifizierenden Berufsfachschulen – keine höheren Schulabschlüsse und keine Teilqualifizierung vermitteln. Wenn schon Warteschleifen abgebaut werden sollen, dann gehörten diese zuerst abgeschafft. Aber gerade diese Schulform will der SPD-Senat wie-

der ausbauen (siehe Abbildung 3). Der Grund ist einfach: Die teilqualifizierenden Berufsfachschulen dauern in der Regel zwei Jahre, die Berufsvorbereitung nur ein Jahr. Dadurch kann man also viele Flächen und Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen „einsparen“.

### Keine Ausbildungsgarantie

2) Wenn der SPD-Senat sein Versprechen der **Ausbildungs-garantie** wahr machen wollte und mehr als 17 % der Schulabgänger\_innen einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten sollen, dann müsste er gegenüber heute von einer deutlich höheren Zahl von Auszubildenden (= Berufsschüler\_innen) ausgehen. Tatsächlich plant der SPD-Senat aber nichts bzw. will alles beim alten belassen. Die Zahl der Berufsschüler\_innen insgesamt aus allen Ausbildungsjahren soll mit 37.332 im Jahr 2012 und 37.656 im Jahr 2020 nahezu stagnieren (siehe Abbildung 4).

Diese Planung wird weitreichende Konsequenzen haben. Denn so wird die Ausbildungsmisere zementiert, wie sie in der Schulabgängerbefragung zum Ausdruck kommt. Jugendliche werden sich weiterhin fragen,

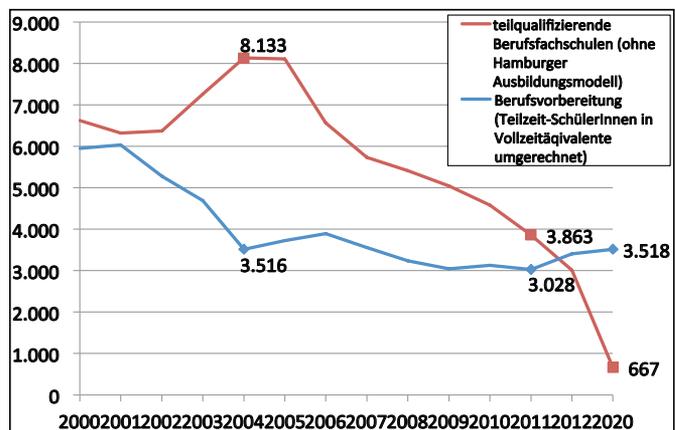


Abbildung 3: Schüler\_innen in teilqualifizierenden Berufsfachschulen und in Berufsvorbereitungsmaßnahmen 2000 – 2012 und im Prognosejahr 2020 (Quelle: Große Anfrage der Linksfraktion Hamburg Drs. 20/8350 „Schulentwicklungsplan berufliche Schulen nicht im Plan?“)

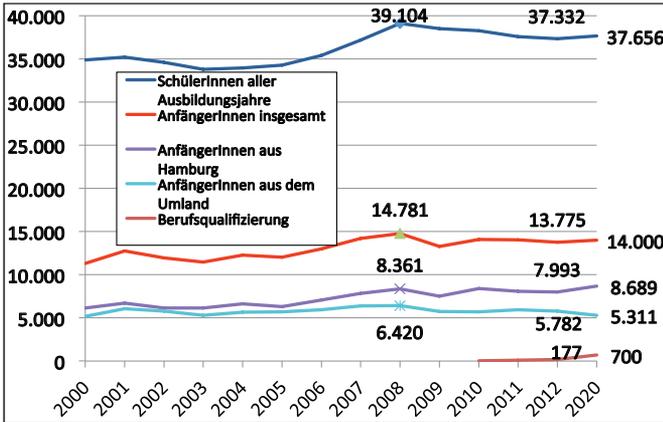


Abbildung 4: Schüler\_innen insgesamt und Anfänger\_innen in Berufsschulen aus Hamburg und dem Umland 2000 – 2012 und im Prognosejahr 2020 (Quelle: Große Anfrage der Linksfraktion Hamburg Drs. 20/8350 „Schulentwicklungsplan berufliche Schulen nicht im Plan?“)

warum sie sich in der Schule anstrengen sollen, wenn sie ohnehin kaum eine Chance auf einen Ausbildungsplatz haben. Lehrkräfte werden sich fragen, wie sie ihre Schüler\_innen motivieren können und welchen Sinn eine Berufsorientierung hat, wenn die Orientierung vor allem auf Warteschleifen wie die Berufsvorbereitung besteht.

Ein beliebtes Argument für diese Politik des Nichtstuns ist der „demografische Wandel“. Das Märchen geht so: Der Senat brauche nichts zu tun für die Ausbildungsgarantie, weil zukünftig erheblich weniger Jugendliche aus dem Umland auf den Ausbildungsmarkt in Hamburg strömen und dadurch Hamburger Jugendliche wieder mehr Ausbildungsplätze bekämen. Abbildung 4 zeigt, dass daran selbst der Senat nicht glaubt. Denn nach den Prognosen der Schulbehörde soll die Zahl der Anfänger\_innen aus dem Umland von 2012 bis 2020 lediglich von 5.782 auf 5.311 zurückgehen. Umgekehrt soll im selben Zeitraum die Zahl der Anfänger\_innen aus Hamburg von 7.993 auf 8.689 steigen. Das heißt, durch den „demografischen Wandel“ werden nach dieser Prognose nur 696 Jugendliche mehr einen

Ausbildungsplatz erhalten.

Man kann es nicht deutlich genug sagen: Wenn der SPD-Senat sein Versprechen der Ausbildungsgarantie ernst nehmen wollte, dann müsste er vor allem das weitgehend unbekanntes Hamburger Ausbildungsmodell beträchtlich ausbauen. Das Hamburger Ausbildungsmodell sieht im 1. Ausbildungsjahr eine Berufsqualifizierung (BQ) in einer einjährigen Berufsfachschule vor. Angeboten werden anerkannte Ausbildungsberufe wie Kraftfahrzeug-Mechatroniker/in, Elektroniker/in, Bürokaufmann/frau und Kaufmann/frau für Bürokommunikation. Im 2. Ausbildungsjahr sollen die Jugendlichen nach Möglichkeit in eine betriebliche Berufsausbildung wechseln, ansonsten können sie die Ausbildung in einer trägergestützten Berufsausbildung fortsetzen. Dies ist in der Theorie ein akzeptables Konzept. In den Genuss dieses Konzepts sind indessen bisher nur verschwindend wenig Jugendliche gekommen. So haben im Schuljahr 2012/13 nur ca. 180 Jugendliche einen Ausbildungsplatz im Hamburger Ausbildungsmodell erhalten. Die geplanten 700 Anfänger\_innen im Jahr 2020 sind viel zu wenig,

wenn der SPD-Senat sein Ausbildungsversprechen einlösen wollte.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das weitgehende „Austrocknen“ der teilqualifizierenden Berufsfachschulen bei Konstanthaltung der niedrigen Berufsschüler\_innenzahlen es dem SPD-Senat erlaubt, die Fläche und die Zahl der Berufsbildenden Schulen zu verkleinern. Durch den Verkauf frei werdender Immobilien kann er so den Schulbau mit finanzieren, der über Jahrzehnte vernachlässigt worden ist.

### „Drastischer Rückgang der Schülerzahlen?“

Da der SPD-Senat merkt, dass seine Begründungen für das schrumpfende Berufsschulwesen auf wackeligen Beinen stehen, hat Schulsenator Rabe nun ein Hilfsargument eingeführt. So schreibt die MoPo am 12.06.13 über die Pressekonferenz, auf der die Schulbehörde den Schulentwicklungsplan vorstellte: „Die Behörde reagiert mit dem Schulentwicklungsplan für berufsbildende Schulen auf einen drastischen Rückgang der Schülerzahlen.“ Und NDR 90,3 zitiert Schulsenator Rabe mit den Worten: „Die Schülerzahl ist gemessen an 1985 deutlich zurückgegangen von 75.000 auf 55.000.“

Dies ist eine typische Halbwahrheit. Die ganze Wahrheit ist, dass die Schulbehörde darauf bereits in der Vergangenheit „jeweils im Rahmen der jährlichen Schulorganisation reagiert“ hat,

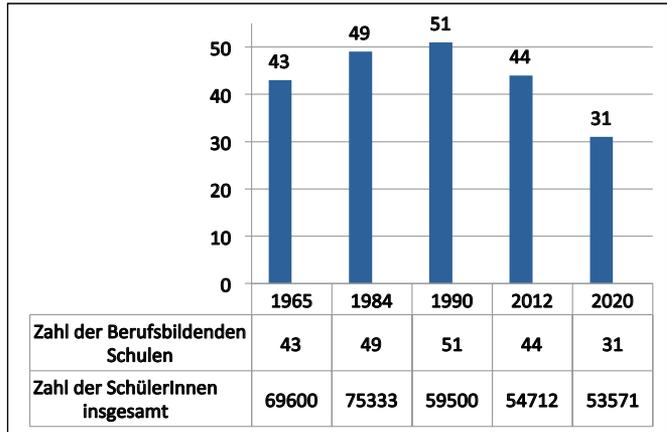
### Betroffene diskutieren

Die Fachgruppen Handel und Gewerbe laden ein: **Am 18. September um 16:30 Uhr** Curio-Haus, Rm A unter dem Motto: „Problemloses Zusammenwachsen? – Mitbestimmung, Gestaltungsmöglichkeiten und Unterstützung.“

wie der Senat in einer Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage der Linksfraktion zugeben musste (siehe Abbildung 5).

### Die Berufsschule als „mittelständischer Betrieb“

Der Schulentwicklungsplan wird nicht nur zu weniger Berufsbildenden Schulen und weniger Ausbildungsgerechtigkeit, er wird auch zu weniger Schuldemokratie und Pädagogik führen. So ist ganz nebenbei vorgesehen, die unter dem CDU-Senat begonnene Stärkung der Schulleitung fortzusetzen und eine Verwaltungsleitung einzusetzen. Die Stärkung der Schulleitung erinnert an vordemokratische Zeiten. Nach der Novemberrevolution 1918 wurde die „autoritäre Schulleitung“ in Hamburg abgelöst durch die kollegiale Schulleitung. Nun erleben wir die schrittweise Rückkehr zu dieser „autoritären Schulleitung“. Zu befürchten ist, dass die



**Abbildung 5: Zahl der Berufsbildenden Schulen in Hamburg 1965 - 2012 und für das Prognose 2020 (Quellen: Doose u.a. (Hg.), 150 Jahre Berufliche Schulen. Hamburg 1990 sowie Schriftliche Kleine Anfrage der Linksfraktion Hamburg, Drs. 20/8407)**

neue Stelle einer Verwaltungsleitung, die die Schulen aus ihrem eigenen Budget finanzieren müssen, einen weiteren Schritt in Richtung Kommerzialisierung und Privatisierung des Schulwesens darstellt. Wie heißt es

dazu im Schulentwicklungsplan: „Eine große Schule gleicht ... einem mittelständischen Betrieb.“

KAY BEIDERWIEDEN  
Referent in der Bürgerschaft

## 300 „Trauergäste“ gegen die Abwicklung der beruflichen Schule Uferstrasse (W2)



„Baustelle Bildung“ symbolisch im Kanal versenkt.

„Mit der Aktion ‚SEPL versenkt die Inklusion‘ protestierten die Schüler\_innen und das Kollegium gegen die Planungen des Hamburger Senats, die Schule mit einer Nachbarschule zu einem Schulzentrum für Sozialpädagogik zu fusionieren und die Kernbildungsgänge auszulagern. Gegen die Fusionierung spricht, dass das selbstverständliche Zusammenleben von behinderten und nicht-behinderten Schüler\_innen, das seit Jahren gelebter Schulalltag ist, gefährdet wird, wenn künftig nur noch die Schüler\_innen, die zu Erzieher- und Sozialpädagog\_innen ausgebildet werden, zusammen mit Schüler\_innen mit Behinderung an einer Schule sein würden,“ so Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Aktueller Anlass der Protestaktion war, dass die Beruflichen Schulen Hamburgs bis zum 6. September 2013 zu diesen Plänen der Schulbehörde Stellung nehmen konnten, ehe die Deputation über die Verabschiedung des SEPL entscheidet.



## Tolerierung oder Teilhabe

Die neu eingeführte systemische Ressource für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung (LSE) wird nach Gesamtschülerzahl und Sozialindex zugewiesen (im Mittel 4 % der Grundschüler\_innen und 8 % der Stadtteilschüler\_innen; die Schulbehörde geht davon aus, dass die Gymnasien keine LSE-Kinder aufnehmen). Rechnerisch bedeutet diese Zuweisung: Es gibt pro Grundschulklasse im Mittel 1 Kind mit LSE-Förderbedarf und in einer Stadtteilschulklasse 2. An den Schulen wird dieses vollkommen anders erlebt. Der durchschnittliche rechnerische Förderanspruch pro LSE-Kind bemisst sich auf fünf Wochenarbeitszeitstunden (WAZ) in der Ganztagsgrundschule und in der Stadtteilganztagschule auf 11 WAZ. Rechnerisch bedeutet dieses, dass im Grundschulbereich eine vollbeschäftigte Sonderpädagogin mindestens neun Klassen versorgt und in der Stadtteilschule vier. Kommt es zum von der Schulbehörde empfohlenen Professionenmix (60 % Erzieher\_innen/Sozialpädagogikstellen, 40 % Sonderpädagogikstellen) versorgt eine Sonderpädagogin bzw. ein Sonderpädagoge in der durchschnittlichen Grundschule rechnerisch 22 Klassen und in der Stadtteilschule 10 Klassen.

Seit Einführung der Inklusion steigt die Zahl der gemeldeten Schüler\_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung deutlich an. Die Professoren Karl Dieter Schuck und Wulf Rauer wurden am 1. April 2013 von der Schulbehörde beauftragt, diese Entwicklung zu untersuchen und Maßnahmen zur Unterstützung der inklusiven Schulen vorzuschlagen. Hierzu wurden von den Professoren die der Kultusministerkonferenz gemeldeten Daten der Herbststatistik ausgewertet und viele Interviews vor Ort mit Lehrer\_innen, Schulleitungen und Fachleuten u.a. auch aus der GEW geführt, die noch nicht gänzlich ausgewertet sind. Vereinbarungsgemäß legten Rauer und Schuck der Behördenleitung erste Arbeitshypothesen am 6. Juni vor. In einer Pressemitteilung vom 27. August bezieht sich die BSB auf diesen allerersten Zwischenbericht.

Im Gespräch mit Stefan Romey erläutert K.D. Schuck die bisherigen Erkenntnisse und stellt sich kritischen Fragen zur Interpretation der Hypothesen von ihm und seinem Kollegen Wulf Rauer durch die Schulbehörde.



Foto: Stefan Romey

**Karl Dieter Schuck:** „Die Aussagen des Senators sind so nicht direkt aus unseren Arbeitshypothesen abzuleiten.“

*hlz: Euer zur Pressekonferenz vorgelegte Zwischenbericht vom 6. Juni 2013 zum Anstieg der Zahl der Kinder in den Förderbereichen Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung beginnt Wellen zu schlagen. Auch wir haben dazu Fragen an euch. Kannst du zunächst die wichtigsten Gründe für den Anstieg der Zahlen gemeldeter LSE-Kinder stichwortartig zusammenfassen?*

**K.D. Schuck:** Voranstellen möchte ich Folgendes: Wir sind als unabhängige Wissenschaftler von der Schulbehörde gebeten worden, den Anstieg der Zahl der Kinder mit Förderbedarfen im Lernen, in der Sprache und in

der emotional-sozialen Entwicklung (so genannte LSE-Kinder) in der Herbststatistik 2012 zu untersuchen. Wir werden vereinbarungsgemäß zum Jahresende unseren Erkenntnisweg, unsere Ergebnisse und Schlussfolgerungen vorstellen. Maßgebend für unsere Interpretationen werden die entsprechenden wissenschaftlichen und schulentwicklungsbezogenen Diskurse der zurückliegenden Jahrzehnte sein, an denen wir mit unseren Forschungen beteiligt waren. Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich über erste Arbeitshypothesen und Schlussfolgerungen berichten. Meine eigenen Einschätzungen werde ich dabei nicht zurückhalten. Ich möchte darauf



verweisen, dass wir uns nicht nur mit dem LSE-Anstieg beschäftigen. Wir werden in den nächsten vier Jahren die Implementation der inklusiven Bildung evaluieren und dabei großflächig die Entwicklung aller Kinder im Kontext der schulischen Strukturen und ihrer Veränderungen dokumentieren. Bevor ich Eure Fragen zum LSE-Problem beantworte, will ich ein paar Daten und Arbeitshypothesen hervorheben:

**Die Daten:** Die zur Herbststatistik gemeldeten Zahlen sind nicht durchweg vertrauenswürdig. So hat die Innenrevision bei 12 Schulen mit erheblichen Anstiegen der LSE-Zahlen 130 Fehleinträge auf Grund missverständlicher Anweisungen in einem geänderten Erhebungsverfahren gefunden. In der Statistik 2012 wurde unter dieser Bedingung ein LSE-Anteil an der Gesamtschülerschaft der allgemeinbildenden Schulen inklusive der Sonderschulen von 4,82 % erreicht nach 2,93 % in 2009, 3,21 % in 2010 und 3,60 % in 2011. Berlin meldete von 2009 bis 2011 Quoten von 4,44 %, 4,37 % und 4,33 %.

**Strukturelle Momente des Systemwechsels:** (1.) Viele ehemalige IR-Schulen haben erstmals das Nichtetikettierungsgebot aufgegeben. (2.) Die nun flächendeckende Verfügbarkeit sonderpädagogischer Expertise führt zu einer höheren Sensibilität gegenüber besonderen Förderbedarfen. (3.) Das Konzept der inklusiven Schulen wird von den Kolleginnen und Kollegen als Signal verstanden, auch „moderate Entwicklungs- und Lernprobleme“ in einer bisherigen Grauzone wahrzunehmen und pädagogisch zu bearbeiten. (4.) Mit der Einführung der Förderpläne als Definitionskriterium

für Förderbedarfe in den Bereichen L, S und E und durch die veränderte Bedeutung der Sonderschulen ist die Hemmschwelle gesunken, Förderbedarfe als sonderpädagogische Förderbedarfe zu bezeichnen.

**Gesellschaftliche Bedingungen:** Die zunehmend erschwerten Bedingungen des Aufwachsens von Kindern am sozialen Rand vor allem in Großstädten und damit auch in Hamburg sind nicht zu übersehen. Die Armutquoten in sozialen Brennpunktgebieten steigen, tragen zu den Problemlagen der betroffenen Kinder bei und führen schließlich zu erhöhten schulischen Förderbedarfen.

**Eine nicht auszuschließende Ursache des Anstiegs:** In Einzelfällen ist es auch dazu gekommen, zu fördernde Kinder als sonderpädagogisch förderbedürftig zu erklären, um damit auf mutmaßliche Probleme der Ressourcenausstattung aufmerksam zu machen.

*hlz: Senator Ties Rabe behauptet, nur ein Drittel der heute von den allgemeinen Schulen gemeldeten Schüler\_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Förderbereichen L, S und E wären früher wirklich als Sonderschüler\_innen an die Sonderschule geschickt und zwei Drittel wären früher nicht als sonderpädagogisch förderbedürftig eingeschätzt worden. Sie wären – so Rabe – mit »Bordmitteln« unterrichtet worden und ihr auffälliges Lernverhalten wäre »toleriert« worden. Hier geht aus seiner Sicht etwas schief. Unter Bezug auf eure Arbeitshypothesen sagt er, die zu fördernden Kinder und ihre Zahl haben sich nicht geändert, sondern nur der Blick auf diese. Entspricht das euren bisherigen Einschätzungen?*

**K.D. Schuck:** Diese Aussagen des Senators sind so nicht direkt aus unseren ersten Arbeitshypothesen abzuleiten. Wir haben nichts dazu gesagt und könnten auch nichts dazu sagen, wie viele der LSE-Kinder in der Statistik 2012 in eine Sonderschule überwiesen worden wären. Dennoch mag sich in diesen Feststellungen, neben einer Reihe konzeptioneller Probleme, ein Stück „Wahrheit“ verbergen. Wir befinden uns in einer Übergangssituation von einem selektionsorientierten Schulsystem hin zu einer teilweise inklusiven Struktur, mit der wir das Ziel verfolgen, die beste Förderung aller Kinder im gesamten Heterogenitätsspektrum zur Sicherung der maximalen gesellschaftlichen Teilhabe Aller zu gewährleisten. Allein diese Neuorientierung muss zu einer Veränderung vieler pädagogischer Prozesse führen, auch desjenigen der Benennung und Kategorisierung von Lern- und Entwicklungsproblemen. Damit einher geht eine Verschiebung der Schwellen zur Benennung der Kinder, die einer besonderen pädagogischen Aufmerksamkeit bedürfen. So gesehen ist schon etwas dran, dass sich die Maßstäbe der Betrachtung verändert haben könnten. Zugleich ist aber nicht zu verkennen, dass sich im Rahmen der Zuspitzung gesellschaftlicher Ausgrenzungsprozesse die Kinder und ihre individuelle Problemlagen gerade in sozialen Brennpunktgebieten massiv verändert haben.

*hlz: Die Schulbehörde spricht davon, dass ihr als Wissenschaftler vermutet, dass der Anstieg der LSE-Zahlen u.a. auf Diagnoseunsicherheiten und eine veränderte Wahrnehmung von „moderaten Entwicklungs- und Lernproblemen“ (so Rabe) zu-*



# INKLUSION: ACHT

rückzuführen sei. Entspricht das eure Ergebnisse?

**K.D. Schuck:** Von „Ergebnissen“ können wir hier nicht wirklich sprechen, sondern nur von Hypothesen und eigenen Einschätzungen und die betreffen eine konzeptionelle Problematik: Aus der Vor-Inklusionszeit ist das Konzept des „sonderpädagogischen Förderbedarfs“ übernommen und damit das alte Problem der Abgrenzung zwischen sonderpädagogischem und pädagogischem Förderbedarf. Die inklusive Schule befindet sich damit in allen klassischen Turbulenzen der individuellen Zuschreibung von Problemen, die eigentlich dem System der schulischen Förderung zuzurechnen sind. Diagnoseunsicherheiten sind damit vorprogrammiert. Meiner Einschätzung nach muss das Konzept des sonderpädagogischen Förderbedarfs in einem Konzept der „Adaptiven Förderung“ aufgehoben und damit überwunden werden. Es geht nämlich zuallererst um die Gestaltung eines adaptiven Unterrichts für alle Schülerinnen und Schüler im gesamten Heterogenitätsspektrum. Erforderlich sind dazu geeignete diagnosegestützte pädagogische Strategien zur Bestimmung der individuellen und systembezogenen pädagogischen Notwendigkeiten zur Unterstützung individueller Entwicklungen. Dazu gehören Entscheidungskriterien dafür, welche professionellen, pädagogischen wie sonderpädagogischen Kompetenzen zur Lösung der kon-

kreten Lern- bzw. Entwicklungsprobleme bereitgestellt werden müssen und wie die Förderung im Prozess zu begleiten und dem Verlauf entsprechend anzupassen ist. Bei einer solchen konzeptionellen Orientierung würde es keine Rolle mehr spielen, ob es sich um einen sonderpädagogischen Förderbedarf oder um „moderate Lern- und Entwicklungsprobleme“ handelt. Wenn man zudem noch erreichen könnte, alle Ressourcen der sonderpädagogischen und pädagogischen Förderung in einem Topf zusammen zu bringen und daraus alle Maßnahmen der adaptiven Förderung zu finanzieren, wäre das Problem der Abgrenzung der unterschiedlichen Förderbedarfe in ein solches der Entwicklung je individueller Förderkonzepte und ihrer ausreichenden Finanzierung transformiert.

*hlz:* In der Vorstellung eurer Arbeitshypothesen erweckt die Schulbehörde den Eindruck, dass ihr als Wissenschaftler zusammen mit dem Senator der



**Stefan Romey:** Seht ihr keine Stolpersteine in der Inklusion?

*Meinung seid, Hamburg sei bei der Inklusion auf einem guten Weg. Seht ihr keine Stolpersteine?*

**K.D. Schuck:** Der „gute Weg“ ist in der Tat erklärungsbedürftig. Im Zwischenbericht hatten wir vermutet, dass die Zunahme der Zahl der LSE-Kinder ein Zeichen dafür sein könne, dass sich Hamburg auf einem guten Weg der Optimierung der Förderung aller Kinder befinde. Denn der Anstieg der Zahl der Kinder mit einem Förderbedarf in emotional-sozialer Entwicklung korreliert mit einer Zunahme der Kinder mit emotionalen und Verhaltensproblemen, die in repräsentativen nationalen und internationalen Studien einen Anteil von bis zu 25 % der Kinder eines Jahrgangs ausmachen. Im Vergleich dazu nimmt sich der Hamburger LSE-Anteil von 4,82 % an der Gesamtschülerzahl als eher bescheiden aus, selbst mit Blick auf die über diesen Prozentsatz hinausgehenden, weiteren pädagogischen Fördermaßnahmen anderer Finanzierungsquellen. Bescheiden ist dieser Anteil auch unter der Perspektive der finnischen Praxis, 25 bis 30 % aller Kinder besondere und anhaltende pädagogische Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. So gesehen könnte Hamburg durchaus auf einem guten Weg sein, wenn der Zählung auch eine bessere Förderung prinzipiell folgen kann und auch folgt. Diese Kommentierung berührt zahlreiche Stolpersteine, die ich in einer Stellungnahme zu der Drucksache zur Einführung der inklusiven Bildung beschrieben habe. Da ist zunächst das Nichtetikettierungsgebot der ehemaligen IR-Schulen. Mein Standpunkt ist klar: Wir brauchen nicht vordringlich eine Verbesserung der Diagnostik



und die neuerliche Suche nach mutmaßlich den Individuen innewohnenden Eigenschaften. Wir brauchen eine bessere Förderplanung und Evaluation der Förderung. Die sind an pädagogischen Zielen und an den Curricula der Fächer orientiert; sie beruhen auf einer diagnosegestützten Kind- Umfeldanalyse und sind in ihrer alltäglichen Umsetzung aufgehoben in einem pädagogischen Konzept, das sich wirklich inklusiv nennen kann. Ungelöst sind weiter Probleme der Beschreibung und Bewertung von Leistungen und der Umgang mit der klassischen Begrifflichkeit des zielgleichen und zieldifferenten Unterrichts. Mir scheint es offensichtlich, dass in der Drucksache zur Inklusion und damit in der aktuellen schulischen Praxis an entscheidenden Stellen der klassische Schulformbezug noch nicht wirklich überwunden ist und so die mir notwendig erscheinende, konsequent curriculare Orientierung des Unterrichts und der Leistungsrückmeldungen noch nicht wirklich in Sicht ist.

**hlz:** *Wurde aus eurer Sicht der gerade in Hamburg vorhandene Sachverstand in den inklusiven Entwicklungsprozess einbezogen? Wenn nein, wie könnte dieses in Zukunft sichergestellt werden?*

**K.D. Schuck:** Wir haben in den von uns geführten Gesprächen diese Klage oft gehört. Es wurde deutlich, dass bei den Schulen mit Integrationserfahrungen eher die Botschaft ankam, dass ihr in unterschiedlichen integrativen Modellen und an Sonderschulen hoch entwickelter Sachverstand im neuen Konzept nicht mehr erwünscht sei, obgleich über eine lange Zeit hinweg nach Formen gesucht

wurde, wie integrationserfahrene Schulen Patenschaften für die in der Vergangenheit noch nicht integrativ arbeitenden Schulen übernehmen könnten. Wir brauchen Arbeitsgruppen unter breiter Beteiligung der allgemeinen Pädagogen\_innen und der Sonderpädagog\_innen, die zusammen mit dem Referat Inklusion und unter Einbeziehung wissenschaftlichen Sachverstands das Konzept der inklusiven Bildung an allen Hamburger Schulen implementieren sowie eventuell bestehende konzeptionelle Probleme benennen und der BSB entsprechende Vorschläge für eine Nachsteuerung machen. Große Programme zur Unterrichtsentwicklung oder auch das Hamburger Schulversuchsprogramm alles->können zeigen, wie solche Implementationsstrategien für Unterrichtsinnovationen erfolgreich angelegt werden können und müssten.

**hlz:** *Senator Rabe sagt, Quantität und Qualität des Förderangebots haben sich im Gegensatz zu der schwarz-grünen Regierungszeit deutlich verbessert. Kann man diese Aussage aus euren Arbeitshypothesen ablesen?*

**K.D. Schuck:** Unseren bisherigen Ergebnissen ist nur eins zu entnehmen: Wir haben von Schulen, die bisher ohne besondere integrative Maßnahmen auskommen mussten, gehört, dass man dort unter einem Gerechtigkeitsgebot froh ist, nun endlich überhaupt über eine sonderpädagogische Grundausstattung zu



verfügen, die allerdings meist als zu gering beurteilt wurde. Genauso haben wir gehört, dass die Umverteilung von Ressourcen gerade in ehemaligen IR-Schulen zu einer Einschränkung bisheriger Strukturen der Förderung geführt habe. Beide Stimmen beziehen sich auf Aspekte der Ressourcenverlagerung, von der ein Teil der Schulen profitiert und unter der andere Schulen leiden. Dabei muss gesehen werden, dass im Vergleich zu anderen Bundesländern dem Hamburger Schulsystem in der Summe erheblich mehr Ressourcen der pädagogischen und sonderpädagogischen Förderung zu Verfügung stehen. Dazu fehlen uns allerdings noch weitere belastbare Informationen.

**hlz:** *Ihr betont, dass es bei Kindern mit emotional-sozialen Problemen besonders hohe Anforderungen an die Pädagoginnen, Pädagogen und die jeweilige Klassengemeinschaft gibt. Ihr haltet es für denkbar, den Förderschwerpunkt E aus dem Paket der systemischen Versorgung zu nehmen bzw. eine ergänzende individualisierte Ressourcenvergabe vorzusehen. Seht ihr für die Verwirklichung*



# INKLUSION: ACHT



*„...handfeste Probleme bei der Bereitstellung von Ressourcen...“  
dieses Vorschlags Chancen?*

**K.D. Schuck:** Diese Frage betrifft die Quantität, die Qualität und die Verteilungsmodalitäten aller Ressourcen der Schulen. Von Stadtteilschulen haben wir z. B. ganz unterschiedliche Stimmen gehört, die darauf verweisen, dass es Schulen mit gleicher Belastung durch förderintensive Kinder und gleicher Ressourcenausstattung ganz unterschiedlich schaffen, eine gute pädagogische Arbeit zu leisten. Das stärkt unsere Hypothese, dass am Anfang des Erfolgs einer Schule das pädagogische Konzept steht und nicht allein die Menge der verfügbaren Ressourcen. Entsprechend hören wir nun schon seit mindestens 1992 und jetzt wieder in den Gesprächen mit den Schulen, dass mancherorts der normale Unterricht erschwert werden kann, weil zu viele Personen, gespeist durch unterschiedliche Ressourcentöpfe, unkoordiniert in den Klassen tätig sind. Aus der Beobachterperspektive müssten alle Ressourcen der unterschiedlichsten Quellen in einen Topf und von dort nach vernünftigen Regeln und unter einer Nach-

weispflicht für ihre Verwendung an die Schulen bzw. in die Klassen kommen. Allein mehr Ressourcen zu haben, führt offensichtlich noch lange nicht und vor allem nicht automatisch zu besserem Unterricht und zu einer besseren Förderung aller Kinder. Zu diesem Problemfeld gehören die systemischen Ressourcen, die den Schulen zur Sicherung einer sonderpädagogischen Grundversorgung und zur Förderung der LSE-Kinder zur Verfügung gestellt werden. Fast durchgängig wurde in unseren Gesprächen die systemische Ressourcenvergabe für die Förderschwerpunkte L, S und E grundsätzlich für gut geheißen, aber in Frage gestellt, ob die alten wie neuen KESS-Indizes den Ressourcenbedarf in den Schulen angemessen abbilden. Wir können aus den uns bisher verfügbaren Daten nicht ableiten, ob die systemischen Ressourcen insgesamt und an allen Schulen „wirklich“ auskömmlich sind. Aus alledem folgt für die gemeinsam zu lösende Aufgabe, neue Modelle der Bündelung von Ressourcen und eine Neubestimmung des Verhältnisses systemischer und individualisierter Ressourcen zu entwickeln. Ob solche Vorstellungen Zukunftschancen haben, wage ich nicht vorherzusagen. Zuerst müsste sich diese Idee in einem breiten und fachlich geprägten Diskurs bewähren und auch umsetzbar entwickelt werden, um dann zu einem Element der inklusiven Schule werden zu können. Dabei ist davor zu warnen, das Konzept der systemischen Bereitstellung von Ressourcen aufzugeben. Entsprechende Tendenzen sind leider zu beobachten.

*hlz: Die GEW, die Fachverbände, die Lehrer- und Elternkammer haben in zahlreichen*

*Stellungnahmen eine – gemessen an der jetzigen Ausstattung – bessere personelle und sachliche Ausstattung für eine gelingende schulische Inklusion eingefordert. Erscheint diese Forderung aus Sicht eurer ersten Erkenntnisse berechtigt?*

**K.D. Schuck:** Tatsächlich bleiben in der jetzigen Phase der Weiterentwicklung des Konzepts handfeste Probleme der Bereitstellung von Ressourcen. Es scheint mir für eine gelingende Systementwicklung notwendig, die Qualität und Quantität verfügbarer Ressourcen und ihre Verteilung beständig auf dem Prüfstand zu haben. Tatsächlich bedarf die dankenswertere Weise auf den Weg gebrachte grundlegende Reform des Hamburger Schulsystems noch eines langen Atems, um alle pädagogischen Prozesse und organisatorischen Verfahrensweisen zufriedenstellend zu entwickeln und zu einem wirklich funktionierenden System werden zu lassen – so die Einschätzungen unserer Gesprächspartner. Wir sollten in der nächsten Zeit nicht um mutmaßliche Steigerungsraten von LSE-Kindern streiten, sondern uns über die allgemeinen Ziele einer inklusiven Schule verständigen und die nächsten Schritte der Verbesserung der pädagogischen Prozesse gut planen und behutsam umsetzen. So war unser Appell im Zwischenbericht zu verstehen, die Erhöhung der LSE-Zahlen nicht überzubewerten, sondern im Gesamtzusammenhang zu betrachten.

*hlz: Danke für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen.*

Das Interview führte  
STEFAN ROMEY



## RTI – was soll das?!

Die Art und Weise, neue sonderpädagogische Konzepte kritisch darzustellen erlebt Praktiker Rudolf Abrams als verwirrend und wenig klärend

Unfrisierte Gedanken eines Pragmatikers beim Lesen des Artikels „Aggressiv fordernd“ (HLZ 6-7/2013, S. 23-25)

### Ich lese die Überschrift.

Meine Gedanken: *Es geht um Inklusion – den Artikel lese ich! Schließlich habe ich in Hamburg vier Jahrzehnte die integrative Förderung verhaltensauffälliger Schüler mit entwickelt. „RTI“ – noch nie gehört. Ob da was deutlich weiterführendes Neues nach meiner Pensionierung vor 12 Monaten auf den Markt gekommen ist? Drei Profs werden genannt, die im neu entwickelten Verfahren, genannt „RTI“, ein geeignetes Instrument zur inklusiven Gestaltung sonderpädagogischer Arbeit an allgemeinbildenden Schulen sehen. Das wäre ja sensationell! Hier ist also das gefunden, worum wir „an der Front“ seit Jahrzehnten in Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen an den allgemeinbildenden Schulen in HH gerungen haben, und zwar noch einmal ganz besonders nach Annahme der UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderung durch BRD 2009.*

Ich lese: *RTI verstehe sich als Abkehr vom für Deutschland typischen sonderpädagogischen Paradigma, wonach der/die Sonderpädagoge in erst aktiv wird, wenn das Kind schon gescheitert ist! Ach – habe ich da unsere Arbeit in den 4 Jahrzehnten falsch gesehen? Vielleicht kannten die Profs die pädagogische Landschaft in HH noch nicht? Wir bemühten uns hier um Modelle präventiver Arbeit. Bevor ein*

*vom „gescheitert sein“ bedrohtes Kind scheitert. Übrigens: Ab wann ist ein Kind „gescheitert“? Gibt es nur dichotomisiert als Alternativen ein 100% „gescheitert sein“ oder 100% „integriert sein“ – oder ein jeweils fließendes „Mehr oder weniger“? Vielleicht waren wir in HH ja nicht typisch für das Deutschland, das die Profs zitieren: Für Deutschland sei es typisch, erst zu fördern, wenn das Kind (50%,? 100%?) gescheitert sei.*

Ich lese weiter: RTI basiert auf einem festen Programm von Überprüfungen der Lernleistungen aller Schüler\_innen, Förderung der „Zurückgebliebenen“, die schrittweise in 3 Stufen intensiviert und spezialisiert werden kann, wenn die weitere Diagnostik ergibt, dass die bisherige Förderung gemäß einem definierten Ziel nicht ausreicht.

*Das machen wir doch schon hier seit Jahren! Die AuL-Förderung im Lese/Rechtschreib-*

*bereich. Mit der HSP (Hamburger Schreibprobe) werden alle Grundschüler überprüft, die unteren 5-10% müssen zunächst schulintern zusätzlich gefördert werden (Stufe 1), wenn das nach etwa 4-monatiger Förderung nicht reicht und im Lesen/Schreiben nicht über Prozentrang 5 hinaus kommt, steht ihm die Finanzierung einer „Außerunterrichtlichen Lern-Förderung“ (AuL) im L/R-Bereich am Nachmittag durch eine anerkannte nicht-schulische Fördereinrichtung zu (Stufe 2).*

*Etwas Neues scheint mir RTI also nicht zu sein – evtl. alter Wein in neuen Schläuchen mit neuem Etikett?*

*Was soll alles im Rahmen von RTI noch regelmäßig diagnostiziert werden? Mathe? Sachkunde? Beherrschung der deutschen Sprache? Motorische Entwicklung? Emotionale/ Soziale Kompetenzen? Ich weiß um die intensive Belastung der*



Ein Stundenplan der Raum gibt, Raum für Individualisierung (Primarschule Rellinger Straße)

Fotos: Stefan Gierlich



# INKLUSION: ACHT

Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, wozu auch der für alle Kinder vorgeschriebene (?) Einsatz der HSP an der Grundschule beiträgt. Der RTI-Einsatz einer hohen Frequenz von Überprüfungen von in Förderung befindlichen Schüler\_innen durch Spezialkräfte – mir gruselt, wenn ich mir den Aufwand dafür vorstelle.

Ich lese weiter – und komme zu dem Teil, in dem RTI kritisiert wird. Die Kritik des massiven Einsatzes von Tests entspricht genau meinen spontanen Gedanken/Gefühlen im 1. Teil des Artikels (s.o.)!“

Doch beim weiteren Lesen stolpere ich auch hier:

Es sei zu kritisieren, dass mit Hilfe von Tests „...die von einer

Schreiben= Ziel)? Ist „nicht defizitorientiert“ oft gleichzeitig „zielorientiert“, je nach Perspektive und Wortwahl? Ich selbst hatte zu tun mit der Vorbereitung und Begründung/Formulierung einer schriftlichen Empfehlung, eine AuL zu finanzieren. Dabei habe ich stets Eltern, Lehrer\_in und betroffene\_n Schüler\_in einbezogen. Nach meiner Einschätzung aktivierte dies das Kind und holte es aus einer eher resignativ verzweifelten Grundhaltung heraus. Es wurde gerade nicht zum passiven Empfänger der Förderung gemacht. Oder meint der im Artikel zitierte und die RTI kritisierende Prof. Hinz etwas Anderes? Dann habe ich das noch nicht recht verstanden.

Dann stolpere bei dem Teil,

noch Analphabet war und persönlich darunter sehr litt, in der Harburger unterrichtersetzenden Maßnahme „Harburg macht Schule“ (HmSch) aufgenommen wurde: Ein Kooperationsprojekt von Schule und Jugendamt Harburg mit Vollbeschulung in einer Sondergruppe und nachmittäglichem Erziehungsbeistand für extrem förderungsbedürftige Schüler\_innen, die in der gegenwärtigen Situation an ihrer Schule in eine Sackgasse geraten waren und bisher alle ambulant-integrativen Fördermaßnahmen anscheinend nicht annehmen konnten. Wir merkten jedoch schnell, dass auch diese Maßnahme für M. nicht fruchtbar war; stoppten sie und entwickelten alle zusammen andere Förder-Schritte. Ist aber die Vorhaltung einer solchen Einrichtung wie HmSch zur Inklusion kontraindiziert? Ich denke gegenwärtig „Nein“. Dies würde ich bei einer Diskussion erklären, wäre natürlich auch bereit, mich vom Gegenteil überzeugen zu lassen.

Jetzt der „Gegenentwurf zu RTI“:

Ich stolpere besonders über den Satz „...hält Barnitzky die unabwiesbare Erfahrung entgegen, dass Kinder mit gleichem Alter in ihrer Entwicklung drei bis vier Jahre differieren“.

Also das ist für mich wirklich neu! Das gibt es sicherlich, aber so wie ich diesen Satz im Gesamtzusammenhang verstehe, ist damit gemeint, dass dies dann noch im „grünen Bereich“ ist, nicht sonderlich förderungsbedürftig. Bezieht sich das auf alle Bereiche: Motorik, soziale Reife, Emotionalität, Rechnen, Lesen/Schreiben? Auf alle Altersstufen? Der eine kann mit 7 Jahren lesen und schreiben, der andere gerade Strichmännchen malen, wie es jener 7-jährige als 3-4-jähriger konnte? Oder



Lern-differenzen - hier einmal verpackt

angenommenen Norm abweichenden Schülerinnen und Schüler frühzeitig identifiziert und zu passiven Empfänger\_innen einer defizitorientierten individuellen Förderung gemacht werden“.

Mhmm – soll man also nicht frühzeitig z.B. die HSP machen? Ist das „schlecht“, wenn für Klassen bzw. Altersstufen Normen im L/R-Bereich bestehen? Ist z.B. im L/R-Bereich die schulinterne Förderung oder dann die AuL defizitorientiert oder zielorientiert (Schreibprobleme= Defizit, Kompetenz im

in dem – wenn bisher kein Förderung geholfen hat – ggf. eine Überführung in eine Förderschule in Kraft tritt:

## Das hat nichts mit Inklusion zu tun

Einmal in den letzten 10 Jahren hatte ich mich in Zusammenarbeit mit M., einem Schüler der Klasse 3/4, seinen Eltern und dem weiteren Helferkreis dafür eingesetzt, dass er, der trotz einer Flut von Unterstützungen im persönlichen und im familiären Bereich über Jahre hinweg immer



*wie ist der Satz gemeint? In unserer Fortbildung bei Frau Dr. Flemig bezüglich sensorischer Integration haben meine Präventionslehrerkolleg\_innen und ich gelernt, wie bedeutsam für die weitere Gesamtentwicklung – auch die kognitive – schon ein „Rückstand“ von einem Jahr in der motorisch-sensorischen Entwicklung ist. Argumentiert Herr Barnitzky auf der Grundlage anderer oder aktualisierter Erkenntnisse? Oder ist doch gemeint, dass bei solchen Differenzen von 3-4 Jahren das Kind mit der „Strichmännchen-Kompetenz“ im L/R-Bereich ganzheitlich gefördert werden sollte? Worin besteht dann der Unterschied zu RTI?*

Ich lese mal weiter:

*„...An die Stelle von Diagnosen durch standardisierte Tests (sollen) dialogische Formen der Leistungsermittlung (treten). In Selbsteinschätzungsbögen und in Portfolios, in Lerngesprächen und in dokumentierten Sprechstunden können Lernentwicklung, Lernstände und Lernperspektiven greifbar und anschaulich werden...“*

*Sollen jetzt keine Klassenarbeiten mehr geschrieben werden? Das sind ja informelle und nicht standardisierte Tests. Vielleicht gehören Klassenarbeiten, informelle Tests noch zu den „guten“ Tests? Wie geschieht die dialogische Form der Leistungsermittlung bei Klassenfrequenz von 25 Kindern? Es sind zwar Zeitressourcen eingespart durch Verzicht auf die Testflut von RTI – aber ob das reicht für den notwendigen Zeiteinsatz für die genannten Aktivitäten (z.B. dokumentierte Sprechstunden von 25 Kindern)? Wie sieht konkret eine dialogische Lernstanderhebung z.B. im Lese/Rechtschreibbereich aus? Ersetzt sie Klassenarbeiten? Ist die HSP, die ja ein*

*standardisierter Test ist, abzulehnen? Ich habe bisher dieses Instrument als ein förderlicheres diagnostisches Instrument angesehen als z.B. ein nicht standardisiertes Diktat. Da scheine ich zu irren, wenn ich diesen Artikel wörtlich nehme. Eine „dialogische Diagnostik“ kann ich mir am konkretesten im Bereich der Förderung von Schüler\_innen mit Förderbedarf im Bereich „Emotionalität/Sozialverhalten“ vorstellen. Eine solche aus der theoriegeleiteten Praxis heraus entwickelte dialogische Vorgehensweise durfte ich aktuell in einer Fachzeitschrift bezüglich ADHS-Kindern vorstellen („20 Jahre Erfahrungen mit ADHS-Förderung in Hamburger Schulen“ in: „neue Akzente, 1/2013).*

Als Gegenentwurf wird nun genannt:

Individualisiertes Lernen, differenzierte Lernangebote, prozessorientierte Rückmeldungen über individuelle Lernentwicklung, angemessene Unterstützung für jedes Kind in der Kooperation unterschiedlicher pädagogischer Kooperationen auf Augenhöhe in der Schule.

*Sehr allgemein, da kann man gar nicht anders als das gut finden! Nach meinen Erfahrungen bemüht man sich i.d.R. an den allgemeinbildenden Schulen – ganz besonders an den Grundschulen – darum, diese allgemeinen Ziele zu konkretisieren, bis zur übermäßigen Belastung von Kolleg\_innen. Ich habe so manche körperlichen und psychischen Zusammenbrüche und dann folgende lange Auszeiten gerade der engagierten Kolleg\_innen an den Schulen erlebt! Das Engagement wird im folgenden Satz im Artikel erwähnt:*

Diese gute Pädagogik wird in vielen Grundschulen heute praktiziert.

*Wäre ein guter Schlusssatz*

*gewesen, der dem Engagement der Kolleg\_innen an den Schule „die Ehre“ gibt. Es folgt aber als Abschluss-Statement:*

*„Es ist an der Zeit, dass die Politik endlich die in pädagogischer Praxis und wissenschaftlicher Erforschung bewährten Konzepte in die Fläche bringt.“*

*Wirkt auf mich etwas wie „Das Wort zum Sonntag“: Was wäre die genauere Forderung an „die Fläche“ auch auf Stadtstaaten wie Hamburg? Da war doch vor einiger Zeit so ein Versuch fast aller Parteien, etwas „in die Hamburger Fläche“ zu bringen, was dann durch einen Volksentscheid rückgängig gemacht werden musste...! In welcher Beziehung sieht sich der Schlusssatz zu Aktionen wie dieser? Evtl. ist ja mit dem Schlusssatz auch gemeint: Konzepte zur Durchführung von z.B. Inklusion an Regelschulen sind durchaus in die Fläche gebracht – es fehlt aber an Zuteilung von finanziellen und personellen Ressourcen, um sie auch wirklich umzusetzen. Bleibt unklar.*

So bleibe ich nach dem Lesen des Artikels etwas verwirrt zurück: RTI – so wie hier skizziert: Eher „Nein Danke“ oder „Eingeschränkt Ja“. Der Gegenentwurf wirft bei mir ebenfalls viele Fragen auf. Einen in den Konturen gegensätzlichen Entwurf zu RTI kann ich nach Lektüre (noch?) nicht erkennen. Ich falle zwischen beide Stühle. Hat den Vorteil: Fordert mit besonderer Heftigkeit weiteres Nachdenken und ein ständiges möglichst wertschätzendes und gleichzeitig kritisch-forschendes Überprüfen meines pädagogischen Tuns heraus!

RUDOLF ABRAMS  
bis Mai 2012 tätig in Rebus-Harburg



# INKLUSION: ACHT

## vihs: Keine Kinder für die ReBBZ

Den Ruf nach „besonderen“ Schulen für „besondere“ Kinder und erneute Ausgrenzung gilt es abzuwehren. Was Inklusion braucht, um zu funktionieren, zeigt die Stellungnahme des „Verband der Integration an Hamburger Schulen e.V.“ (vihs)

Seit dem 27.03.2012 ist die Drucksache 20/3641 „Inklusive Bildung an Hamburgs Schulen“ in Kraft und wird seit dem Schuljahr 2012/13 in den Hamburger Schulen umgesetzt, nachdem bereits zuvor in zwei „pragmatischen“ Schuljahren die im §12 des Schulgesetzes verankerte freie Schulwahl für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf ohne Gesamtkonzeption verwirklicht wurde.

Nach wie vor ist es aus Sicht des vihs ein prinzipiell richtiger Schritt, jede allgemeine Schule mit systemischen Ressourcen (Sonderpädagog\_innen, Sozialpädagog\_innen und Erzieher\_innen) auszustatten, um diese in die Lage zu versetzen, sich zu einer „inkluisiven“ Schule weiter zu entwickeln, jedem Kind an der Schule ein angemessenes Bildungsangebot zu machen und so in Zukunft möglichst allen Kindern den Anschluss aus dem allgemeinen Schulwesen zu ersparen und die Heterogenität der Schülerschaft mehr als bisher in den Blick zu nehmen.

### Entwicklung verhindert

Gleichzeitig stellt der vihs fest, dass die zur Umsetzung verabschiedeten Maßnahmen, Vorschriften und Verordnungen offensichtlich verhindern, dass Schulen sich tatsächlich zu inklusiven Schulen entwickeln.

Hierfür ein paar „belegende“

Beispiele:

- Die Zahl der Kinder, die als Kinder mit sonderpädagogi-



schem Förderbedarf gemeldet sind, war noch nie so hoch wie in diesem Jahr (Tendenz steigend).

- Die Begriffe „Inklusionskinder“ oder wahlweise „§12-Kinder“ werden offiziell auf Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf angewendet, sie haben es als stigmatisierende Bezeichnungen sogar schon in die Presse geschafft.

• Die Diskussion um die Weiterentwicklung der Schulen in Richtung inklusive Schulen wird ausschließlich über Ressourcen und über die Kinder mit „sonderpädagogischem“ Unterstützungsbedarf geführt. Tenor der Diskussionen ist, dass die „Inklusion“ eine hohe Belastung für die Schulen darstellt. Nicht oder kaum ist davon die Rede, dass Inklusion vor allem bedeutet, die allgemeinen Schulen und den Unterricht so zu verändern, dass jedes Kind die ihm angemessenen Erziehungs- und Unterrichtsangebote erhält. Nicht das

System passt sich den Bildungs- und Erziehungsbedarfen der ihm anvertrauten Kinder und ihren Familien an, sondern – mehr als bisher – wird vom einzelnen Kind eine Anpassungsleistung an das System erwartet.

- In vielen Schulen sind vorrangig die Sonderpädagog\_innen für die mit dem Status „sonderpädagogischer Förderbedarf“ versehenen Kinder zuständig, während die anderen Kinder von einer Lehrerin oder einem Lehrer der allgemeinen Schule unterrichtet und betreut werden.

### So ist es nur folgerichtig,

- dass spätestens in den weiterführenden Schulen Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf als besondere Gruppe dargestellt und behandelt werden,

• dass in der Frage, ob ein Kind einen sonderpädagogischen Status erhalten soll, hauptsächlich angeführt wird, dass die Statuserklärung doch einen Schonraum für das Kind bedeute („zieldifferente“ Unterrichtsangebote, keine Noten, sonderpädagogische Unterstützung etc.),

- dass die Diskussion um die stigmatisierenden und erwartungserfüllenden Folgen einer Statusdiagnostik, auch wenn sie als sonderpädagogischer Förderplan daherkommt, nur noch in Inklusionszirkeln und von ehemals „Betroffenen“ geführt wird,

• dass die Zahl der Kinder in sonderpädagogischen Einrichtungen, besonders in den speziellen Sonderschulen, eher steigt als sinkt,

- dass die Schulbehörde kein Problem darin sieht, wenn „zieldifferent“ unterrichtete Kinder Leistungsrückmeldungen in Form von Lernentwicklungsberichten, „zielgleich“ unterrichtete Kinder in derselben Klasse aber Notenzugnisse erhalten,

- dass die neu entstandenen



ReBBZ, in deren Leitungsgruppen grundsätzlich keine allgemeinen Pädagog\_innen vorgesehen sind, den Anspruch erheben, Schulentwicklung, Personalentwicklung und Steuerung der gesamten sonderpädagogischen Arbeit (und darüber hinaus für alle Ressourcen, die den Schulen für Förderung zugeteilt werden) auch an den allgemeinen Schulen federführend zu gestalten und zu organisieren,

- dass die Expertise der bisherigen integrativen Schulen in Hamburg nicht einmal auf der Homepage der Behörde wiederzufinden ist, stattdessen werden Beispiele aus anderen Bundesländern als „best practice“ vorgeführt,

- dass angebotene Fortbildungen vor allem dann „der Renner“ sind, wenn es um die Erstellung von sonderpädagogischen Förderplänen und das „Handeln“ von Kindern mit herausforderndem Verhalten geht.

So ist es kein Wunder, wenn die Tatsache, dass die zugewiesenen Inklusionsressourcen nicht annähernd den Standards der bisherigen IR-Schulen oder gar der Förder- und Sonderschulen entsprechen, bei den Pädagoginnen und Pädagogen vor allem ein Gefühl der Überforderung und des Alleingelassenseins hervorrufen. Denn die zur Verfügung gestellten Ressourcen machen eine Teamarbeit von Menschen mit unterschiedlichen Professionen in einer Klasse schwer. Zusätzlich schafft die beschriebene Unterscheidung in Kinder mit Anspruch auf sonderpädagogische Unterstützung und solche ohne fast die Notwendigkeit, dass die in der Schule tätigen „Sonder“pädagogen in vielen Lerngruppen/Klassen letztlich doch als „Köffcherchen“pädagog\_innen arbeiten.

## Gelingen ist möglich

Die folgenden Gelingensbedingungen einer inklusiveren Schule sieht der *vihs* nach wie vor nicht verwirklicht, wir setzen uns mit Nachdruck für sie ein:

1. Integration von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf in das allgemeine Schulwesen ist – vor allem in der Anfangszeit – mit adäquaten Ressourcen auszustatten. Die Erfahrungen der IR- und I-Schulen zeigen, dass integrativer Unterricht durch (multiprofessionell zusammengesetzte) Pädagogen-teams am besten realisiert werden kann. Die Ressourcenzuteilung muss arbeitsfähige, für die Klasse oder Lerngruppe verantwortliche Teams ermöglichen. Ein Gelingen des „gemeinsamen Unterrichts“ an allen allgemeinen Schulen braucht unserer Ansicht nach neue, zusätzliche Ressourcen (also schlicht mehr Geld) und nicht nur die Umverteilung der vorhandenen (Personen, Materialien, Ausstattung, Baulichkeiten).

2. Größere Heterogenität der Schülerschaft – in der Inklusion ausdrücklich gewollt – erfordert einen individualisierenden (und kompetenzorientierten) Unterricht. Dieser bedarf notwendiger Weise anderer Leistungsrückmeldeformate als Ziffern-Zensuren und zwar solche, die die Leistungsentwicklung aller Kinder in gleicher Weise abbilden können, unabhängig vom Leistungs-, Kenntnis- und Kompetenzstand eines Schülers oder einer Schülerin.

3. Förderpläne – eigentlich Lernentwicklungspläne – gibt es für jedes Kind, losgelöst von Statuszuschreibung und Ressourcenschöpfung und in der Regel mit dem Kind und den Erziehungsberechtigten gemeinsam besprochen und vereinbart.

4. Inklusive Schulen organisieren eine systemische Unterrichts- und Bildungsplanung, die sich auf die jeweilige Schülerschaft bezieht. Sie verzichtet auf Zuschreibungen wie „zielfifferent“ oder „zielgleich“ zugun-



Gelingensbedingungen bereits erfüllt



# INKLUSION: ACH

ten individueller Leistungs- und Potentialbeschreibungen, in denen auch Risiken und Schwierigkeiten thematisiert und je individuell Unterstützung benannt wird.

5. Förder- und Sprachheilschulen haben in einem inklusiven Bildungssystem keine Existenzberechtigung. Die Umgestaltung der allgemeinen Schulen zu inklusiven Schulen (kein Kind wird ausgesondert) wird erschwert, wenn die Förder- und Sprachheilschulen unter dem Dach der neuen ReBBZ eben nicht aufgelöst werden, sondern nach wie vor Schülerinnen und Schüler aufnehmen. Die Aufrechterhaltung eines Sonderbeschulungssystems macht die Aussonderung auch von Kindern in der Regelschule einfacher. Außerdem fließen in dieses System der Sonderbeschulung erhebliche finanzielle, personelle und räumliche Ressourcen, die den allgemeinen Schulen fehlen. Je attraktiver diese Sonderschulen ausgerüstet sind (kleine Lerngruppen, besondere Therapie- und Unterrichtsangebote, besondere Räume, attraktive Ganztagsangebote) bei gleichzeitiger Einsparungstendenz und immer höher werdendem Leistungsdruck in der allgemeinen Schule, desto eher entscheiden sich Eltern für eine Sonderbeschulung für ihr Kind.

6. Inklusive Schulen verfügen über konzeptionelle, personelle und materielle Ressourcen, um auch Kinder in der allgemeinen Schule zu halten, die aus emotionalen, sozialen oder psychischen Gründen zum Problem werden. Sie stellen die größte Herausforderung für die Umgestaltung von Schulen zu inklusiven Schulen dar, weil sie die Schule und die in ihr arbeitenden Personen an ihre persönlichen und systemischen Grenzen bringen können.

Hier brauchen die Schulen einen Pool an flexibel einzusetzenden Ressourcen personeller, materieller und räumlicher Art, um den Kindern sinnvolle Angebote oder Unterstützung zu schaffen. (Dies kann z.B. von der zeitweiligen Einzelförderung eines besonders begabten Kindes bis zum Wald-Tag, der „Insel“, einer besonderen Theatergruppe gehen oder ein musiktherapeutisches Angebot sein.) Nicht zuletzt müssen die Bezirke und die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit die Arbeit der Schulen unterstützen und vor allem auch Angebote für die Eltern der Kinder in persönlicher Not schaffen und gestalten. Für Pädagoginnen und Pädagogen sollen Beratungs- und Begleitungsangebote geschaffen werden, die von ihnen tatsächlich als entlastend für ihre Arbeit mit Kindern in Not wahrgenommen werden.

7. Inklusive Schulen sind auch in der Vorschule, in den nachmittäglichen Betreuungszeiten und in den Ferien inklusiv. Das bedeutet, dass auch Kinder mit besonderem Förderbedarf selbstverständlich an diesen Angeboten teilnehmen können, weil die Hilfen, die sie zur Teilhabe benötigen, zur Verfügung stehen (z.B. notwendige Assistenz und Pflege bei körperlichen Beeinträchtigungen, individuelle Begleitung und Unterstützung bei Kindern mit Förderbedarf im Bereich der geistigen oder der emotional-sozialen Entwicklung). Dafür ist eine angemessene Grundausstattung an vertrautem Personal notwendig und, falls erforderlich, die Gewährung einer Eingliederungshilfe.

Im *vihs* und in den bisherigen integrativen Schulen besteht verstärkt die große Sorge, dass mit der Hamburger Umsetzung der UN-Konvention eine Weiterent-

wicklung der Schulen zu inklusiven Schulen nicht gelingen wird, stattdessen aber das, was an Unterrichts- und Schulentwicklungsarbeit in den bisherigen I- und IR-Schulen geleistet wurde, verloren geht. Insbesondere machen wir uns große Sorgen um alle jene Kinder, die besondere schulische Unterstützung brauchen, um sich zu selbstbewussten und gut ausgebildeten Erwachsenen zu entwickeln. Angesichts der geringen Ressourcen, der Unterscheidung von „zielgleich“ und „zielfferent“ zu unterrichtenden Kinder (womöglich noch nach unterschiedlichen Bildungsplänen), der Notwendigkeit Zensuren erteilen zu müssen (und dies nur für die Kinder, die nach den „normalen“ Bildungsplänen unterrichtet werden) und der Aussicht, Kinder gegebenenfalls „stationär“ an ein gut mit Ressourcen für entsprechende „temporäre Lerngruppen“ ausgestattetes regionales Bildungs- und Beratungszentrum abgeben zu können, beobachten wir, dass nun doch weiter und erneut vermehrt eine Ausgrenzung der „besonderen“ Kinder in der allgemeinen Schule stattfindet. Eine solche Ausgrenzung im schulischen Alltag wird dann fast zwangsläufig bei Eltern und Pädagogen wieder den Ruf nach „besonderen“ Schulen für „besondere“ Kinder laut werden lassen.

Eine solche Entwicklung gilt es zu verhindern!

ANGELIKA FIEDLER  
(Clara-Grunwald-Schule),  
MARTIN KUNSTREICH  
(Aueschule Finkenwerder),  
EVA SCHMIDT-ROHR-DÖRNER  
(Fridtjof-Nansen-Schule),  
ANDREA LÜBBE  
(Louise Schroe der Schule),  
STEFAN BORNHÖFT  
(Schule Slomanstieg)

*Für den Vorstand des vihs*

# Klingeling

Weitere Infos und Seminarangebote unter  
[www.gew-hamburg.de/seminarprogramm.html](http://www.gew-hamburg.de/seminarprogramm.html)

## Was macht das Handy in meiner Klasse?

Trendlabor: Smartphones für (politische) Bildung nutzen Handys können ganz schön nerven; ihre Benutzung im Unterricht ist auch an vielen pädagogischen Einrichtungen verboten. Dennoch werden Smartphones immer mehr genutzt. Viele Kolleg\_innen und auch ein großer Teil der Schüler\_innen tragen sie immer bei sich. Das Smartphone ist Marktplatz, Multimedia-Archiv, leistungsfähige Kamera, Navigationsgerät, ausgelagertes Gehirn... und Telefon!  
Im Trendlabor untersuchen und diskutieren wir, welche Potentiale heutige Mobiltelefone für Bildungsprozesse bieten. Anschließend beleuchten wir Wege zur praktischen Umsetzung. Ebenso diskutieren wir, welche Gefahren es gibt und was wir dagegen tun können. Kein klassischer Vortrag und kein Nerd-Alarm. Wir freuen uns, wenn alle Teilnehmenden ihre Erfahrungen einbringen, es sind aber keinerlei Vorkenntnisse erforderlich. Wir arbeiten mit unseren eigenen Smartphones.

**Fr. 20.09.2013, 16-20 Uhr**  
**Hamburg, Medienzentrum / Kölibri, GWA St. Pauli e.V.**

Leitung: Gesa Becher,  
Frank Hasenbein  
Kostenanteil: 40 € incl. Unterkunft / Verpfleg. (ermäßigt 20 €)

## Der politische Streik – Wege zu einem neuen Kampfmittel?!

Das Streikrecht der Bundesrepublik ist in Europa mit das

rückständigste und restriktivste. Nur in England, Österreich und Deutschland ist der politische Streik illegal - ein Verbot indes ist nirgendwo festgeschrieben. Die Illegalisierung erfolgt über vielfältige Inanspruchnahme auslegbarer Gesetze sowie durch sonstige Einengungen und Einschränkungen und steht im krassen Widerspruch zur allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO sowie den Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Europäischen Menschenrechts- und Sozialcharta. Große Teile der Massenmedien berichten zumeist tendenziell gegen Streiks. Die Tarifpolitik kann eine verfehlte und neoliberale Politik nicht ausgleichen. Dadurch haben es die Gewerkschaften immer schwerer, den politisch verursachten existenzbedrohenden Verschlechterungen zu entgegnen. Auch die GEW hat sich auf ihrem diesjährigen Bundesgewerkschaftstag zum „Politischen Streik und Generalstreik als gewerkschaftlichem Kampfmittel“ bekannt. Doch wie kann es gelingen, zu einem umfassenden Streikrecht zu kommen? Und wie können wir als GEW Hamburg Streiks jenseits der Tarifverhandlungen auf die Beine stellen? Veit Wilhelmy hat sich mit den politischen und rechtlichen Voraussetzungen für den politischen Streik in Deutschland gründlich auseinandergesetzt und stellt in seinem Vortrag die Ergebnisse dieser Arbeit zur Diskussion.

**Mo. 23.09.2013**  
**18.30-21.00 Uhr**

Curiohaus, Raum A  
Leitung: Veit Wilhelmy  
Die Teilnahme ist kostenlos

## Exposé-Schreibwerkstatt für Studierende und Promovierende

Das Exposé ist nicht mal schnell geschrieben, sondern fordert bereits eine aktive Auseinandersetzung mit dem gewählten Thema. Vor diesem Hintergrund sollen neben dem eigenen Schreiben, Informationen zu AdressatInnen, Aufbau, Inhalte sowie gute und schlechte Beispiele im Vordergrund stehen. Dies wird ergänzt durch (kreative) Schreibübungen sowie Bewältigungsstrategien (Zeit- und Selbstmanagement, Realisierung), vor allem bei der Erstellung des eigenen Zeitplans.

**Termin: 18.10.13,**  
**15:00 Uhr**  
**19.10.13, 15:00 Uhr**  
**Ort: Curiohaus**

Leitung: Leena Eichler  
Kostenanteil:  
10 € incl. Verpflegung  
(Nichtmitglieder 80 €)

## Anmeldung

bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email) per Mail ([meents@gew-hamburg.de](mailto:meents@gew-hamburg.de)), telef. (040-41 46 33 22), online ([gew-hamburg.de/seminare](http://gew-hamburg.de/seminare)), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 – 44 08 77). Ermäßigung gibt es für ErzieherInnen, ReferendarInnen, Studis, Erwerbslose,... Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

# Traumjob Wissenschaft

Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen sind geprägt von Zeitverträgen mit immer kürzeren Vertragslaufzeiten, unsicheren Berufsperspektiven, mangelnder Ausstattung der Arbeitsplätze und einer zunehmenden Arbeitslast. Diese Missstände benannte die SPD bereits im Bürgerschafts-Wahlkampf 2011 und stellte sowohl in ihrem Wahl- als auch in ihrem Regierungsprogramm fest, dass sie „die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse beim wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personal einschränken“ will. Nun hat die Behörde endlich erste Schritte eingeleitet, die Situation zu verbessern. Auslöser für diese Entwicklung waren die Aktivitäten der GEW.

## Für eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen

Die GEW-Kampagne für den Traumjob Wissenschaft startete 2010 mit dem *Templiner Manifest*. Darin werden Bund, Länder und Hochschulen aufgefordert, sich für berechenbare Berufswege und bessere Arbeitsbedingungen in Hochschule und Forschung stark zu machen. Gefordert wird z.B., die Promotionsphase besser abzusichern und zu strukturieren, Postdocs verlässliche Perspektiven zu geben, Daueraufgaben auf Dauerstellen zu erfüllen, prekäre durch reguläre Beschäftigung zu ersetzen, ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis durchzusetzen sowie alle Beschäftigungsverhältnisse tarifvertraglich auszuhandeln.

Im Zuge dieser Kampagne organisierte die Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Hamburg von November 2010 an mehrere Veranstaltungen zum Thema. Auch die Senatorin Frau Dr. Dorothee Stapelfeldt wurde im Juni 2011 und im Februar 2013 zu Veranstaltungen ins Curio-Haus eingeladen, bei denen mit ihr und den Anwesenden die Beschäftigungsbedingungen thematisiert wurden. Während sowohl in der Hamburger Bürgerschaft als auch in anderen

Länderparlamenten die dramatische Situation zunehmend er-



Ein Werkzeugkasten...

kannt und diskutiert wird und auch der Bundestag in mehreren Debatten ein Problembewusstsein für die Arbeitsplatzsituation der wissenschaftlich Beschäftigten entwickelt, kann sich die alleinregierende SPD Hamburg in den ersten beiden Regierungsjahren nicht zu konkreten Maßnahmen gegen das Befristungswesen entschließen.

## Stark vor Ort

Von Dezember 2012 bis Januar 2013 führte die GEW gemeinsam mit den wissenschaftlich Beschäftigten der Fakultät Erziehungswissenschaft, Psychologie, Bewegungswissenschaft (EPB) der Universität Hamburg eine Unterschriftenaktion „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ durch mit dem Ziel, auf die Probleme bei den Beschäftigungsbedingungen aufmerksam zu machen

und konkrete Verbesserungen in der täglichen Arbeitssituation zu erreichen. Hierfür wurden auf den Mittelbau-Treffen der Fakultät Forderungen aufgestellt, die an das Dekanat gerichtet sind. Gefordert werden u.a. eine bessere Absicherung der Promotionsphase und die Einführung von Promotionsvereinbarungen, eine familienfreundlichere Gestaltung des Arbeitsvertrages sowie die Anrechnung von Gremientätigkeiten auf die Lehrverpflichtung. Im Zentrum stehen Forderungen für Mindeststandards für Beschäftigungsverhältnisse. So wird gefordert, dass langfristig anfallende Aufgaben in Forschung und Lehre unbefristet besetzt werden, bei Drittmittelstellen die Laufzeit des Beschäftigungsverhältnisses mindestens der Laufzeit des betreffenden Projekts und bei Qualifizierungsstellen mindestens drei Jahre betragen müsse. Die Resonanz war sehr positiv. Es konnten innerhalb der Fakultät EPB, in der ca. 270 wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen tätig sind, 203 Unterschriften gesammelt werden. In einem anschließenden Gespräch mit der Dekanin, Frau Prof. Dr. Eva Arnold, wurden die einzelnen Punkte der Unterschriftenaktion gemeinsam diskutiert. Insgesamt

entstand der Eindruck, dass das Dekanat gewillt ist, konkrete Probleme anzugehen – jedoch alle Forderungen, deren Umsetzungen finanzrelevant sind, als nicht realisierbar erscheinen, solange keine klaren Signale (und mehr Geld) von Seite der Behörde für Wissenschaft und Forschung kommen. Im Gespräch wurden auch Erfolge erzielt: Die Absprache, dass das Dekanat Vorlagen für die in der Prüfungsordnung vorgesehenen Promotions- und Betreuungsvereinbarungen erstellt und diese bekannt macht. Es wurde berichtet, dass in der strukturellen Planung der Fakultät Wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen für die Lehre als Dauerstellen eingeplant werden. Das heißt für die Zukunft, dass

verpflichten. Vorgeschlagen wird u.a., dass sich die Wissenschaftseinrichtungen Mindeststandards für befristete Beschäftigungsverhältnisse setzen: Dauert eine Promotion vier Jahre, sollten auch die Doktorand\_innen einen Vierjahresvertrag bekommen. Werden Drittmittel für drei Jahre eingeworben, sollten auch die Arbeitsverträge über drei Jahre laufen. Weitere Vorschläge des Herrschinger Kodex zielen auf eine bessere Betreuung der Doktorand\_innen, berechenbare Perspektiven für promovierte Wissenschaftler\_innen sowie die familienfreundliche Gestaltung von Karrierewegen ab. Er stellt einen Werkzeugkasten zur Umsetzung des Templiner Manifests an Hochschulen und For-

Befristungsquote bei den wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen für die Lehre unverändert hoch bei 87 Prozent. Darüber hinaus wird ein zunehmender Anteil der Lehrverpflichtung, mittlerweile 10 Prozent an der Universität, durch Lehraufträge, d.h. ganz ohne Beschäftigungsverhältnis, abgedeckt. Diesen Entwicklungen gilt es entgegenzuwirken!

### Behörde für Wissenschaft und Forschung erkennt Handlungsbedarf

Auch im Zuge der o.g. bundesweiten Kampagne der GEW, dem Templiner Manifest und dem Herrschinger Kodex wächst in der Politik das Bewusstsein dafür, dass gute Forschung und Lehre einerseits und gute Beschäftigungsbedingungen andererseits zwei Seiten einer Medaille sind. Dies ist nun auch in der Hamburger Politik angekommen. Die BWF hat im März 2013 eine Arbeitsgemeinschaft „Gute Arbeit an Hamburgs Hochschulen“ einberufen, die in einem Code of Conduct Leitlinien zur Begrenzung prekärer Beschäftigung erarbeiten soll. In dieser AG, die bisher zweimal tagte, sitzen u.a. Vertreter\_innen der Beschäftigten der Hochschulen sowie ein Vertreter der GEW. Das Verfahren sieht vor, dass in den Sitzungen der AG die jeweils spezifischen Problemkonstellationen der Beschäftigungsgruppen (wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen für die Lehre, in Drittmittelprojekten, auf Qualifizierungsstellen sowie Lehrbeauftragte) identifiziert und Vorschläge erarbeitet werden, wie die Arbeitsbedingungen stabiler und attraktiver gestaltet werden können. Die GEW wird in ihrem Bemühen, vom Albtraum zum Traumjob Wissenschaft zu gelangen, nicht nachlassen, sondern nachlegen und erwartet von der Behörde, dass sie den Worten und Sitzungen Taten folgen lässt.

FREDRIK DEHNERDT  
Stellvertretender Vorsitzender



#### ... zur Umsetzung des Templiner Manifests

im Struktur- und Entwicklungsplan (StEP) der Universität geführte Stellen unbefristet besetzt werden sollen. Hier werden Mittelbau und GEW den Prozess entsprechend weiterverfolgen. Nicht auszuschließen ist, dass die Beschäftigten durch weitere Aktivitäten den Forderungen Nachdruck verleihen werden.

### Nicht nachlassen, sondern nachlegen

Parallel zu diesen Aktivitäten vor Ort legte die GEW nach und veröffentlichte im Herbst 2012 mit dem *Herrschinger Kodex* einen Leitfaden für „Gute Arbeit in der Wissenschaft“, in der sie die Hochschulen und Forschungseinrichtungen auffordert, sich auf stabile Beschäftigungsbedingungen und berechenbare Karrierewege für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu

schungseinrichtungen und damit zur Verwirklichung des Traumjobs Wissenschaft dar.

### Befristungsunwesen und kein Ende

Im November 2011 stellte die GAL-Bürgerschaftsfraktion eine erste Große Anfrage zum Thema *Traumjob Wissenschaft? Zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hamburger Hochschulen*. Darin wurde detailliert nach der Personalentwicklung an den Hamburger Hochschulen gefragt. Seitdem ist das zunehmende Befristungsunwesen an den Hamburger Hochschulen auch empirisch belegt. Eine weitere Anfrage, deren Antwort im Mai 2013 vorlag, bestätigte diese Fehlentwicklungen und Tendenzen zur Prekarisierung des Wissenschaftsberufs. So liegt an der Uni Hamburg die

# Ein kleiner Schritt... in die falsche Richtung!

Der Novellierungsentwurf der SPD zum Hochschulgesetz ist weder sozial noch demokratisch, er verfestigt konservative und neoliberale Fehlentscheidungen der Vergangenheit

*Am 18. Juni hat die Behörde für Wissenschaft und Forschung den lang erwarteten Referententwurf zum Hamburger Hochschulgesetz vorgestellt. Dieser fällt weit hinter die Erwartungen zurück, die von der SPD seit Regierungsantritt geweckt wurden.*

Mit der angekündigten Reform verfolgt die SPD ein Bündel einander widersprechender Ziele: Einerseits zielt die Reform auf eine „Stärkung der demokratischen Strukturen und dadurch verbesserte Partizipation der Hochschulmitglieder an hochschulinternen Entscheidungsprozessen“, andererseits auf eine „klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten innerhalb der Hochschule“ sowie eine „schlanke und effiziente Gestaltung der Entscheidungsverfahren“ (Gesetzesentwurf: 40). Dieser Zielkonflikt zwischen demokratischen Bottom-up- und unternehmerischen Top-Down-Steuerungsstrukturen wird von der SPD, anders als sie bisher verlauten ließ, eindeutig beantwortet: Statt politische Mitbestimmung, d.h. die demokratisch verfasste Teilhabe an Entscheidungen, wieder auf- bzw. auszubauen, werden Formen unternehmerischer Partizipation, wie machtlose Gremien und ein Ziel- und Leistungssystem implementiert. Statt die Fehlentwicklungen des Gesetzes von 2003 zu korrigieren, werden die damals eingeführten hierarchisch-unternehmerischen Strukturen ausgebaut, verfeinert und verfestigt.

## **Massiver Kompetenzzuwachs der Präsidentin oder des Präsidenten**

In ihrem Regierungsprogramm versprach die SPD, dass die Universitätsgremien Kompetenzen zurückerhalten und zeitgleich der Hochschulrat Kompetenzen verlieren solle. Im vorliegenden Entwurf wird das genaue Gegenteil vorgenommen: Zentrale Neuerung des Entwurfes ist eine – auch im Vergleich mit den Landeshochschulgesetzen der übrigen Bundesländer – massive Aufwertung der Präsidentin oder des Präsidenten. Dieser oder diesem werden alle Kompetenzen übertragen, die bisher beim Präsidium als Kollegialorgan lagen. Dem entsprechend wird § 79 HmbHG („Aufgaben des Präsidiums“) umbenannt in „Aufgaben der Präsidentin oder des Präsidenten“. Zudem erhält sie oder er als neue Kompetenz die Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne und Gebührensatzungen. Darüber hinaus werden die weiteren Mitglieder des Präsidiums der Präsidentin oder dem Präsidenten untergeordnet: Sie nehmen die ihnen übertragenen Aufgaben nach ihren oder seinen Richtlinien und Weisungen wahr (§ 81 in seiner neuen Fassung). Neben dieser deutlichen Kompetenzverschiebung von einem Kollegialorgan (Präsidium) hin zu einer Einzelperson (Präsidentin oder Präsident) wird zudem der Hochschulrat, insbesondere im Finanzbereich, gestärkt. So genehmigt er auch

weiterhin die Wirtschaftspläne und erhält zudem Kontroll-, Prüf- und Einsichtsrechte in Finanzangelegenheiten (§ 84 in seiner neuen Fassung). Inwiefern dies mit dem Anspruch der SPD, dass unter ihrer Verantwortung die gewählten Hochschulgremien die Entscheidungskompetenz über grundlegende Fragen zurückerlangen werden, in Einklang zu bringen ist, bleibt offen.

## **Symbolische Zugeständnisse bei Wahlverfahren**

Bei dem Wahlverfahren zur Präsidentin oder zum Präsidenten der Hochschulen, einem der massivsten Kritikpunkte am Gesetz von 2003, wird ebenfalls nicht, wie von der SPD angekündigt, das Wahlrecht an die Hochschulmitglieder zurückgegeben, sondern stattdessen lediglich das bisherige Wahlverfahren, das eine sogenannte ‚doppelte Legitimation‘ vorsieht, umgedreht: Bisher erfolgte die Wahl durch den Hochschulrat und die Bestätigung durch den Hochschulsenat, nun soll der Hochschulsenat wählen und der Hochschulrat die Wahl bestätigen. Weiterhin wird eine Findungskommission eingesetzt, die zu gleichen Teilen vom Hochschulrat und vom Hochschulsenat bestellt wird und die die Aufgabe hat, Kandidatinnen und Kandidaten zu suchen. Im Gegensatz zum Entwurf der CDU/GAL von 2010, der wenigstens eine öffentliche Anhörung der Kandidatinnen und Kandidaten vorsah, wird die

Findung der Präsidentin oder des Präsidenten weiterhin jenseits öffentlicher Diskussionen ‚im Geheimen‘ stattfinden (§ 80 in seiner neuen Fassung).

Analog werden die Wahlverfahren zu den Dekaninnen und Dekanen reorganisiert. Kommt dabei die Findungskommission, die zur Hälfte von der Präsidentin oder dem Präsidenten, zur Hälfte vom Fakultätsrat eingesetzt wird, zu keiner Einigung, so entscheiden nicht die Fakultätsmitglieder, sondern der Hochschulrat (§ 90 in seiner neuen Fassung). Statt einer Rückkehr zur demokratischen Legitimation ‚von unten‘ entscheidet somit in strittigen Fällen eine übergeordnete, externe Instanz.

Gravierender noch als diese Zementierung undemokratischer Zustände, die seit der Gesetzesnovelle von 2003 bestehen, ist die Einführung eines kaskadenförmigen Kontaktmanagements innerhalb der Hochschulen: Um sicherzustellen, dass die Dekanate behördliche und präsidiale Vorgaben umsetzen, wird zwischen der Präsidentin oder dem Präsidenten und den Dekanaten ein Zielvereinbarungssystem eingeführt, in dem die Mittelzuweisung an die Fakultät sowie die von der Fakultät zu erbringenden Leistungen und die von ihr zu verfolgenden Ziele festgelegt werden (§ 100 in seiner neuen Fassung).

### **Selbstverwaltung kann sein – Gremien ohne Beschlusskompetenzen**

Ein weiterer Kritikpunkt, auf den die SPD in ihrem Novellierungsentwurf zu reagieren hatte, war das ebenfalls 2003 eingeführte Selbstverwaltungsverbot unterhalb der Fakultätsbene, mit dem die bestehenden Fachbereichs- und Institutsräte abgeschafft wurden. Einerseits hebt der Gesetzentwurf dieses Verbot auf. Andererseits hohlen die neuen Bestimmungen dieses Recht auf verfasste Mitbe-

stimmung dermaßen aus, dass von ihnen faktisch nichts mehr übrigbleibt. So wird die Einrichtung solcher Gremien nicht gesetzlich verankert, sondern als Kann-Bestimmung vorgesehen. Noch gravierender ist, dass die Kompetenzen, die an solche Gremien übertragen werden können, neben der Organisation des Lehrbetriebs einzig darin bestehen, Vorschläge für Studien- und Prüfungsordnungen, für die Lehrverpflichtung sowie für die Zusammensetzung von Berufungsausschüssen zu unterbreiten (§ 92 in der neuen Fassung). Demokratische Mitbestimmung umfasst rechtlich abgesicherte und mit Kompetenzen versehene Gremien. Eingeführt wird dagegen nach dem Willen der SPD eine Beteiligungsform als Kann-Bestimmung, die von oben eingesetzt und auch wieder abgeschafft werden kann. Darüber hinaus legt der Gesetzentwurf fest, dass, sofern Institute oder andere Organisationseinheiten eingerichtet werden, diese der Aufsicht des Dekanats unterstehen, das mit ihnen analog zum Kontaktmanagement zwischen Präsidentin oder Präsident und Dekanat Ziel- und Leistungsvereinbarungen abschließen kann (ebd.).

### **Studierende erhalten das Recht zur Stellungnahme, Zwangsexmatrikulation wird eingeführt**

Deutlich zeigt sich das Beteiligungsverständnis, das dem Gesetzentwurf zu Grunde liegt, in einem neuen Anhörungsrecht der Studierendenschaft. Nach

Absicht der Novelle solle diese die Gelegenheit erhalten, zum Entwurf des Wirtschaftsplans der Hochschule Stellung zu nehmen (§ 79 in seiner neuen Fassung). Diese Form der Beteiligung – nicht als verfasstes Recht, das auch Beschlusskompetenzen umfasst, sondern in Form einer Stellungnahme, die im weiteren Prozess von den Entscheidungsträgern kommentiert oder ignoriert werden kann – erinnert stark an das bis in die 1960er Jahre an der Ordinarienuiversität praktizierte Modell der sog. ‚Hinzuziehung‘ studentischer Vertreter\_innen zu Universitätsangelegenheiten, die auch sie betreffen.

Genen dieses Modell opponierten die Studierenden dermaßen, dass es abgeschafft und durch das Hochschulmodell einer demokratisch verfassten Gruppenuniversität ersetzt wurde, welches wiederum seit der Jahrhundertwende durch ein neues Modell unternehmerisch gesteuerter Hochschulen abgelöst wird. Gravierender noch als diese symbolische Beteiligung in Form einer Stellungnahme, die keinerlei konkrete Beteiligungsrechte umfasst, ist die im Gesetzentwurf vorgesehene Zwangsexmatrikulation von Studierenden. Eingeführt wird die Bestimmung, dass die Hochschulen Studierende exmatrikulieren, „die ihr Studium über einen längeren Zeitraum nicht betreiben; diese Voraussetzung ist in der Regel erfüllt, wenn die doppelte Regelstudienzeit zuzüglich zweier Semester überschritten wurde oder in vier aufeinander

### **Alles unter...**

Der umfangreiche Entwurf zum Hochschulgesetz wurde und wird in der Fachgruppe Hochschule und Forschung weiter diskutiert.

**Die DGB-Stellungnahme, an der die GEW beteiligt war, weitere Informationen zur Novelle des Hochschulgesetzes sowie Termine der Fachgruppe sind unter:**

**[www.gew-hamburg.de/mitmachen/fachgruppen/hochschule-und-forschung](http://www.gew-hamburg.de/mitmachen/fachgruppen/hochschule-und-forschung) zu finden.**

folgenden Semestern kein Leistungsnachweis erbracht wurde“ (§ 42 in seiner neuen Fassung). Zwar solle in Fällen einer besonderen persönlichen Härte von der Exmatrikulation abgesehen werden, dennoch wird mit dieser Regelung all jenen, die in ihrem Studium mehr sehen als eine soziale und berufliche Aufstiegsmöglichkeit, die Möglichkeit, frei von äußeren zeitlichen Zwängen studieren zu können, genommen.

### **Operation gelungen, Patient tot**

Der Gesetzentwurf folgt einem noblen Anspruch: „Die

Hochschulmitglieder sollen wieder stärker in die Entscheidungsprozesse an ihrer Hochschule eingebunden werden. Dies dient dazu, demokratische Teilhabe auszubauen, die Fach- und Praxisnähe der Hochschulmitglieder besser für den Hochschulbetrieb zu nutzen sowie die Identifikation mit ‚ihrer‘ Hochschule und die Motivation für ihre Tätigkeit an der Hochschule zu verbessern“ (Gesetzentwurf: 40). Eine genauere Analyse der Novellierungsvorhaben entlarvt diese als das genaue Gegenteil: Die durch den Gesetzentwurf neu zu schaffende Hochschulwirklichkeit und die mit ihr einzuführen-

den neuen Beteiligungsmöglichkeiten dienen dazu, im Rahmen einer hierarchischen Steuerung die positiven Effekte von Mitbestimmung (Expertise für die Einrichtung, Akzeptanz für Reformen sowie Motivation auf Seite der Individuen) zu simulieren. Das Ergebnis ist weder sozial noch demokratisch, sondern ein hybrider Mix aus konservativen und neoliberalen Steuerungselementen, die die letzten Reste demokratischer Strukturen überlagern und zunehmend zu verdrängen drohen.

FREDRIK DEHNERDT  
stellvertretender Vorsitzender

**Presseinformation**  
**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**  
Landesverband Hamburg



32/2013 vom 03. September 2013

### **GEW kritisiert Zulassungs-Debakel an der Uni Hamburg und fordert Rechtsanspruch auf einen Masterplatz**

Zum Wintersemester 2013/14 haben, wie bereits zum Wintersemester 2012/13, an der Uni Hamburg nicht alle BewerberInnen auf einen Lehramts-Master einen Studienplatz an der Uni Hamburg erhalten. Betroffen sind mindestens 97 Studierende, die ihren Bachelor in Hamburg erfolgreich abgeschlossen haben und denen nun ein Masterplatz verweigert wird.

*„Laut Hochschule sind nicht genügend Masterplätze vorhanden, um allen Studierenden die Möglichkeit zu geben, ihr Lehramtsstudium abzuschließen. Für angehende LehrerInnen gibt es ohne abgeschlossenen Master of Education jedoch nahezu keine adäquate Berufsperspektive. Erst mit dem Abschluss M.Ed./Lehramt sind Studierende berechtigt, sich für das Referendariat zu bewerben und ihre Ausbildung abzuschließen,“ kommentiert **Anja Bensinger-Stolze**, Vorsitzende der GEW Hamburg.*

Die betroffenen Studierenden haben kaum Chancen ihr Studium zeitnah in Hamburg fortzuführen bzw. zu beenden. [...] Die Betroffenen stehen nun plötzlich ohne berufsqualifizierenden Abschluss da. Dies bedeutet für die meisten Perspektivlosigkeit und gleicht einer persönlichen Katastrophe. [...] Hinzu kommt, dass sie ohne den Status „Studierende“ kein Anrecht auf BAföG, Stipendien o.ä. haben und sich daher für viele Betroffene die finanzielle Situation nochmals massiv verschlechtert hat.

*„Ohne einen Ausbau der Masterplätze wird sich die Situation in den nächsten Jahren nur weiter verschärfen. Insbesondere für den weiteren Ausbau der Ganztagschulen gibt es einen großen Bedarf an Lehrkräften. Allen Hamburger Bachelor-AbsolventInnen muss die Möglichkeit gegeben werden, einen berufsqualifizierenden Abschluss auch hier in Hamburg zu erlangen. Ewige Wartesemester können zu Abwanderung und Umorientierung führen. Deshalb fordern wir eine Masterplatz-Garantie für alle!“ so **Bensinger-Stolze** abschließend.*

# Hamburg macht Schule – auch im Ausland

Für **Mittwoch, den 23. Oktober, 14:00-18:00 Uhr** ist im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) eine Informationsveranstaltung zum Deutschen Auslandsschulwesen und der schulischen Arbeit im Ausland geplant. Diese Veranstaltung wird vom Leiter des Auslandsreferates der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), Herrn OSR Burghard Ahnfeldt, durchgeführt. Mit dabei ist Dirk du Pin, der Hambur-

ger Landesvertreter der GEW in der Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und Auslandslehrer (AGAL) beim Hauptvorstand.

Die Themen der Veranstaltung sind die aktuellen Entwicklungen im Deutschen Auslandsschulwesen (u.a. das Auslandsschulgesetz, Juni 2013), die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten von Lehrerinnen und Lehrern im Ausland sowie die entsprechenden Bewerbungsverfahren.

Im Anschluss an diese Veranstaltung ist für Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus dem Auslandsschuldienst ein Netzwerktreffen geplant.

Die GEW / AGAL wird im November 2014 wieder eine bundesweite Rückkehrertagung in der Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen durchführen.

DIRK DU PIN  
Vertreter in der AGAL

## Die ultimative Hamburg-CD

»Heimatkunde hieß früher einmal ein Schulfach, aber es kam aus der Mode. Verbrecher hatten sich das Wort »Heimat« angeeignet... Ich benutze dieses Wort wieder, es ist das beste für die Stadt, die mir vertraut und lieb ist und zu der ich gehöre.« Aus dem Vorwort von Heinrich Becker zu seiner Hamburg-CD.

*Liebe Kolleginnen  
und Kollegen,*

Preis für die Schullizenz: 129,00 EUR.

als meine Hamburg CD ROM im Jahre 2004 neu herauskam, fand sie auch in der hLz erfreuliche Beachtung (11-12/04), später auch begeisterte Aufnahme in Hamburger Schulen und wurde für die Klassen 4 in die Schulbuchliste aufgenommen.

Nun habe ich eine aktualisierte und stark erweiterte Neubearbeitung fertiggestellt.

Es handelt sich nicht um eine Auflage für den Buchhandel, sondern um eine kopierfähige Ausgabe speziell für Schulen, die fortlaufend ergänzt und aktualisiert werden soll.

*Euer Heinrich Becker*



ALLES BEGINNT MIT  
GUTER PILL



Der neue geschäftsführende Vorstand (von links): Ulf Rödde, Ika Hoffmann, Ulrich Hinz, Petra Grundmann, Andreas Keller, Marlis Tepe, Norbert Hocke, Andreas Gehrke, Frauke Gützkow, Ansgar Klingner

## Wechsel im Vorstand, Um- und Aufbrüche

Gewerkschaftstag – alle 4 Jahre wieder –  
zwischen Ritual und lebendiger  
Auseinandersetzung

Viereinhalb randvolle Tage mit hunderten von Anträge, dazu Zusatz- und Änderungsträge sowie Dringlichkeitsanträgen, 15 rot gedruckte Empfehlungen und Zusammenfassungen der Antragskommission, jede Menge Wahlen mit Vorstellungsreden und 5 Wahlkampfreden (Gabriel/SPD, Laschert/CDU, Trittin/Grüne, Lindner/FDP, Gysi/DieLinke) auf 3 Tage verteilt wurden von den Gewerkschaftsdelegierten auf dem Düsseldorfer Messegelände teilweise von morgens um 9.00 bis längstens 22.00 (Samstag) bewältigt. Es gab auch Kulturelles bei der Eröffnungsveranstaltung. Am Freitagabend lud der gastgebende Landesverband NRW zu einem Fest auf mehreren Etagen in das Museum Kunstpalast, auf dem von Kunst über Kabarett bis Mu-

sik und Tanz alles geboten wurde und von dem alle schwärmten.

432 Delegierte reisten aus ganz Deutschland an. 53 Delegierte waren unter 35 Jahre und der älteste als Seniorendelegierter hatte das stolze Alter von 77 Jahren. Hamburgs 20 Delegierte gingen in dem Meer der Delegierten aus den großen Flächenbundesländern wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen etwas unter. Unter den Hamburger Delegierten befand sich der neu gewählte Vorstand mit Anja Bensingers-Stolze, Regine Treptow und Fredrik Dehnerdt.

### Internationale Solidarität

Bei der Eröffnungsveranstaltung waren 120 internationale Gäste anwesend. Ein Hauch von internationaler Solidarität mit

den türkischen Demonstranten vom Taksim-Platz in Istanbul, der zeitgleich am 12.6.13 von Erdogan geräumt wurde, wehte durch den Tagungssaal, als der Vorsitzende der türkischen Lehrgewerkschaft zu uns sprach. Es brandete starker Beifall auf, die dem Vorsitzenden Mehmet Bozgeyik sichtlich gut tat und ihm neue Energie gab, gegen die repressive türkische Regierung weiterzukämpfen. Die Solidaritätserklärung mit den türkischen Kollegen wurde einstimmig gefasst.

### Satzungsänderungen – alles bleibt beim Alten

Für jeden Tag musste die Mandatsprüfungskommission die exakte Delegiertenzahl ermitteln, damit die Mehrheitsverhältnisse für die Wahlen und Antragsabstimmungen ermittelt werden konnten.

Fast kein Satzungsänderungsantrag bekam die notwendige zweidrittel Mehrheit von 282 Delegierten: den Vorstand von 8 auf 6 Mitglieder zu verkleinern bzw. um einen Seniorenvertreter zu erweitern wurden verworfen, eine Frauenquote



scheiterte ebenso wie den 1. Vorsitz durch eine Doppelspitze aus Mann/Frau zu ersetzen. Auch den politischen Generalstreik in der Satzung zu verankern, fand nach heftiger Debatte nicht die notwendige Unterstützung der Delegierten. Davon später noch mehr.

Damit wanderten rund 100 gelbe Papierseiten als abgelehnt in den Papierkorb.

### **Abschiede und Kampfkandidaturen**

Ulrich Thöne, der 1. Vorsitzende, Marianne Demmer, die 2. Vorsitzende, Ilse Schäd, die Verantwortliche für das Tarifgeschehen und Stefanie Odenwald – ehemalige Hamburger GEW-Vorsitzende – sowie Anne Jenter, die Frauenverantwortliche, verlassen nach zwei Amtsperioden den Vorstand der GEW. Unter stehenden Ovationen wurde ihnen für ihren 8-jährigen Einsatz für die GEW gedankt und sie wurden mit Blumensträußen überhäuft.

Im Anschluss an den Rechenschaftsbericht von Ulli Thöne über die vergangenen 4 Jahre tat sich eine Kontroverse über das Verhältnis der GEW zu ver.di auf.

Niedersachsen    Vorsitzenden

der Eberhard Brand kritisierte, dass während der letzten Tarifrunde TdL unabgesprochene Gespräche mit ver.di geführt worden seien mit dem Ziel der Verschmelzung von ver.di und GEW. Sowohl Ulli Thöne als auch Ilse Schäd wiesen diesen Vorwurf der konspirativen Verhandlungen mit ver.di zurück. Vielmehr habe es Gespräche auf Vorstandsebene während der Tarifrunde gegeben, die die Möglichkeit der Kooperation innerhalb der Tarifverhandlungen 2013 ausgelotet und eine gemeinsame Strategie im Tarifkampf koordiniert hätten.

Nach dem Scheitern der Satzungsänderung für eine Doppelspitze gab es eine Kampfkandidatur von Marlis Tepe (59 Jahre) aus Hütbleck/Segeberg, der „schleswig-holsteinischen Provinz“ gegen Norbert Hocke (61 Jahre), dem langjährigen Hauptamtlichen im Frankfurter Hauptvorstand für Kinder- und Jugendhilfe sowie Schulsozialarbeit. Marlis Tepe wurde von den Landesverbänden Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen sowie dem Bundesfrauenausschuss vorgeschlagen, während Norbert Hocke von Rheinland-Pfalz, dem Bundesausschuss für Senioren und Seniorinnen und der Bundesfachgruppe Realschulen unterstützt wurde. Marlis Tepe, die auf umfangreiche Erfahrungen im Landesvorstand und Tätigkeit im Hauptpersonalrat in Schleswig-Holstein zurückgreifen kann, hielt eine sehr persönlich geprägte Vorstellungsrede, ohne sich in Detailfragen festzulegen oder zu exponieren, während Norbert Hocke routinierter durch seine langjährige GEW-Vorstandsarbeit wirkte. Alle beide wollen den Generationenwechsel sowohl in der Mitgliedschaft als unter den Funktionären befördern. Große inhaltliche Unterschiede aus den Vorstellungsreden habe ich nicht heraushören können, vielleicht unterschiedliche Schwerpunk-

setzungen bedingt durch ihre jetzigen Arbeitsschwerpunkte.

Für die neue Vorsitzende waren 2 Wahlgänge notwendig. Im ersten Wahlgang erreichte Marlis Tepe mit 207 Stimmen einen deutlichen Vorsprung vor Norbert Hocke mit 133 Stimmen, aber die einfache Mehrheit von 213 Stimmen wurde von ihr verfehlt. Letztlich entschieden sich im zweiten Wahlgang 216 von 415 anwesenden Delegierten (52,4%) für Marlis Tepe, die Frau vom Lande und 175 (42,5%) gegen den hauptamtlichen Funktionär der Bundeszentrale. Damit stand um 19.35 am Donnerstagabend die neue Vorsitzende fest.

Norbert Hocke verzichtete auf eine weitere Kandidatur zum stellvertretenden Vorsitzenden und bleibt damit weiterhin in der Frankfurter GEW-Zentrale für Kinder- und Jugendhilfe und Schulsozialhilfe zuständig. Er wurde darin am Freitag mit 83,9% der Stimmen vom Gewerkschaftstag bestätigt. Nach dem Verzicht von Norbert Hocke auf die Kandidatur zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Andreas Keller, der bisherige und auch künftige Hauptverantwortliche für den Hochschulbereich, mit 84,5% in diese Funktion gewählt.

Die langjährige Schatzmeisterin Petra Grundmann aus Nürnberg wurde bestätigt. Neu in den 8 köpfigen Vorstand wurde Ilka Hoffmann gewählt, die aus dem Saarland kommt. Sie konnte sich im 2. Wahlgang gegen 3 Mitbewerberinnen, unter anderem gegen Susanne Gondermann aus Hamburg, für den Bereich Schule durchsetzen. Andreas Gehrke aus dem DGB-Funktionärskreis für die Tarifpolitik wurde der Nachfolger für Ilse Schäd, Ansgar Klinger wurde für die berufliche Bildung und Weiterbildung als der Nachfolger für die Hamburgerin Steffi Odenwald gewählt und Frauke Gützkow übernahm von Anne Jenter den Bereich Frauenpolitik.

## Mitgliederwerbung

Besonders stolz ist die GEW über ihren Mitgliederzuwachs seit 4 Jahren von 252000 auf 266000 Mitglieder. Damit ist sie die einzige Gewerkschaft im DGB, die steigende Mitgliederzahlen hat. Die Kollegin Moritz, die Vorsitzende aus Baden-Württemberg, stellte ausführlich dar, wie das Projekt Mitgliederwerbung die GEW jugendlicher und für neue Lehrer- und Erzieher\_innen attraktiver machen soll. „Junge werden keine Mitglieder, weil sie keinen begegnen“ rief sie in den Saal. Die GEW soll Präsenz, Präsenz und noch einmal Präsenz im Alltag zeigen.

Die beste Mitgliederwerbung sind natürlich Aktionen und Streiks zur Durchsetzung von Interessen, sie bewirken jedes Mal große Eintrittswellen.

Für Gruppen, die häufig austreten wie die Pensionäre und jüngere Kolleginnen, die in den Mutterschutz und Elternzeit gehen, müsste man spezielle Angebote anbieten, die sie zum Verbleib in der GEW motivieren.

## Tarifgeschehen, Beamtenstreik, politischer Generalstreik

Wie ein roter Faden durchzogen diese Schlagwörter den Kongressverlauf und bildeten damit den Schwerpunkt dieses Gewerkschaftstages.

Besonders zur Sache ging es beim Tariffrecht und dem Verhältnis zu ver.di, wie sich schon bei der Aussprache zum Geschäftsbericht von Ulli Thöne zeigte. Im letzten Tarifvertrag konnte sich die GEW bei der einheitlichen Eingruppierung von 200000 angestellten Lehrer\_innen in die Gehaltsgruppe E13 nicht durchsetzen und empfindet dies als herbe Niederlage. Nach wie vor können die Arbeitgeber des TdL, die 16 Bundesländer, von einander abweichende, relativ willkürliche Regelungen bei der Eingruppierung von

Lehrer\_innen von E11 bis E13 treffen und die Erfahrungsstufen festlegen. In der Tarifrunde 2012/13 haben sich die Bundesländer geweigert, darüber überhaupt zu verhandeln. Diese Haltung der Bundesländer geißelt die GEW als Angriff auf die Tarifautonomie, die durch das einseitige Diktat der Eingruppierungsrichtlinien gefährdet wird. Der Versuch der Bundesländer, mit einem Brief vom Mai an ver.di-Chef Bsirske einen Keil zwischen GEW und ver.di zu treiben, wurde von allen Beteiligten zurück gewiesen. Bsirske sicherte der GEW in seiner Rede die volle Unterstützung im Kampf um die Eingruppierung der 200000 angestellten Lehrer\_innen zu.

Dennoch gibt es tiefer liegende Probleme: Die GEW konnte nicht genügend Mitglieder für einen Erzwingungsstreik mobilisieren, um Druck auf die Tarifvereinigung der Bundesländer zu erzeugen. Auch ver.di, deren Mitgliedschaft vor allem im Bereich des Bundes und der Kommunen, also im Bereich des TVöD stark und streikfähig ist, kann im Bereich des TdL aufgrund geringerer Mitgliederzahlen keinen Erzwingungsstreik organisieren, dies muss die GEW in diesem Bereich allein wuppen. So machte auf dem Gewerkschaftstag das geflügelte Wort die Runde, dass die GEW zwar tariffähig geworden ist, aber nicht streikmächtig, um Forderungen durchzusetzen. Aufgrund dieser negativen Erfahrungen der zentralen Verhandlung bei der LEGO-Kampagne soll versucht werden, die Strategie gegenüber den Bundesländer zu ändern und die Lehrereingruppierungsordnung (LEGO) in einzelnen Ländern wie Berlin und Sachsen-Anhalt, in denen der Organisationsgrad der angestellten Lehrer\_innen besonders hoch ist, durch Streik zu erzwingen. Es wurde auch schon fleißig gestreikt. Der Erfolg steht noch aus.

Aufgrund der erhöhten

Streikaktivitäten stimmte der Gewerkschaftstag einer moderaten Beitragserhöhung um 0,33% zur Stärkung des Kampffonds zu.

Insgesamt steckt die GEW in den Bundesländer noch in einem weiteren Dilemma: der größte Teil ihrer Mitglieder – vor allem im Westen – sind Beamt\_innen und dürfen nicht streiken. Deshalb gibt es bei der Mobilisierung in den Tarifkampagnen Schwierigkeiten und es kommt nur in geringem Maße auf der Straße zu Unterstützungsaktionen für die Streiks der Angestellten. Die Folge davon ist, dass nur zwei Länder das Tarifergebnis auf das Gehalt ihrer Beamten übertragen: Bayern und Hamburg. Aus diesem Grund kam es bei der Eröffnung des Gewerkschaftstages zu einer Protestaktion gegen die grüne NRW-Ministerin Sylvia Löhrmann, die ab A11 keine Erhöhung gewähren will, um den Landshaushalt zu entlasten. Das Protestplakat zur Begrüßungsrede durch die stellvertretende NRW-Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann brachte die Stimmung der Delegierten auf den Punkt: „Blockade beim Tarifvertrag, Wortbruch bei der Besoldung.“

Der Befreiungsschlag aus dem Dilemma der GEW bei Tarifverhandlungen wäre, dass auch beamtete Lehrer\_innen für ihre Ziele streiken dürfen. So wurde es auch im Antrag des Landesverbandes Bremen gefordert und beschlossen. Angenommen Sonnabend um 14.40.

Mit einer Klage vor dem deutschen Verfassungsgericht ist der Weg zum Streikrecht für Beamte schon beschritten. Falls das Streikrecht den Beamten verwehrt wird, bleibt der Weg zum europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – zugegebenermaßen ein langer Weg,

Die Verankerung eines allgemeinen politischen Generalstreiks in der Satzung der GEW, in §5 Ziffer 2, fand nach heftiger

Debatte nicht die Zweidrittelmehrheit. Einen Generalstreik schreibt man nicht in die Satzung, sondern man praktiziert ihn mit großen gesellschaftlichen Vereinigungen und Bewegungen. Es wurde auch darauf verwiesen, dass zwar in den Staaten Südeuropas zahlreiche Generalstreiks stattfinden, aber nicht in Deutschland. Deutschland hat kaum Erfahrungen mit politischen Generalstreiks, den letzten gab es anlässlich des Kappputsches 1920.

### **Lehrerausbildung verändern**

Einen großen Brocken sowohl in der Antragslage als auch in vielen Diskussionsbeiträgen stellte die künftige Ausgestaltung der Lehrerausbildung dar. Am Sonnabend um 20.00 wurde der Punkt aufgerufen und dauerte bis 22.00 an, bis die Delegierten ins Bett fielen. Der Vorschlag ist, dass es nur noch ein Lehramt für Gymnasien, die Sekundarschulen I und die Primarschulen mit einheitlicher Besoldung mit der Eingangsstufe A13 bzw. E13 geben soll, damit nicht alle auf Lehramt an Gymnasien wegen der besseren Bezahlung studieren. Schluss mit der Konkurrenz der Lehrämter untereinander und der unterschiedlichen Bezahlung! Die Reproduktion der Dreigliedrigkeit durch die Lehrerausbildung muss aufgehoben werden und ein umfassendes Verständnis von inklusiver Bildung mit sonderpädagogischen Inhalten gehört zu den Studienanforderungen. Viele Kolleg\_innen meldeten sich zu Wort, die befürchten, dass die Fachlichkeit in der Lehrerausbildung zu kurz kommt, so dass die pädagogischen und sozialpädagogischen Anteile ein zu großes Übergewicht bekommen..

Die Ausbildung der Lehrer\_innen soll vom Hochschulstudium über den Vorbereitungsdienst, die Berufseinstiegsphase und die Fortbildung aus einem Guss sein und muss bundesweit einheitlich

geregelt werden. Das Studium soll eine durch hohe Praxisanteile begleitete Ausbildung sein, in der nicht eine Prüfung am Schluss steht, sondern die Prüfungsleistungen können studienbegleitend erbracht werden. Jedem Lehramtsstudierenden soll der Zugang zum Masterstudium ermöglicht werden

Um diese Reform der Lehrerausbildung in den kommenden Jahre durchzusetzen, muss die GEW-Bund viel Lobbyarbeit in den 16 Bundesländern leisten. Vor allem muss die Förderalismusreform, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern zurückgedreht werden.

Um 21.20 am Sonnabend wurde der Antrag zur Lehrerausbildung angenommen.

### **Inklusion**

Die Diskussion über die Inklusion, das dritte zentrale Thema für die GEW, wurde erst am Sonntag durchgehechelt. Bremen, Berlin und Rheinland-Pfalz prägten die Diskussion und haben die meisten Anträge gestellt.

Die GEW kritisiert in ihrem Antrag die schleppende und kostenneutrale Umsetzung der Inklusion in den Bundesländern. Die Inklusion braucht optimale Bedingungen, gut ausgebildetes Personal, multiprofessionelle Teams in den Schulen, auch Möglichkeiten der Therapie, ausreichende Räumlichkeiten, Ganztagsbetreuung und eine Berücksichtigung des sozialen Umfeldes der verschiedenen Schulen. Alle Deckelungen von Stellen für pädagogisches Personal müssen aufgehoben werden. Festlegung von Klassenfrequenzen und Kooperationszeiten müssen noch genauer entwickelt und geklärt werden. Das alles kostet richtig viel Geld. Nicht umsonst fordert die GEW vom Bund und den Ländern, 40 Milliarden mehr in die Bildung zu investieren.

Den von der Antragskommission zu *einem* Antrag zusam-

mengefassten 25 Anträgen zur Inklusion wird zugestimmt.

### **Randnotizen – Beiläufiges**

Michael Sommer, noch DGB-Vorsitzender, hielt auf der Eröffnungsveranstaltung seine Abschiedsrede. Es gab schon im Vorfeld des GEW-Gewerkschaftstages Irritationen über die Haltung Michael Sommers zur Bundeswehr; mit deren Vertretern hatte er sich am 5.2.2013 zur Kontaktpflege getroffen und mit dem Verteidigungsminister hatte er eine gemeinsame Presseerklärung abgegeben. Diese Presseerklärung wurde schon auf dem Frühjahrgewerkschaftstag des Landesverbandes Hamburg in einer Resolution scharf kritisiert und stieß in mehreren Dringlichkeitsanträgen von unterschiedlichen Landesverbänden auch auf dem Bundesgewerkschaftstag auf Ablehnung. Die GEW betont ihre große Sorge über die Bundeswehreinräte im Ausland. Hochschulgruppen setzten sich für eine Klausel des Kooperationsverbotes von Militär und Hochschule im Bereich der Forschung ein. Michael Sommer kündigte aufgrund der massiven Kritik im Herbst eine friedenspolitische Tagung des DGB an, um die Haltung zum Militär/Bundeswehr zu klären.

### **Fazit**

Die GEW hat sich einiges vorgenommen: den Generationenwechsel, steigende Mitgliederzahlen und das Bohren dreier dicker Bretter: Durchsetzungsfähigkeit bei Tarifrunden (LEGO) inklusive Beamtenstreik, die Neuordnung der Lehrerausbildung und Umsetzung der Inklusion in allen Bundesländern unter optimalen Bedingungen. Wiedervorlage in 4 Jahren auf dem 28. Gewerkschaftstag.

WILLI BARTELS  
Hamburger Delegierter auf dem  
27. Gewerkschaftstag in Düsseldorf

# Bildung als Bedrohung

Vom Kopf auf die Füße stellt Franz Walter die auch bei uns gängige Formel von „Chance durch Bildung“

Bildung entscheidet. So lautet das sozialdemokratische Axiom. Und da Bildung die Weichen für das ganze Leben stellt, muss jeder unabhängig vom viel zitierten Geldbeutel der Väter über die gleichen Voraussetzungen und Zugänge zur Bildung verfügen. Das ist das sozialdemokratische Credo. Darin liegt die gesellschaftspolitische Programmatik der SPD für das 21. Jahrhundert begründet. Ohne Zweifel besitzt dieses Postulat eine hohe Plausibilität. In der Chancengesellschaft, so heißt es jedenfalls, zähle allein die Leistung, die der Einzelne erbringt, nicht die Herkunft, weder Rang noch Titel.

Natürlich birgt die projektierte „Chancengesellschaft“ auch kritisches Potenzial gegen die aktuelle Gestalt des Kapitalismus. Erkennbar wurde bereits in den Jahren der „New Economy“ und des entgrenzten Finanzkapitalismus, dass gerade die großbürgerlichen Leitfiguren mehr und

mehr vom Leistungsprinzip abrückten. Den Ausschlag gab der Geldbetrag, ganz gleich, ob als Resultat von Fleiß oder als Folge hasardeurhafter Spekulationen. Darauf hat insbesondere Sighard Neckel hingewiesen: „Doch ist aller Rhetorik zum Trotz das Leistungsprinzip in Kreisen der DAX-Ökonomie in Wirklichkeit nicht mehr gut gelitten. Wer sich bisweilen auf Seminaren und Tagungen wirtschaftsnaher Verbände aufhält, kann dort erleben, dass Begriffe wie ‚Leistungsgechtigkeit‘ ausdrücklich abgelöst werden. Wer ‚Leistung‘ sagt, so heißt es, wolle nur Forderungen stellen.“

## Gerecht gescheitert

Und in der Tat: Für die neue gesellschaftliche Mitte war Leistung der entscheidende Hebel, um soziale Ansprüche für Aufstiegskarrieren zu formulieren. Doch eine antibourgeoise Stoßrichtung nahm das nicht an. Die

letzten Jahre haben vielmehr Schattenseiten der Chancen- und Leistungsutopie deutlich werden lassen. Der Bildungs- und Anstrengungsappell in einer ansonsten gleichbleibenden Gesellschaft mit riesigen Einkommensdifferenzen und gravierenden sozialen Unterschieden führte zu einem ziemlich gnadenlos ausgetragenen Ringkampf um weiterhin privilegiert angesiedelte Positionen.

Wer in dieser individualisierten Schlacht durch rigide Chancennutzung nicht mithielt, hatte erst recht verloren. Denn fortan galt er als „gerecht“ gescheitert, weil er im „fairen Leistungswettbewerb“ versagt hatte, also selbst für sein negatives Schicksal verantwortlich gemacht werden konnte. Das chancengesellschaftliche Versprechen nutzte so als ideologische Parfümierung zur Abgrenzung zuletzt aufgestiegener Schichten gegen Ansprüche von unten. Die moderne Chancengesellschaft, die den Kontext von Solidaritätsnormen verlässt, konnte auf diese Weise zu einer ziemlich kalten und rohen Angelegenheit werden. Bezeichnend ist sicher, dass sich die soziale Mitte bildungs- und schulpolitisch keineswegs für das Modell erweiterter Chancen auch für Kinder des „sozialen Unten“ ins Zeug legt. Dabei zählten viele Mitte-zugehörige selbst zu Gewinnern der ersten Bildungsreform in den 1960er/70er Jahren. Doch gerade weil sie den Aufstieg von unten in die Mitte geschafft haben, besitzen sie nun - ganz wie schon in früheren Jahrzehnten die etablierten Mittel- und Oberschichten - kein Interesse an weiteren



Frommer Wunsch statt Abbild der Wirklichkeit?

Emanzipationsschüben von unten, da das für sie zusätzliche Konkurrenz und damit auch die Entwertung der eigenen, mühselig erworbenen Bildungsabschlüsse und Statuspositionen bedeutet.

### Abwertungsspirale nach unten

Generell gilt: In der gegenwärtigen Druck- wie Konkurrenzsituation grenzen sich die verschiedenen Elternmilieus schroff voneinander ab, verhindern, dass ihre Kinder mit dem Nachwuchs der jeweils unter ihnen verorteten Schichten in Kontakt geraten. Das klassische Bildungsbürgertum achtet seit einigen Jahren darauf, dass ihre Sprösslinge die Freizeit nicht mit den „Parvenüs“ aus dem Mittelstand verbringen. Und die kleinbürgerliche Mitte unterbindet entschlossen Begegnungen mit Familien aus der „Underclass“, da sie dort kulturelle Verwahrlosung, haltlosen Konsumismus, unheilstiftende Disziplinlosigkeiten wittern. Man mag das eine Abwertungsspirale nach unten nennen.

Ähnliche Eindrücke vermittelt die unlängst in Frankreich intensiv geführte Debatte über die *classes moyennes*. Für diese Gruppe zählt als Mittel der Statussicherung eben die Bildung. Für sie stellt Schule den entscheidenden Ort für die Karrierechancen des eigenen Nachwuchses dar. Da dieser im Unterschied zu den Kindern der Oberschicht nicht über hinreichend finanzielles Kapital verfügt, ist der schulische Erfolg zum Ausgleich der materiellen Ressourcenschwäche unabdingbar, auch und gerade für die Distinktion gegenüber dem «Unten».

Auch deshalb können die Abgehängten der Chancen- und Bildungsgesellschaft mit dem Begriff der «Chance» nicht viel anfangen; Begeisterung löst er keine aus. Auf die Formel «Chance durch Bildung» reagie-

ren sie gar wütend. Denn Bildung war schließlich der Selektionshebel, der sie in die Chancenlosigkeit hineinsortiert hatte. Bildung bedeutet für sie daher das Erlebnis des Scheiterns, des Nichtmithaltenkönnens, der Fremdbestimmung durch andere, die mehr gelesen haben, besser reden können, gebildeter auftreten. Für sie heißt die Konzentration staatlicher Anstrengungen auf Bildung statt soziale Transfers die Verfestigung von sozialer Marginalität. Ganz illusionslos sehen sie, dass es für sie, deren Kindheit und Schulzeit vorbei ist, keine überzeugende Idee für ein sozial gesichertes und respektables Leben gibt.

### Freie Bahn dem Tüchtigen

Nicht zuletzt auch deshalb werden die individuellen Aufsteiger aus dem früheren sozialdemokratischen Milieu seit einigen Jahren von dem zurückgebliebenen „Unten“ in den Arbeiter- und Arbeitslosenvierteln misstrauisch betrachtet. Der Aufsteiger wird zur Personifikation der Hohlheit aller ursprünglichen Postulate von Solidarität und kollektiver Emanzipation.

Der individuelle Aufsteiger pflegt seinerseits deutlich zu machen, dass er seine Emanzipation nicht als Resultat kollektiven Bemühens, sondern als Ergebnis der eigenen Willenskräfte ansieht - Exkanzler Schröder ist dafür ein prominentes Beispiel. Und er neigt dazu, seine spezifische Lebenserfahrung



**Frommer Wunsch, solange die strukturellen Ursachen der Gewalt nicht beseitigt sind?**

zum gesellschaftlichen Rezept schlechthin zu verallgemeinern: Erfolg gebührt nur dem Tüchtigen. Bleibt der Erfolg aus, hat es an hinreichender Tüchtigkeit gemangelt.

Kurz: Die auf Bildung fixierte Chancengesellschaft öffnet nicht (zumindest nicht allein) Perspektiven nach oben, sondern errichtet zugleich Mauern und Grenzen gegen rivalisierende Begehrlichkeiten von unten (und Fremden). Der eigene ursprüngliche Anspruch wird so verzehrt. Aber dergleichen Verzehrungsprozesse spielen sich historisch regelmäßig ab, wenn zuvor dynamische Klassen oder Schichten im Aufstieg Positionseinbußen fürchten müssen. Dann werden politische Emanzipationsgeschichten zu konservativen Erhaltungsmärchen umgeschrieben.

Auf die Formel „Chance durch Bildung“ reagieren Abgehängte wütend. Bildung hatte sie erst in die Chancenlosigkeit sortiert.

aus TAZ  
22.5.2013

### Franz Walter

geboren 1956, ist Leiter des Instituts für Demokratieforschung an der Universität Göttingen. Walters letztes Buch ist im Februar erschienen: „Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?“ (Rowohlt Verlag, 352 Seiten, 16,95 Euro).



„Eine Ganztagschule ohne ein vielfältiges und qualifiziertes Bewegungsangebot über den verpflichtenden Sportunterricht hinaus ist für mich nicht vorstellbar“, schrieb Hamburgs Schulsenator und KMK-Vorsitzende Ties Rabe in seinem Geleit für das Hamburger Schulsporthandbuch.

So unstrittig diese Aussage auf den ersten Blick erscheint, so verschieden sind die Vorstellungen darüber, wie dieses vielfältige und qualifizierte Angebot organisiert werden soll und welche Kriterien anzulegen sind.

150 Kolleginnen und Kollegen folgten der Einladung des Landesinstituts und der Bundessportkommission der GEW in die Aula des LI. Die überraschend hohe Teilnehmerzahl ist Indiz für viele offene Fragen, vor die sich Schulen gestellt und häufig allein gelassen sehen. Eine fachlich-inhaltliche Diskussion über die meist unwiderspro-

chene Behauptung „Sport muss ein wichtiges Element im nachmittäglichen Betreuungsangebot sein“ fand eher im Verborgenen statt. Überlagert wurde sie stets von der intensiven Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit der Sportorganisationen und -verbände, die ihre Interessen über Rahmenvereinbarungen ohne fachliche Beratung in den Ministerien der Länder absichern konnten. Dabei

blieben die Belange der Schulen in aller Regel unterbelichtet. Wie kann z. B. eine inhaltliche Verknüpfung zwischen dem Sportunterricht und den zusätzlichen Angeboten am Nachmittag hergestellt werden? Ist das Personal von Sportvereinen, die im Verein in kleinen Gruppen an einer Sportart interessierte Kinder betreuen, für die Durchführung von Nachmittagsangeboten an Schulen unter gänzlich anderen Bedingungen und Voraussetzungen ohne weiteres geeignet und vorbereitet? Was machen Schulen, insbesondere Grundschulen, die in ihrer Nachbarschaft keinen kooperationsfähigen Sportverein finden? Woher kommen zusätzlich erforderliche Ressourcen sowohl bei den Sportstätten als beim -material?

Wie Verlauf und Ergebnisse der Tagung zeigten, sehen die Fachkollegien der Schulen die Ausgestaltung eines Ganztagesbetriebs als bedeutsame Aufgabe an. Dieser muss sowohl den kindlichen und jugendlichen Interessen nach Integration von Bewegung, Spiel und Sport in ihren schulischen Alltag als auch den pädagogischen Ansprüchen einer Ganztagschulentwicklung entsprechen.

Für diese Fragen den Schulen eine Stimme zu geben, war Intention der Tagung. Im Eingangreferat plädierte Prof. Dr. Ralf Laging (Uni Marburg) sehr entschieden dafür, dass jede



Diskussion en gros...

Fotos: Stöbe/Baumann

Schule ein „eigenständiges Bewegungs- und Sportkonzept“ entwickeln und dieses mit potenziellen Partnern abstimmen sollte.

In sechs Arbeitsgruppen fand ein Austausch zu den folgenden Aspekten der Situation an Hamburgs Schulen statt:

**Die quantitativen Aspekte des Bewegungsangebots in der Ganztagschule** (u.a. Anzahl der Angebote; Wahlmöglichkeiten; Anteil der zusätzlichen Sportangebote mit schulinternen Kräften; ausreichende Sportstätten/Sportgeräte/Räume oder Installationen für die Sportangebote).

**Die qualitativen Aspekte des Bewegungsangebots in der Ganztagschule** (u.a. inhaltliche Abstimmung zwischen Sportunterricht (lt. Studententafel) und zusätzlichem Sportangebot; Festlegung von Qualifikationen für die Übungsleiter; vertragliche Festlegungen zwischen Schule und externen Anbietern; Form der Evaluation und Verlässlichkeit der Kooperationspartner).

**Die organisatorischen Aspekte des Bewegungsangebots in der Ganztagschule** (u.a. Anzahl der Koordinationsstunden für die Planung; Durchführung und Auswertung der Sportangebote zwischen Schule und externen Anbietern; Evaluation; Anzahl der Kooperationspartner; feste/r Verantwortliche/r an der Schule).

Das wenig überraschende Fazit lautete: **ausreichend bis schlecht für alle Bereiche**. Die Kolleginnen und Kollegen betonten erhebliche Versäumnisse der bei der Entwicklung und Unterstützung ihrer Aufgaben. Bei aller Wertschätzung der Zusammenarbeit mit Sportorganisationen wurden Unzulänglichkeiten in den vertraglichen Vereinbarungen zwischen Behördenleitung und Hamburger Sportjugend konstatiert. Darüber hinaus wurde von vielen Grundschulen von Misserfolgen bei der Suche



...und en detail

nach geeigneten Sportvereinen als Partnern in der näheren Umgebung sowie von Mängeln in bestehenden Kooperationen berichtet. Offensichtlich werden von der Dachorganisation – Sportjugend – Erwartungen geweckt, die insbesondere von kleineren Vereinen nicht erfüllt werden können.

Als ein Fazit wurde die Forderung erhoben, den Schulen für die von allen Seiten – einschließlich der Behörde – als besonders wichtig eingeschätzten Aufgaben Ressourcen bereit zu stellen.

Zudem zeigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihr Missfallen darüber, dass bei der sonst so ausgeprägten Evaluierungsneigung der Behörde bis heute keine wissenschaftlich fundierte Situationsanalyse existiert, aus der Konsequenzen und inhaltliche und organisatorische Hilfestellungen abgeleitet werden können.

Als Eckpfeiler für die weitere Ausgestaltung der Bewegungsangebote an Ganztagschulen wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern folgende Forderungen aufgestellt:

- ein abgestimmtes Gesamtkonzept, in dem die sportbezogenen Schwerpunkte der Schule für den verpflichtenden Sportunterricht und die außerunterrichtlichen Sport- und Bewegungsangebote sowie deren Realisierung festgelegt werden;
- inhaltliche Vernetzung von Vor- und Nachmittag, wobei die pädagogisch-inhaltliche Ausrichtung

in der Verantwortung der Schule liegt;

- Einrichtung einer „Mentorenfunktion“ zur Betreuung neuer Honorarkräfte mit dem Hauptziel der inhaltlichen Orientierung dieser Personen auf das Schulprofil;
- angemessene Zuteilung von WAZ;
- regelmäßige Koordinationskonferenzen mit externen Kooperationspartnern;
- erhöhte Ressourcenzuweisung für den Schulsport einschließlich erweiterter Bereitstellung von Räumen für Bewegung, Sport und Spiel;
- angemessene Qualifizierung und Honorierung der in Schulen eingesetzten Übungsleiter;
- Veranlassung einer unabhängigen, wissenschaftlich begleiteten Analyse der Hamburger Situation und Entwicklung von Perspektiven unter stärkerer Berücksichtigung der schulischen Erfordernisse.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben dafür votiert, eine Fortsetzungsveranstaltung mit dem Hauptaugenmerk auf der Präsentation guter Beispiele und der beispielhaften Entwicklung von Modellen für gelungene Bewegungskonzepte in der ganztägigen Schule zu organisieren.

Die Sportkommission wird sowohl diesem Wunsch Nachdruck verleihen als auch weitere Aktivitäten anschieben.

ADOLF STOLZE  
NORBERT BAUMANN



# Welcome to Hamburg...

Mutiger Schritt: Alle 300 Lampedusa-Flüchtlinge werden bei ver.di aufgenommen

... hieß es bei der feierlichen Aufnahme der ca. 300 Flüchtlingen aus Libyen in die Gewerkschaft Ver.di am 15. August im Innenhof des DGB-Gebäudes am Besenbinder Hof.

Ver.di hat damit ein Zeichen gesetzt für Menschlichkeit, Demokratie und soziale Rechte.

Fredrik Deherdt, der stellvertretende GEW-Vorsitzende, sprach ein Grußwort, in dem er ausdrücklich die Aufnahme der Flüchtlinge durch die Gewerkschaft Ver.di hervorhob und die uneingeschränkte Solidarität der GEW für diesen Akt bekundete. Er kritisierte die verantwortungslose EU-Flüchtlingspolitik, deren Opfer die Flüchtlinge aus Libyen geworden seien, indem

kein Land sich richtig für sie verantwortlich fühle. „So produziert ein inhumanes europäisches Asylsystem tagtäglich humanitäre Katastrophen und aktuell ganz dicht vor unseren Augen.“

Der GEW-Bleiberechtsausschuss hat auf der großen Solidaritätsdemonstration für die Flüchtlinge am 17. August mit ca. 3000 Teilnehmer\_innen eine Solidaritätserklärung verteilt, in der es heißt: „Wir, die GEW Hamburg, heißen die libyschen Flüchtlinge in Hamburg willkommen und unterstützen ihre Forderungen nach freiem Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung, zu medizinischer und sozialer Versorgung, nach Wohnung und freier Wahl des Aufenthalts-

ortes bzw. Wohnortes innerhalb der EU.“

## Wie kamen die Flüchtlinge nach Hamburg?

Die Flüchtlinge aus Libyen haben eine Odyssee hinter sich, die nach menschlichen Vorstellungen kaum erträglich ist: Sie waren in Libyen aus verschiedenen afrikanischen Herkunftsländern eingewandert und waren in verschiedensten Berufen und Branchen tätig, sozusagen als „Gastarbeiter“. Sie hatten als Zimmerleute, Maurer, Fliesenleger, Schweißer, Automechaniker, Friseure, Software-Techniker und als kleine Ladenbesitzer gearbeitet und konnten ihre Familien in Libyen ernähren – bis der Krieg kam, der alles zerstörte und ihr Leben bedrohte. Sie flohen nach Europa, wo sie eigentlich nie hinwollten. Als Bootsflüchtlinge hing ihr Leben auf dem Wasser täglich am seidenen Faden.

In Italien auf der Insel Lampedusa angekommen, mussten sie unter menschenunwürdigen

Bedingungen in Massenlagern leben. Zwar wurde ihr Asylantrag anerkannt, aber ohne jegliche Integrationsmaßnahmen: Unterkunft, Arbeit, Bildung und Essen sowie medizinische Versorgung waren extrem eingeschränkt, die Flüchtlinge lebten in abbruchreifen Häusern, Wellblechhütten und versuchten sich irgendwie selbst zu organisieren. Im Winter 2012/2013 wurden sie dann quasi abgeschoben aus Italien mit entsprechenden Papieren, die ihren Flüchtlingsstatus und humanitären Schutz garantieren. Sie sollten in den Ländern Nordeuropas ihr Heil suchen. So kamen sie nach Hamburg.

### Wie erging es ihnen in Hamburg?

Seit Monaten versuchen die Flüchtlinge – bisher vergeblich – eine angemessene Unterkunft, Arbeit und Versorgung zu bekommen. Sie sind seit der Schließung des Winternotprogramms genötigt, auf Hamburgs Straßen als Obdachlose zu leben. „Viele von uns sind traumatisiert und benötigen dringend Hilfe... Unsere Situation in Hamburg ist sehr schlecht und unwürdig. Die Europäische Union sollte uns helfen und unsere Forderungen als Kriegsflüchtlinge erfüllen“, sagt ein Mitglied der Lampedusa-Gruppe.

Die Flüchtlinge fordern einen regulären Aufenthalt nach § 23 Aufenthaltsgesetz. Dieser kann einer Gruppe von Menschen gewährt werden, wenn die Lebensbedingungen in ihrem Land so beschaffen sind, dass ein körperlich und seelisch unversehrtes Leben dort nicht möglich ist.

Dies verweigert aber der Hamburger Senat bisher.

### Die Haltung des Hamburger Senats

Der Hamburger Senat und an seiner Spitze Olaf Scholz versteckt sich hinter den Gesetzen der „Festung Europa“ und dem Schengenabkommen, das das

Flüchtlingsproblem an die Außengrenzen der EU verlagert. Dort sind die europäischen Länder wie Griechenland, Italien, Malta, Zypern oder Ungarn für die ankommenden Flüchtlinge verantwortlich und sie können nicht weitergeleitet werden, weil nach dem sog. Dublin II-Verfahren der Asylantrag in dem Land bearbeitet werden muss, in dem der Flüchtling ankommt. So sollen die Flüchtlinge wieder nach Italien abgeschoben werden, in eine unsichere und düstere Zukunft.

### Eine andere Flüchtlingspolitik ist nötig!

Die europäischen Außengrenzen sind abgeschottet, Grenzkontrollen durch die Grenzpolizei Frontex, für die die BRD jährlich eine Millionen Euro ausgibt, sollen die Flüchtlinge von Europa abhalten. Weit über 10.000 Flüchtlinge sind schon in den Fluchtbooten umgekommen.

Europa als eine der reichsten Regionen der Welt nimmt nur vergleichsweise wenige Flüchtlinge auf, wenn man bedenkt, dass die größten Flüchtlingsströme millionenfach in die Nachbarländer Afrikas und Asiens gehen, deren Lebensstandard meistens weit unter dem der Länder in Europa liegt.

Europa schiebt fleißig ab und auch Hamburg hat seine Abschiebepaxis weiter verschärft, wie der Flüchtlingsrat auf seiner Pressekonferenz am 28. August feststellte. Nächtliche Abschiebungen sind keine Seltenheit – ein Rückfall in die 1990er Jahre!

### Solidarität mit den Flüchtlingen aus Libyen und anderen Ländern

Die „Lampedusa-Flüchtlinge“ erfahren eine große Welle der Solidarität: die große Demonstration am 17.8., viele Basisgruppen, Kirchen, Moscheen, Teile der Gewerkschaften, verschiedene politische Parteien, Persönlichkeiten und Künstler\_innen



in der Stadt, Menschen aus St. Pauli, Horn, St. Georg, Altona, Barmbek, Billstedt, Wilhelmsburg – aus fast allen Stadtteilen fordern sie die „Anerkennung nach § 23 Aufenthaltsgesetz“ für die Flüchtlinge aus Libyen. Dabei ist das selbstbewusste, ihre Rechte kennende Auftreten von „Lampedusa in Hamburg“ sehr wichtig. „Wir sind hier, um zu bleiben – wir entscheiden selbst, wann und wohin wir gehen. Und wer glaubt, wir sollten in unsere Geburtsländer zurückkehren, der versucht sich nur der Verantwortung zu entziehen und uns in Elend und Perspektivlosigkeit abzuschieben“, heißt es in ihrem Aufruf zur Demonstration am 17. August.

Auch die anderen in Hamburg lebenden und noch nach Hamburg kommenden Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität, d.h. ein Bleiberecht, eine Wohnung, Arbeit, gute medizinische Versorgung und gute Bildung für ihre Kinder!

KARIN HAAS  
GEW-Bleiberechtsausschuss



Mitmachen & gewinnen! Unter [www.bahn.de/klasse-unterwegs](http://www.bahn.de/klasse-unterwegs) einen Tagesausflug nach Schloss Gottorf gewinnen.



# Mit „Klasse unterwegs“ die Region entdecken

## Raus aus dem Klassenzimmer, rein ins Abenteuer – mit dem Schulprojekt der DB Regio AG

**Lernen an spannenden Orten:** Das ist die Idee von „Klasse unterwegs“. Gemeinsam mit rund 60 Partnern in Schleswig-Holstein und Hamburg bietet die DB Regio AG ein abwechslungsreiches Programm für Klassenausflüge passend zu allen Unterrichtsfächern.

**Klassenausflug gewinnen:** Unter [www.bahn.de/klasse-unterwegs](http://www.bahn.de/klasse-unterwegs) die Gewinnfrage beantworten und einen Tagesausflug nach Schloss Gottorf für die gesamte Klasse gewinnen.

**Ticket-Tipp:** Bis zu 70 % Ermäßigung mit dem Gruppenfahrchein im Schleswig-Holstein-Tarif.

Weitere Informationen unter [www.bahn.de/klasse-unterwegs](http://www.bahn.de/klasse-unterwegs)

**Die Bahn macht mobil.**

# Eine andere Welt ist möglich!

Zehntausende trafen sich Ende März zum 11. Weltsozialforum in Tunis

**Auch 26 Kolleg\_innen unserer Gewerkschaft waren bei diesem ‚Arabischen Frühling‘ mit von der Partie. Mit Menschen aus der ganzen Welt demonstrierte die GEW-Delegation für mehr Demokratie und Solidarität. Drei Workshops der GEW bereicherten das vielfältige Veranstaltungsprogramm und machten Kinderarbeit, Bildung in Zeiten von staatlicher Sparpolitik und Gewerkschaftsrechte in der Türkei zum Thema beim Sozialforum.**

Unter dem Eindruck der breiten Bewegung für mehr Freiheit und Demokratie war die Entscheidung für Tunis als Veranstaltungsort des Weltsozialforums (WSF) gefallen. Der Internationale Rat des WSF unterstützte damit nicht nur das Zusammenkommen der sozialen Bewegungen im arabischen

Raum, sondern verhalf auch zu einer Vernetzung und Solidarisierung weltweit. Die Menschen, die beim WSF zusammenkommen, eint das Motto: Eine andere Welt ist möglich! In Afrika fand es bereits 2007 in Nairobi und vor zwei Jahren in Dakar statt. Zum ersten Mal gab es nun ein Treffen in einem arabischen Land.

Schon die Auftaktveranstaltung des Weltsozialforums in Tunis beeindruckte: Über 30.000 Menschen zogen in der Nachmittagssonne singend und tanzend durch die Straßen. Das Meer von Fahnen und Plakaten ließ die „Arabellion“ für mehr Demokratie und Menschenrechte wieder lebendig werden. Startpunkt der Demonstration war der Platz des 14. Januars – das Datum erinnert an den Zusammenbruch des diktatorischen Regimes in Tunesien. Der Regierung Ben Alis wurde

vor zwei Jahren mit andauernden Protesten ein Ende gesetzt. Im März 2013 sind allerdings auch in Tunesien viele Ziele noch nicht erreicht. Das Land hat immer noch keine neue Verfassung und das Ringen um Freiheit und Demokratie geht weiter. Die autokratische Herrschaft, die sich lange mit dem Verkauf von Erdöl finanzierte, verhinderte nicht nur die Emanzipationsbewegungen, sondern sicherte über Jahrzehnte auch die Versorgung der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund bleibt es deshalb eine Herausforderung für manche Tunesier\_innen, sich offensiv für ihre Belange einzusetzen. Dies wurde auch bei vielen der Veranstaltungen beim Sozialforum deutlich.

Auch auf dem Weg zur Universität blieb unübersehbar, wie viele Orte in dieser Stadt von der Öffentlichkeit abgeriegelt werden. Vor der staatlichen Fern-



Einige von 30.000



### Workshop mit der GEW

sehanstalt, aber auch vor vielen europäischen Botschaften war eine deutliche Militärpräsenz zu beobachten.

Der Veranstaltungskalender war mit über 1200 Veranstaltungen wie Seminaren, Diskussionsforen, Workshops, aber auch Konzerten, Theaterstücken und Ausstellungen prall gefüllt. Die Themen reichten von Zugang zu Wasser über die Situation von Frauen im arabischen Raum bis hin zum Recht auf Migration. Auf diesem „Jahrmarkt der Protestbewegungen“, wie die Tageszeitung taz formulierte, waren neben Aktivist\_innen für Menschenrechte und Umweltschutz, Nichtregierungsorganisationen, Globalisierungskritiker\_innen und kirchlichen Basisgruppen auch zahlreiche Gewerkschaften vertreten. Aus Deutschland war die GEW allerdings die einzige Gewerkschaft, die sich am WSF beteiligte – das Fernbleiben anderer Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist mit Blick auf den Beginn von gesellschaftlichen Veränderungen in Tunesien besonders zu bedauern.

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die seit über zwei Jahren als „arabische Revolutionen“ beschrieben werden, waren Thema einer sehr spannenden Veranstaltung, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) unter dem Namen „Revo-

lution or Evolution? – Strategies for political change in the MENA region“ organisiert wurde.

Diese Diskussionsveranstaltung wurde als Fishbowl durchgeführt: Die Diskutierenden sitzen um einen Tisch in der Mitte des Raums, wobei ein Stuhl für Mitdiskutanten und Mitdiskutantinnen aus dem Publikum frei gehalten wird. An der Diskussion beteiligten sich jeweils zwei Vertreterinnen und Vertreter aus Tunesien, Ägypten, dem Sudan und aus den Palästinensischen Gebieten. Am Anfang stand eine kurze historische Einschätzung zur arabischen Region.

Die Einleitung hob hervor, dass in den 50er und 60er Jahren die autokratischen Herrscher in den arabischen Ländern der Bevölkerung relativ eindeutig entgegenbrachten, dass sie nicht in der Lage seien, ein Land zu führen und die Bevölkerung sie deshalb als Herrscher benötigt. Im Gegenzug wurde aber versprochen, sich um die Bevölkerung zu kümmern. Mit den Einnahmen aus dem Verkauf von Erdöl konnte dies auch finanziert werden. Ab den 1980er Jahren wurde der Einfluss von liberalen Wirtschafts- und Staatsmodellen aber immer größer in der arabischen Welt. Dies führte zu einer größeren Kluft, nicht nur im Gegensatz zu den Herrschern, sondern auch zu einer finanziellen Ausdifferenzierung der Bevölke-

rung mit steigender Armut. Diese Veränderungen haben parallel in den Bevölkerungen zu einem steigenden Unmut über die politischen Systeme im arabischen Raum geführt. Dabei ist aber wichtig zu unterscheiden, mit welchen Zielen der Unmut verbunden wird. Zum einen gibt es Teile der Bevölkerung, die wieder in die Zeit zurückwollen, als es eine stärkere soziale Gleichheit in der Bevölkerung gab und die finanziellen Unterstützungen vom Staat größer waren. Sie lehnen das politische System mit aristokratischen Herrschern also nicht ab. Die andere Fraktion sieht aber gerade in dem politischen System einen Fehler und will einen Systemwechsel hin zu einer, wie auch immer ausgestalteten, demokratischen Gesellschaftsform.

Insbesondere in den Auseinandersetzungen in Ägypten und Tunesien sieht man zusätzlich noch zwei interessante Erscheinungsformen: Der Aufruhr in Tunesien ging nicht von den Moscheen aus. Islamische Parteien und Verbände hatten sich am Anfang der Umbrüche betulich gegen einen gesellschaftlichen Wandel gestellt. Sie meinten, eine Revolution wäre gegen den Koran. Es gab von ihrer Seite also keine Unterstützung für die Proteste. Dies veränderte sich im Laufe der Auseinandersetzungen. Es war irgendwann auch für

diese Organisationen nicht mehr möglich, sich dem gesellschaftlichen Umschwung ablehnend gegenüber zu verhalten. Seit einiger Zeit wird nun versucht, diesen Umschwung für eine eigene (islamische) Perspektive zu nutzen. Unterstützt werden solche Organisationen je nach Ausrichtung aus Saudi Arabien und dem Iran. Es wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass massiv Gelder in den Aufbau solcher Organisationen fließen und dies durchaus zu einer großen Gefahr für die gesellschaftlichen Umwälzungen führen könne, wenn diese Kräfte weiter an Stärke gewinnen würden, da eine wie auch immer geartete demokratische Perspektive mit diesen Organisationen nicht zu machen ist.

Im Gegensatz zu den Protesten in Tunesien haben sich die islamischen Organisationen in Ägypten von Anfang an in die revolutionären Auseinandersetzungen eingemischt. So waren die Freitagsgelüste oftmals der zentrale Ausgangspunkt für die Demonstrationen. Interessant war die Bemerkung, dass es im Laufe der revolutionären Situation irgendwann relativ eindeutig wurde, dass diejenigen Strömungen und Organisationen, die eine demokratische Alternative in Ägypten angestrebt haben, überhaupt nicht gesellschaftliche Macht übernehmen können! Es gab in Ägypten nur zwei Lager, die hierzu in der Lage waren: zum einen nach wie vor das Militär, zum anderen – wie bis vor kurzem noch aktuell –, die Muslimbrüder. Die Strömungen, die für eine Demokratisierung kämpften und kämpfen, sind derzeit einfach viel zu schwach, um eine Regierung stellen zu können. Des Weiteren wurde aber auch angemerkt, dass die Muslimbrüder große Probleme an der Macht hätten. So ist ein großer Teil der Basis die Bevölkerungsschicht, die stark verarmt und ungebildet ist. Und auch diese begreifen, dass die

Versprechungen der Muslimbrüder nicht umgesetzt werden.

Diese gesellschaftlichen Beschreibungen zeigen ganz deutlich die Schwierigkeiten auf, die derzeit für diejenigen Strömungen bestehen, die für eine demokratische Umwälzung in der arabischen Region kämpfen. Dies heißt aber nicht, dass sie hoffnungslos sind. Sie werden weiter machen und ihre Vorstellungen von Gesellschaft weiter kundtun. Für uns als GEW ist dabei interessant, dass immer wieder auf fehlende Bildung und die dadurch herrschende Unmündigkeit hingewiesen wurde. Insbesondere die ungebildeteren Bevölkerungsschichten würden sich von einfach klingenden Parolen überzeugen oder instrumentalisiert lassen. Damit wäre dies auch ein Punkt, an dem die GEW ansetzen könnte, indem sie die dortigen Bildungsgewerkschaften in ihrem Kampf für eine bessere Bildungssituation unterstützt.

Zum Veranstaltungsprogramm steuerte aber auch die GEW drei Workshops bei, die jeweils in Kooperation mit Gewerkschaften aus anderen Ländern organisiert wurden. Wie Bildungspolitik unter staatlichem Sparszwang in der Wirtschaftskrise aussieht, berichteten der Lehrer Florian von SNES-FSU aus Frankreich, der Gewerkschafter Henrique aus Portugal und Michael von der griechischen Gewerkschaft OLME. Eine Analyse der Austeritätspolitik lieferte für die rund 50 Teilnehmenden der Wirtschaftswissenschaftler Gunter Quaißer von der GEW: „Sparpolitik ist der falsche Weg! Um die Krise zu entschärfen, müssen die Löhne auch in Deutschland steigen und die staatlichen Ausgaben erhöht werden.“

Den Workshop am folgenden Tag hat die GEW in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und F-SYNTER, einer Bildungsgewerkschaft aus Burkina Faso, veranstaltet. Jean-

Pierre und Lydia-Yvette berichteten auf dem Podium von den Verhältnissen in ihrer westafrikanischen Heimat.

Gewerkschaften haben innerhalb von demokratischen Zivilgesellschaften eine wichtige Funktion. Deshalb organisieren sich auch in Tunesien immer mehr Arbeitnehmer\_innen und setzen sich für Menschenrechte und bessere Arbeitsbedingungen ein. Ein tunesischer Kollege berichtete im dritten Workshop der GEW von der wachsenden Anzahl von Gewerkschaften in seinem Land. Die GEW hatte Kolleg\_innen vom türkischen Gewerkschaftsbund des öffentlichen Dienstes (KESK) und der Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen, zu der sie seit vielen Jahren engen Kontakt hat, aufs Podium eingeladen. Sie berichteten von der Situation in der Türkei.

Das Weltsozialforum in Tunesien bleibt mit seiner Lebendigkeit und den vielen internationalen Begegnungen nicht nur bei der GEW-Delegation lange in Erinnerung. Mit der Entscheidung für diesen Ort hat der Internationale Rat die sozialen Bewegungen unterstützt, die sich Demokratie und soziale Gerechtigkeit zum Ziel setzen und die internationale Solidarität und Vernetzung gut gebrauchen können.

Auch wenn die Veranstaltung des Weltsozialforums in Tunis als geglückt gelten kann, bleibt ein letztes Unbehagen. Denn das täglich bunte Treiben auf dem Campus mit kleinen Demos und Sprechhören hatte auch irritierende Anteile. Öffentliche Positionierungen gegen den Staat Israel sind in der arabischen Welt an der Tagesordnung. Auch auf dem Weltsozialforum war der Nahostkonflikt präsent und konnte leider wenig konstruktiv bearbeitet werden.

FLORIAN SCHUBERT  
Junge GEW

# Der Widerspenstigen Zähmung oder: arm aber anständig!

Das DENKZEIT-Modell (s. hlz 6-7/13, S. 58+59) *kritisch* unter die Lupe genommen ergibt: das Ideal blamiert sich an der Realität. So sehen es zumindest die Autoren

Wenn ein Psychotherapeut der erlauchten Leserschaft darbietet, was seit Jahren in der Öffentlichkeit unter Jugendgewalt und -delinquenz verbunden mit dem Ruf nach ordnungspolitischen Konsequenzen aufbereitet wird, was er an neueren Rezepturen von „*Denk-Zeit*“ bis „*Zen*“ präferiert, so wird manch professionelle\_r Erzieher\_in nach diesem ‚Strohalm‘ greifen. Denn Schlägereien, Pöbeleien, ‚Jacken zocken‘, Ungehörigkeit gegenüber dem Lehrpersonal u.v.m. sind mittlerweile feste Bestandteile des Schulalltags. Renommieren mit Ladendiebstahl, Schmerzempfindlichkeit und das Beweisen physischer Überlegenheit finden Teile der Jugend einfach ‚echt geil‘! Die Polizei als Instrument staatlicher Gewalt ist ja deswegen schon über Jahre fest im Schulleben verankert.

Bei dieser Sorte von Kindern und Jugendlichen hat die Vermittlung von „*Werten und Normen*“ und somit die Ausprägung von „*psychosozialen Kompetenzen*“ nicht geklappt. Statt den „*Wertekanon*“ zu beachten, sind „*Normverstöße*“ an der Tagesordnung. ‚Unrechtsbewusstsein‘ und „*Schuldgefühle*“ sind ihnen tabu. Ein „*Schwellenwertmarker*“, der ihnen ihr Vergehen „*bewusst werden*“ lässt, fehlt.

Ganz im Sinne der Kernsätze der Psychologie, die die inkrimi-

nierten Taten bei Jugendlichen als „*Aggressionen*“, die sie einfach „*überwältigen*“, charakterisieren, soll in der „*Ich*“- (schwächelnden) *Bindungserfahrung*“ aus dem „*Herkunftsmilieu*“ das Versagen angesiedelt sein. Die psychologische Fragestellung nach den Ursachen oder Bedingungen dieses Handelns beinhaltet somit das prinzipielle Bestreiten einer eigenständigen Existenz des Willens und des Bewusstseins. Handlungsabsicht und Beweggrund des Menschen spielen keine Rolle. So wird der Krieg aus dem Aggressionstrieb deduziert, das Lernen aus diver-

---

*Die psychologische  
Fragestellung nach  
den Ursachen oder  
Bedingungen dieses  
Handelns beinhaltet somit  
das prinzipielle Bestreiten  
einer eigenständigen  
Existenz des Willens und  
des Bewusstseins.*

---

sen Quantitäten (entsprechend der Gauß'schen Normalverteilung) der im Menschen verteilten Lernfähigkeit und die Kriminalität aus der Existenz einer kriminellen Energie hergeleitet. Die Subjekte solcher Veranstaltungen wie Politik, Gesellschaft und Schule kommen erst gar nicht ins

Fadenkreuz der Kritik. Diebstahl oder das Anzünden von Asylunterkünften führt den Psychologen zur Apparatur des „*Bewusstseins*“, die „*Kontrolle*“ und „*Steuerung*“ vermissen lässt. Folglich soll der „*narzisstische Gewinn*“ solcher Unarten über Einsicht im Einzelgespräch – also „*kognitiv*“ – abgestellt werden und zur „*Gewaltabstinenz*“ führen. Oder aber „*geduldiges Üben*“ beim Bau von „*Modellflugzeugen*“ – ganz „*intuitiv*“ – die richtige „*Einstellung*“ beim Probanden bewirken.

Kinder und Jugendliche haben in dieser Konkurrenzgesellschaft – die ganz grundsätzlich für die Verteilung von Menschen in eine Hierarchie von Posten und Ämtern für bestimmte gesellschaftliche Zwecke steht – schnell gelernt – was Erwachsenen allemal geläufig ist –, wozu Geltungsbedürfnis und Überlegenheitsdemonstrationen gegenüber anderen nützlich sind. ‚Schöner, schneller, reicher, stärker‘ als das Gegenüber sind ihre Kalkulation, auf welchem gesellschaftlichen Feld auch immer sie sich bewähren sollen.

Die scheinbar grundlos schlagenden Jungen, die sich in Rohheiten überbieten, haben die Prinzipien der Konkurrenz verstanden, in die sie in Schule und danach gestellt sind. Besonders diejenigen, denen die Schule mittels Notenkonkurrenz einen der hinteren Plätze zugewiesen hat, haben ihre Lektion gelernt. Auf die Bewährung in der Schulkonkurrenz bauen sie nicht mehr, da sie eh vom stofflichen Reichtum ein Leben lang ausgeschlossen bleiben werden. Gleichgültigkeit gegenüber Noten, Strafen und Tabus sind die Folge. Schulverlierer machen dann Ernst mit dem verrückten Bedürfnis, sich um Anerkennung auf anderen Feldern auszutoben, sie machen beispielsweise ihre rohe körperliche Kraft zu dem Mittel, dass sie sich als ‚coole Typen‘ von nichts und niemanden in ihre

Suppe spucken' lassen. Dass diese Spezies, mit Willen und Bewusstsein ausgestattet, den Entschluss gefasst hat, sich den bestehenden Kriterien der Ordnung zu widersetzen, will so nicht gesehen werden.

Dass in einer Konkurrenzgesellschaft diejenigen, die die 'Arbeit geben', denjenigen, die die 'Arbeit nehmen', so manche Unwegsamkeit, was das Geldverdienen betrifft, in ihrer Lebensplanung bereiten, ist nicht Gegenstand der Betrachtung. Ob einem als junger Mensch nach z. T. hunderten von Bewerbungen der Zugang zum Gelderwerb versperrt bleibt oder er sich als Ungelernter nur mit mehreren Jobs 'über Wasser halten' kann, wird nicht thematisiert.

Der psycho-logische Sachverstand insistiert auf Moraler-

ziehung. Schäden, die der als Schulverlierer eingestufte junge Mensch erfährt, soll er mit viel „*Frustrationstoleranz*“ hinnehmen. Das eine nicht geringe Zahl von Jugendlichen nicht so verfährt, lässt den Psychologen in seinen Bemühungen nicht verzagen, sich am widerspenstigen Willen von Teilen der Jugend mittels neuer Methoden im alten Gewand abzuarbeiten. So blamiert sich das Ideal 'arm aber anständig' allemal an der Realität.

Hier sei auf eine „*Jugendarbeit*“ mit der pädagogischen Zielsetzung „einer emanzipatorischen Subjektbildung“ (vgl. Scherr 97 und Glöel 92 und 05) verwiesen, bei der Aufklärung angesagt ist. Ob sich die aus dem Ruder geratenen Jugendlichen davon überzeugen lassen, sei

dahingestellt. Wenn die ökonomischen Verhältnisse Armut in großem Ausmaß produzieren, Jugendarbeitslosigkeit, Geringverdienst und große Arbeitslasten die Aussichten nach der Schule sind, dann dienen hohe Werte wie „*Wahrhaftigkeit*“, Bescheidenheit und Solidarität mitnichten als Mittel für eine vernünftige materielle Ausgestaltung des Lebens. Vielmehr ist der freiwillige Verzicht auf weiterführende Bildung, auf Arbeitsplätze und mehr Zahlungsfähigkeit für die eigenen Bedürfnisse das Ziel der moralischen Bildung, ganz besonders in Zeiten der andauernden Finanzkrise.

F. BERNHARDT, R. GOSPODAREK,  
Ruheständler

## Informationsveranstaltung

# Wie komme ich gesund in den Ruhestand?

Die Belastung des Schulalltags lassen bei vielen, insbesondere älteren Kolleginnen und Kollegen die Frage aufkommen, wie ist das eigentlich mit meiner Pension? Auf diese Frage und auf die, wie man eigentlich gesund dahin kommt, will diese Veranstaltung Antworten geben.

Die Veranstaltung kann eine individuelle Beratung nicht ersetzen.

**Dienstag, der 29. Oktober, 18. 00 Uhr**  
**Raum ABC GEW – Geschäftsstelle**  
**Rothenbaumchaussee 15**

Bitte anmelden unter [rechtsschutz@gew-hamburg.de](mailto:rechtsschutz@gew-hamburg.de) oder per FAX 040 - 440877  
Gerhard Brauer, Andreas Hamm

## Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) - Landesstelle Hamburg

Ort: Universität Hamburg, Von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Raum 215

(vermutlich, ansonsten Aushang an der Raumtür beachten)

Montag, 4.11.2013, 18.30

Landesstellen-Treffen

Universität Hamburg, Von-Melle-Park 8 („PI“), Raum 215

Wir bearbeiten zurzeit die Themen „Hamburg und Mee(h)r – Kinder- und Jugendliteratur mit Schauplatz Hamburg“, „multikulturelle“ Kinder- und Jugendliteratur und Kinder- und Jugendliteratur und Inklusion.

Alle, die Interesse daran haben, sich mit Kinder- und Jugendliteratur zu beschäftigen und diese auch zu rezensieren, sind herzlich zu unseren Treffen eingeladen. Informationen bei Christoph Jantzen ([christoph.jantzen@uni-hamburg.de](mailto:christoph.jantzen@uni-hamburg.de)) oder auf [www.ajum.de](http://www.ajum.de).

# Abituraufsätze in Nazi-Deutschland

## Schulische Erziehung im Nationalsozialismus

aufsätze wurde bereits durch die Themenstellung geradezu herausgefordert. Dazu ein paar Beispiele: „Was hat Hitler für das Deutsche Volk geleistet?“ oder „Worauf beruht Führertum?“. Einige Themen zielen direkt auf Hitlers Politik, wie z.B.: „Adolf Hitler erkennt die deutsch-französische Grenze an. Würdige diese weltgeschichtliche Entscheidung!“ Immer wieder tauchen schon in der Themenstellung die so genannten Tugenden des „Dritten Reiches“ auf, ganz besonders in der folgenden Aufgabe: „Was muss ich meiden und tun, um hart zu werden?“ Häufig wird der Opfergedanke in den Vordergrund gestellt: „Das Opfer verlangt eine erhöhte Kraft, aber was ist die Kraft, die zum Opfer gehörte, gegen die Kraft, die von ihm ausgeht!“ (Werner Beumelburg) Noch stärker die folgende Formulierung des Themas: „Aufrichtige und völlige Hingabe ist eine Tugend vor allen Tugenden. Kein Werk von Belang kann ohne sie zustande kommen.“ (Nachgewiesen an einer großen Persönlichkeit). Manche Themen sprechen unverhohlen vom Krieg: „Worin findest du die Kraftquellen in diesem Kriege?“ Ähnlich: „Deutschland kämpft für Europa.“ Und kurz und knapp, aber umso unverblümt: „Viel Feind, viel Ehr!“

### „Die Schulgeschichte ist ein Spiegelbild der Zeitgeschichte“

Dieses Fazit zieht Bernhard Sauer in der Schlussbetrachtung zu seinem Buch. Zunächst spiegelt sich die Zeitgeschichte in den Ausführungen der Prüflin-

ge. Die Propaganda des „Dritten Reiches“ war außerordentlich erfolgreich. Sauer hat keine Zweifel, dass die „Zustimmung der Abiturienten zu dem Regime echt war.“ Der Krieg spielt in allen Arbeiten eine wesentliche Rolle.

Besonders die Arbeit, aus der Sauer das Titelzitat genommen hat, ist voll von Worten über den Sinn des Krieges und das persönliche Opfer. Ein weiterer Satz aus dieser Abiturarbeit: „Die deutsche Jugend ist verpflichtet, die ihr vom Führer gestellten Aufgaben zu Ende zu führen. Es ist unsere heiligste Pflicht, seinem Ruf zu folgen, wenn es gilt, das Vaterland zu verteidigen.“ Und zum Schluss schreibt dieser Abiturient: „Worauf es ankommt, ist, dass ich nicht für mich allein und meinen Gewinn kämpfe, sondern, dass ich bereit bin, mein Leben einzusetzen, damit mein Volk leben kann“.

Die Schulgeschichte spiegelt sich aber auch im zeitgeschichtlichen Hintergrund, den Bernhard Sauer akribisch sichtbar macht. So ist sein Buch auch voller detaillierter Angaben über das Zeitgeschehen selbst. Das ist um so lohnender, als zu jedem Aufsatz der geistige Bezug zum politischen Geschehen jener wahrhaft schrecklichen Zeit hergestellt wird. So geht Sauer auch auf das Erziehungsziel der Härte ein. Dieses Ziel hat sich als besonders verhängnisvoll herausgestellt, da mit der Härte sich selbst gegenüber auch das mitleidlose Töten des Feindes verbunden war.

So wird der Krieg als unvermeidlich dargestellt, wie der

**Bernhard Sauer: „Nie wird das deutsche Volk seinen Führer im Stiche lassen“, Abituraufsätze im Dritten Reich, Zeitgeschichtliche Forschungen, Nr. 46**

Bernhard Sauer gilt als ausgewiesener Kenner der Frühgeschichte der NSDAP, der Schwarzen Reichswehr und der deutschen Freikorps.

Im vorliegenden Buch hat er insgesamt 16 Abituraufsätze analysiert. Sie wurden in den Jahren von 1934 bis 1942 geschrieben und „vermitteln einen eindrucksvollen Einblick in die Gedankenwelt von Abiturienten und Pädagogen in der Zeit des Dritten Reiches“. Alle Prüfungsaufsätze stammen aus dem Gymnasium Steglitz, das 1866 als altsprachliches, humanistisches Gymnasium gegründet wurde. Steglitz war ein konservativ geprägter Bezirk. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) war stark vertreten und die NSDAP erzielte hier ihre besten Ergebnisse in Berlin. Es ist freilich nicht unwichtig zu wissen, dass am 30. Januar weder der Direktor noch ein Lehrer Mitglied der NSDAP waren. Dennoch war das Gymnasium völkisch-nationalem Gedankengut verbunden.

Die Politisierung der Abitur-

Autor an weiteren Textstellen zeigt. Dazu eine bemerkenswerte Aussage: „Natur ist Kampf. Kampf wird durch Sieg beendet.“ Und weiter unten heißt es: „Der stärkste Born ist unser Führer...jede Aufgabe und Arbeit die er sich vorgenommen, führte er zum Erfolg.“

Legt man/frau das Buch aus

der Hand, so ist man verwundert (ich folge hier Bernhard Sauer), in welchem Ausmaß ein humanistisches Gymnasium die NS-Ideologie übernommen hatte.

Es wäre noch viel dazu zu sagen, welchen Anteil daran die konservative Bildungstradition in Deutschland hatte, die immer in Gefahr war, ins Völkisch-Na-

tionalistische abzugleiten. Doch das sollte ein jeder/eine jede selber lesen. Es lohnt sich.

Bernhard Sauer ist ein Geschichtsbuch gelungen, das in jedem Gymnasium der Bundesrepublik als Lehrstück eingesetzt werden könnte.

HANNES HENJES

# Nazi-Aufsätze im Unterricht

Vorschläge zur Verwendung des Buchs von Bernhard Sauer

Die Arbeit von Bernhard Sauer eignet sich als Illustrationsmaterial für den Deutsch- und Gemeinschaftskundeunterricht in der Sekundarstufe II, in der Sekundarstufe I eignet sie sich frühestens in der 10. Klasse. Die Komplexität der durch die Aufsätze hervorgerufenen intrapsychischen Reaktionen in den Schülerinnen und Schülern darf nicht unterschätzt und sollte in der Unterrichtsvorbereitung gut durchdacht werden.

Das bisher weitgehend verbreitete und übliche Einsteigen in die NS-Zeit und ihre Verbrechen mit dem Holocaust ist hier fragwürdig. Es werden sofort Schuldgefühle in den Schüler\_innen erweckt, die zu unübersehbaren Abwehrreaktionen führen können.

Besser wäre es, über die Metapher „Volksgemeinschaft“ einzusteigen. Das hat zum einen den Vorteil, dass sich die NS-Tyrannie nicht nur auf die jüdischen Mitbürger\_innen beschränkte, sondern auch alle anderen Teile der Gesellschaft mit einschloß. Auch der Widerstand kann hier in seiner nichtmilitärischen, bürgerlichen und proletarischen Breite dargestellt werden.

Erst danach, wenn eine Stabilisierung des innerpsychischen Apparates damit vorbereitet worden ist, sollte die Konfrontation mit dem Schrecken und den Gräuel des Holocaust erfolgen. Die sich ganz oft daraus entwickelnden Fragen der Schüler\_innen nach den Verstrickungen der eigenen Familienmitglieder in den gesellschaftlichen und psychosozialen Diskursen der NS-Volksgemeinschaft sollten vorsichtig unter familienpsychologischen Gesichtspunkten aufgegriffen werden.

Der Begriff Härte, der ja in seiner soldatischen Konnotation durchaus eine männlich heroische Bedeutung erhält, sollte, realistischerweise, für eine gewalttätige und selbstgefährdende (Selbst-)Zerstörungsenergie stehen.

Diese wird nicht nur in den Aufsätzen, sondern auch auf vielen „Ehrenmalen“ für die gefallenen deutschen Soldaten beider Weltkriege „besungen“. Sie heißt: „Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen!“

Es ist gut, dass es diese „Ehrenmaler“ als mahnende Zeugen noch gibt. Es ist noch besser, dass dieser zerstörerische Geist in Aufsätzen dargestellt und von Bernhard Sauer kommentiert wird.

Im Unterricht würde ich diesem Satz des „Ungeistes“ einen Satz entgegen stellen: „Einzeln und frei wie ein Baum, gemeinsam und brüderlich wie ein Wald!“ Dieser Satz stammt von dem türkischen Dichter Nazim Hikmet. Mit diesen beiden Sätzen, der eine als Metapher für das Zerstörerische des Diskurses „Volksgemeinschaft“, der andere als Metapher für das Entgegengesetzte, Brüderlichkeit, Liebe und Freundschaft, die auf die Möglichkeit eines Aufbaues einer Gesellschaft mit humanem Anlitz verweisen, könnten Jugendliche, die in der Adoleszenz sind, nicht nur Orientierungshilfen für diesen schwierigen Individuationsprozess erfahren. Sie könnten auch eine neue Art des Umgehens mit der geschichtlichen Schuldenlast ihres Landes erfahren und einüben: Gesellschaftliche und historische Verantwortung für das geschichtliche Erbe als Nachkommen der in die Verbrechen des NS-Regimes verstrickten Generationen übernehmen, ohne sich deren Schuld zu eigen machen zu müssen.

OTTO FELIX HANE BUTT

Autor von: *Die vaterlosen 68er und ihr Erbe*, Identitätsfindung bei Nachkommen der NS-Generation, Entwurf eines intergenerativ und narrativ orientierten Konzeptes zum Verständnis rechtsextremistischer gewalttätiger Jugendlicher, Carl-Auer-Verlag, Heidelberg, 2003

# Information zu Beihilfefragen

Mitgliederversammlung der BGRR

Zur alljährlich stattfindenden Versammlung der Mitglieder der Betriebsgruppe der Ruheständlerinnen und Ruheständler (BGRR) – diesmal am 16.10.2013 ab 15 Uhr im Curiohaus – wird demnächst jedes der über 1500 Mitglieder persönlich eingeladen. Zur Tradition dieser Veranstaltungen gehört es auch, einen Beitrag zu einem Schwerpunktthema anzubieten. Bereits im letzten Jahr haben wir entschieden, das Thema „Beihilfe“ anzugehen.

Hintergrund: Einzelfälle und grundsätzliche Bemerkungen zum Thema „Beihilfe“ tauchen immer wieder in Sitzungsbeiträgen als Frage oder Kommentar auf. Aktuell die viel zu langen Bearbeitungszeiten oder die Kostendämpfungspauschale. Diese Probleme werden von der GEW und den anderen DGB-

Gewerkschaften gemeinsam politisch verfolgt. In unserer Veranstaltung steht der Informationsaspekt im Vordergrund. Gelegentlich werden als „willkürlich“ empfundene Einzelentscheidungen vorgetragen. Wir verweisen dann auf den GEW-Rechtsschutz, zumal wir in diesem Rahmen auch keine qualifizierte „Beratung“ leisten können/wollen.

Übereinstimmender Eindruck ist es, dass (infolge der Änderungen/Kürzungen) die Bestimmungen für alle unübersichtlicher geworden sind. Zusammen mit den anderen DGB-Gewerkschaften haben wir nicht nur ein Interesse daran, bestehende Kürzungen und Widersprüche im Beihilferecht abzubauen, sondern möglichst transparente Regelungen und Verfahren zu befördern. Dies hätte sowohl für die Antrag-

stellung als auch für die Bearbeitung spürbar entlastende Effekte, könnte die Missverständnisse reduzieren und sich „nebenbei“ positiv auf die Bearbeitungszeiten auswirken.

In diesem Sinne haben wir abgesprochen, dass eine Mitarbeiterin des ZPD (Zentrum Personaldienste) eine ausführliche Information zur Erreichbarkeit der Beihilfestelle, zu den Antragsformularen und zu den Regelungen der Beihilfeverordnung gibt. Sie steht uns dann auch zu Nachfragen zur Verfügung.

Wir gehen davon aus, dass das Thema „Beihilfe“ auf ein breites Interesse stößt und erhoffen uns einen guten Besuch der Versammlung. Gerne können zu dem Infoteil auch KollegInnen der Gruppe „55+“ kommen.

HOLGER RADTKE

Wie wir erst kürzlich erfuhren, ist unser langjähriges Mitglied im Vorstand der Betriebsgruppe der Ruheständlerinnen und Ruheständler

**Klaus Peters**

**im April 2013 verstorben.**

Wir werden seiner gedenken.  
Der Vorstand der BGRR

## Anmerkung der Redaktion

Bevor sie in den Druck geht, wird jede hlz Seite für Seite, Satz für Satz mehrfach auf Fehler gelesen. Und trotzdem unterlaufen uns immer wieder Fehler: in der hlz 6-7, S. 56 ist aus ‚Jugendarbeit‘ ‚Judenarbeit‘ geworden.

Wir entschuldigen uns für das Überlesen dieses Drehers mit Auslassung.



# Das HLZ-Rätzel

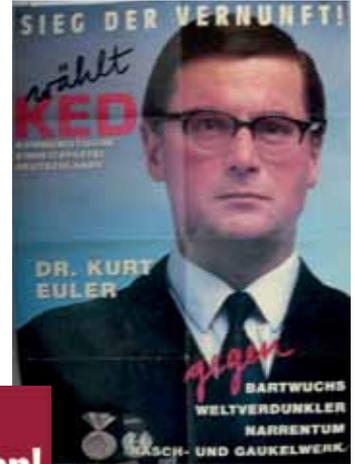
## Protestwahl - aber richtig!

Wen wählen? Für engagierte Protestwähler\_innen lohnt ein Blick auf die nicht-etablierten Parteien: Das Spektrum reicht von der *NEIN!-Idee zur Partei der Vernunft* bis zu den Spaßparteien, etwa *B wie Bergpartei* oder *Die PARTEI* um Martin Sonneborn.

Welche dieser Spaßparteien ist die älteste?

- A) Spaßguerilla
- B) Bund für Verbesserung des Klimas
- C) Partei für gemäßigten Fortschritt in den Schranken des Gesetzes
- D) Kommunistische Einheitspartei Deutschlands (KED)

Antworten bitte mit Postanschrift bis zum 14.10.2013 an die hlz, am besten an [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de). Zu gewinnen gibt es die DVD-Deluxe-Edition des satirischen Kinofilms *Die PARTEI – der Film*. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Hamburger gegen Bartwuchs: Dr. Kurt Euler alias Uli Rehberg



DIE PARTEI – sie ist sehr gut!



*Into this world we're thrown:*  
Sartre, *Das Sein und das Nichts*

## Des letzten Rätsels Lösung...

... ist eigentlich Jean-Paul Sartre – die *Doors* benutzen Formulierungen von ihm. Doch weil nicht zu verleugnen ist, dass die Gruppe auch durch Jack Kerouac inspiriert wurde, lassen wir die Antwort von Norbert Fortmann gelten. Er bekommt die DVD mit einem *Doors*-Konzert von 1968.

MH/MK

**Referat F**

**Referat D**  
**GEW Studies**  
**Junge GEW**

**FG Grundschule**

**Vorschule**

**FG Stadtteilschulen**  
**FG Gewerbe und Handel**

**FG Gymnasien**  
**FG Kinder- und Jugendhilfe**  
**FG Primarschulen**  
**FG Sonderpädagogik**

**FG Hochschule u. Forschung**  
**AfGG Gleichstellungs- u. Genderpol.**  
**FG Bleiberecht**  
**AK Integration**  
**AK soziale Arbeit an Schulen**  
**BG Ruheständler**  
**Mittelamerikagruppe**  
**AG Fair Childhood**

**Gruppe Gewerkschaftliche Bildung**

Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv.  
Wir freuen uns über die Teilnahme von  
Interessierten. Info: Roland Stolze,  
mailto:rolandstolze@gwhmail.de

09.10.2013, 18.30-22.00 Uhr, GBW  
Termin in der Geschäftsstelle nachfragen  
17.09.2013, 18.00-21.00 Uhr, hlz-Red.  
14.10.2013, 18.00-21.00 Uhr, GBW  
19.09.2013, 17.00-20.00 Uhr, Raum A  
17.10.2013, 17.00-20.00 Uhr, Raum A  
19.09.2013, 18.00-20.00 Uhr, Raum C  
17.10.2013, 18.00-20.00 Uhr, Raum B  
28.10.2013, 18.00-21.00 Uhr, GBW  
18.09.2013, 16.30-18.00 Uhr, Raum A  
16.10.2013, 16.30-18.00 Uhr, GBW  
16.09.2013, 19.00-22.00 Uhr, Raum A  
Termin in der Geschäftsstelle nachfragen  
Termin in der Geschäftsstelle nachfragen  
24.09.2013, 17.00-19.00 Uhr, GBW  
29.10.2013, 17.00-19.00 Uhr, Raum B  
07.10.2013, 18.00-20.00 Uhr, Raum C  
29.10.2013, 17.00-19.00 Uhr, Raum C  
01.10.2013, 19.30-22.00 Uhr, Raum B  
26.09.2013, 16.00-18.00 Uhr, GBW  
03.10.2013, 17.00-18.30 Uhr, GBW  
16.10.2013, 10.15-13.00 Uhr, Raum C  
23.09.2013, 19.30-22.00 Uhr, GBW  
14.10.2013, 16.00-18.00 Uhr, Raum C



## Hamburger Lehrer-Feuerkasse

seit 1897



### Die preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg und Lübeck

für Angehörige aller pädagogischen Berufe. Wir versichern Ihren Hausrat für 1,20 Promille der  
Versicherungssumme, inkl. Versicherungssteuer, und das unverändert seit 1996.

Beitragsfrei eingeschlossen sind u. a.:

Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Kfz.-Aufbruch, Überspannungsschäden, jeweils bis zu  
festgelegten Höchstgrenzen, Höherversicherung gegen Zuschlag möglich.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

E-Mail: [info@h-l-f.de](mailto:info@h-l-f.de)

Tel.: 040 333 505 14 (Tobias Mittag)

Tel. : 040 796 128 25/ Fax : 040 796 128 26 (Georg Plicht)

Tel.: 040 679 571 93 / Fax: 040 679 571 94 (Sibylle Brockmann)

[www.hamburger-lehrer-feuerkasse.de](http://www.hamburger-lehrer-feuerkasse.de)

# Aus der Pizzabäckerei...

Gunther, mein Wohngenosse, nörgelte, als er den Titelblatt-Entwurf sah, dass das ja viel zu harmlos dargestellt sei. Der Realität näher sei doch, wenn neun Zehntel mit Scampi und Kaviar belegt seien. Der Rest müsste dann irgendwie krümelig rüber kommen.

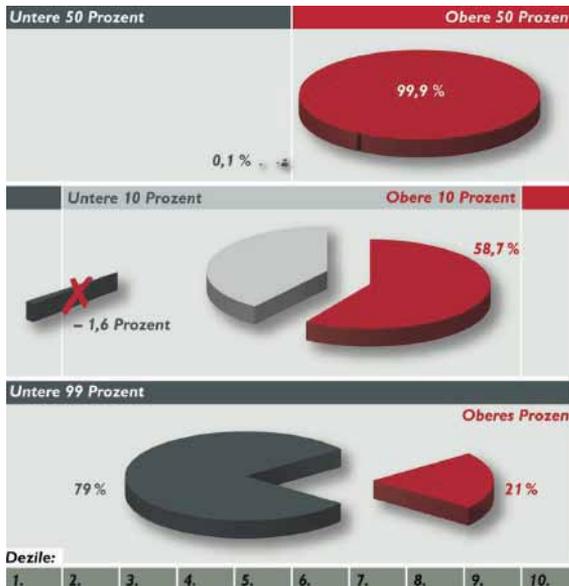
Recht hat er, aber die Verteilungssituation des nationalen Reichtums, die ja die Pizza widerspiegeln sollte, ist nicht so eindeutig abbildbar. Da die üblichen Statistiken für die Vermögensverteilung von Dezilen ausgehen (also den reichsten 10% bspw. gehören 61% des Vermögens, s. auch Grafik auf S. 10\*), hätte ich also eigentlich 10 Pizzen backen müssen! Eigentlich keine schlechte Idee für eine Party, auch wenn diejenigen, die das ärmste Dezil kriegen würden, ziemlich angemüht wären. Also eine nicht so gute Idee. Besser wäre folglich, wenn wir unsere soziale Utopie vorwegnehmen: das Backen von 10 Pizzen, auf denen der Belag ähnlich

gut für alle ausfiele.

Mein Geschäft des Backens oder besser des Belegens der nur einen Pizza war auch schon nicht ohne Schwierigkeiten über die Bühne gegangen. O.k., die Absahner kriegen ihre Scampi; ein kompletter Hummer, der auch im Gespräch war, wäre zu dick aufgetragen. Aber dann, was steht für die, sagen wir mal, obere Mittelschicht? Ich hatte

gedacht. Constanze, meine Lebensgefährtin, plädierte für die klassische Prosciutto-Variante. Der Symbolik wegen fand ich dies auch treffender, ästhetisch schien mir der Serrano-Schinken aber attraktiver. Also produzierte ich beide. Es stellte sich heraus, dass der Kontrast bei der Prosciutto-Variante besser ausfiel. Gut geschmeckt haben dann beide!

Wie mir mein Wahlergebnis auf dem im Oktober angesetzten Gewerkschaftstag schmecken wird, weiß ich natürlich jetzt noch nicht. Es sei also hiermit verkündet, dass ich mit dem jetzigen hlz-Team nochmal eine Runde zur Verfügung stehe und mich somit zur Wiederwahl stelle. Unsere Visitenkarte bekommt ihr sieben Mal im Jahr, insofern erübrigt sich u.E. eine detailliertere Vorstellung. Wir hoffen, dass wir auch weiterhin euer Vertrauen genießen. Ob wir im Falle unserer Wiederwahl zum Pizza-Essen einladen, überlegen wir uns dann noch.



Wie die Pizza wirklich verteilt ist

an Serrano-Schinken auf Rucula mit geraspeltetem Parmesan

überlegen wir uns dann noch. JG

*\*Die Zahl stammt aus dem Jahre 2007. Es gibt tatsächlich wenig aktuellere Zahlen. Man ist sich allerdings einig, dass die Konzentration seitdem weiter deutlich zugenommen hat.*

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage [www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de), E-Mail: [meents@gew-hamburg.de](mailto:meents@gew-hamburg.de)

**Redaktionsleitung:** Joachim Geffers, Bei der Johanniskirche 10, 22767 Hamburg, E-Mail: [j.geffers@firenet.de](mailto:j.geffers@firenet.de)

**Redaktion:** Susanne Berg, Stefan Gierlich, Manni Heede, Antje Liening, Michael Kratz, Wolfgang Svensson

**Redaktionsassistent:** Max Lill

**Titel:** hlz

**Rückseite:** GEW

**Anschrift der Redaktion:** Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de)

**Satz und Druck:** Compact Media Agentur GmbH, 20354 Hamburg, Tel. 0 40-35 74 54-0, E-mail: [info@compactmedia.de](mailto:info@compactmedia.de)

**Anzeigen:** Eduard van Diem, Tel. 040-890 629 23, [hlz-anzeigen@gew-hamburg.de](mailto:hlz-anzeigen@gew-hamburg.de)

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint monatlich. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der AutorInnen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

**Red.-Schluss hlz 10-11/2013:** 23. 10. 2013

## Upright-Kernspintomographie

Exakte Diagnose - ohne Angst vor der Röhre

Upright-MRT ist die volloffene Kernspintomographie mit der Sie nicht nur im Liegen sondern auch im Stehen und Sitzen unter der natürlichen Gewichtbelastung untersucht werden. Dies ist von großer Bedeutung zur Abklärung z.B. von Rückenschmerzen. So haben viele Patienten im Liegen keine Beschwerden sondern vorwiegend im Stehen oder beim Gehen. Mit der Upright-MRT können wir Sie exakt in den Positionen untersuchen in denen Sie Beschwerden haben.

Durch die volloffene Bauweise ist das Upright-MRT besonders auch für Patienten mit Platzangst (Klaustrophobie) geeignet. Während der Untersuchung haben Sie einen freien Blick aus dem System und können auf einem großen Monitor das aktuelle Fernsehprogramm oder DVD-Filme anschauen. Es ist Ihnen jederzeit auch möglich eine Begleitperson mit in den Untersuchungsraum zu nehmen.

Weitere Informationen zur Praxis und der Upright-Kernspintomographie haben wir auf unserer Webseite unter [www.mrthamburg.de](http://www.mrthamburg.de) für Sie zusammengestellt.



Privatpraxis für  
Upright-Kernspintomographie  
in Hamburg

Dr. med. Gerd Vollmann  
Facharzt für Diagnostische Radiologie  
Theodorstraße 42 / Haus 8  
22761 Hamburg-Bahrenfeld  
Telefon 040 3807 052 10  
[www.mrtamburg.de](http://www.mrtamburg.de)

### Hamburger Beamten - Feuer- und Einbruchskasse Die günstige Hausratversicherung

Hermannstraße 46 · 20095 Hamburg · Telefon 040 / 33 60 12 · Fax 040/28 05 96 06 · E-Mail: [info@hbfek.de](mailto:info@hbfek.de) · Internet: [www.hbfek.de](http://www.hbfek.de)

Anerkannte  
Selbsthilfeeinrichtung  
des  
öffentlichen Dienstes



Gegründet  
29. September 1902

Versicherungsverein  
auf  
Gegenseitigkeit

In Hamburg sind wir zu Hause ..., ... Sie auch?

Oder in Schleswig-Holstein, im Kreis Harburg bzw. Stade?

Wenn Sie dann noch im öffentlichen Dienst im weitesten Sinne beschäftigt sind und eine Hausratversicherung suchen, die Ihren Geldbeutel schont, dann kommen Sie zu uns. Bei uns zahlen Sie weiterhin

nur 1,20 € je 1.000 Euro Versicherungssumme  
inklusive Versicherungssteuer

um Ihren Hausrat gegen Schäden durch Brand, Blitzschlag, Explosion, Implosion, Einbruchdiebstahl, Vandalismus, Raub, Leitungswasser, Sturm und Hagel zu versichern. Für eine Versicherungssumme von z.B. 50.000 € zahlen Sie einen Beitrag von 60 € pro Jahr.

Informieren Sie sich bitte durch einen Anruf in unserer Geschäftsstelle.

Sie haben außerdem die Möglichkeit, sich auf unserer Internetseite zu informieren. Dort finden Sie z.B. auch ein Antragsformular, das Sie ausdrucken, ausfüllen und uns zusenden können.

# Inklusion braucht Supervision!

[www.hanspeterfisahn.de](http://www.hanspeterfisahn.de)



## HHW die holzhandwerker

„Das Team für Ihre Tischlerarbeiten.  
Innenausbau, Fenster, Türen u.v.m.“

die holzhandwerker HHW GmbH & Co. KG  
Leverkusenstraße 5  
22761 Hamburg  
Telefon : 040 / 851 39 70  
Telefax : 040 / 851 39 60  
[www.dieholzhandwerker.de](http://www.dieholzhandwerker.de)  
[info@dieholzhandwerker.de](mailto:info@dieholzhandwerker.de)

## Psychotherapie • Beratung • Krisenintervention Ängste • Depressionen • burnout

### Dipl.-Psych. Christian van der Ende

Psychologischer Psychotherapeut

Mittelweg 44a  
Tel. 040/ 67 30 77 80  
20149 Hamburg

privat • Privatkassen • Beihilfe  
[www.psychotherapie-vanderende.de](http://www.psychotherapie-vanderende.de)

*MBSR. Ein Achtsamkeitstraining*

### Neuer Kurs zur Stressreduktion und Burnout-Prävention

ab 16. Okt. in Ottensen



**Susanne Sieffert**

Telefon 51 49 34 25  
[www.mbsr-achtsamkeit-hamburg.de](http://www.mbsr-achtsamkeit-hamburg.de)

## DIE GRIECHISCHE BEVÖLKERUNG BRAUCHT UNSERE SOLIDARITÄT BENEFIZ-SOMMERFEST FÜR DAS GRIECHISCHE ÜBERLEBENS- NETZWERK "SOLIDARITY4ALL"

**Am Sonntag, den 15.9.13  
von 11 - 18.30 Uhr  
im Centro Sociale, Sternstr.2  
( U-Bahn Feldstr.)**

Mit Vorträgen zur aktuellen Krise in  
Griechenland mit griechischen  
Aktivistinnen, Jan van Aken, Distomo-Gruppe  
u.v.a. Kulinarisches und kulturelles Angebot  
mit Film, Musik, Ausstellungen,  
Tanz und Kinderprogramm  
Veranstalter:  
**HH Solidaritätsgruppe Griechenland**

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte & D.  
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Ltz. 7 Jahre, mit. Rate 555 € effektiv Jahreszins 4,50%, Bruttobeitrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur volle Gehaltszahlung, keine Beschlagnahme, nur bei befristeter Beschäftigung: Eigenkapital, Mietskauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

**AK FINANZ**  
Kreditvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
60309 Frankfurt/25  
Finanz@AK-Finanz.de

**Beamtendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013**  
**4,50% effektiver Jahreszins\***  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**0800 - 1000 500**  
Free Call

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und festes.  
Wer vergleicht, kommt zu uns,  
**seit über 35 Jahren.**

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)



**Hamburger  
Gewerkschaftstag  
am Do., 31.10.  
17-21 Uhr  
Curio-Haus**

# Baustelle Bildung!

**GEW Aktionstage im September 2013 in Hamburg!**



## **Aktionen an verschiedenen Schulen, Kitas und Hochschulen... Macht mit!**

- **17.9.13, 18.00 Uhr, GEW Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, Veranstaltung zur Bildungsfianzierung: „Vermögenssteuer als Bildungssteuer!“** mit Gunther Quaisser, Ökonom und Bildungsforscher, u.a. bei Memorandum.
- **26.9.13, 19.00 Uhr, GEW Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, Veranstaltung und Film: „Unter Lehrern“** mit Anja Reschke und Birgit Wärnke, NDR, Panorama.

**Forderungen der GEW:** • Abschaffung des Lehrerarbeitszeitmodells! • Mehr Geld für Bildung in Hamburg!  
• Verbindliche Doppelbesetzung in der Inklusion! • Für eine demokratische Hochschulreform!  
• Tarifverträge für alle angestellten PädagogInnen! • Mehr qualifiziertes Personal für die Kitas!  
• Schluss mit prekären Arbeitsverhältnissen in Hochschule, Schule und Kita!

V154P: GEW Hamburg, Dirk Mescher, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg

[www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de)

**GEW**